5.—

Sozialismus
oder
Kapitalismus?

Von Otto Lang

64
1845

Verlag: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

1281235

Sozialismus
oder
Kapitalismus?

Von Otto Lang

SCIENCES POLITIQUES

Verlag: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil
Der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft.

Einleitung 7

1. Kapitel: Die bürgerliche Revolution des 19. Jahrhundert und der Sieg des Kapitalismus.

Die gute alte Zeit 11
Das aristokratische Regiment 13
Kleinstaaterei 14
Geistige Verfassung 15
Die Umwälzung 16
Neue Kraftquellen 17
Neue Arbeitsmaschinen und Verkehrsmittel . . . 18
Umwälzungen in der Landwirtschaft 20
Das Tempo der Entwicklung 21
Die Entwicklung zum Industriestaat 23
Einfluß des Weltverkehrs
auf die Landwirtschaft 24
auf Handel und Verkehr 25
Einfluß des Kapitalismus auf die Bevölkerungsbewegung 25
Wachstum der Städte 27
Die politische Revolution und ihr Ziel 27
Neue Aufgaben 30

2. Kapitel: Die Massenarmut und der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft.

Traum und Wirklichkeit 32
Reichtum und Armut 33
Das verlorene Menschentum 35
Wohnungsnot und Alkoholismus 36
Kindersterblichkeit und Tuberkulose 38
Gegenseitige Entfremdung 40
Arbeitslosigkeit und Heimatlosigkeit 41
Das gefährdete Vereinsrecht 42
Klassenstaat und Klassenkampf 43
Klassenkämpfe in der Schweiz 45
Der moderne Freiheitsbegriff 46
Die bäuerlichen Klassenkämpfe 48
Das Erwachen des proletarischen Bewußtseins . . 52
Der Klasseninstinkt des Bürgertums 54

3. Kapitel: Die Ursache der Massenarmut.
a) Industrie und Landwirtschaft . . . 56
Die Fragestellung 56
Das Wesen des Handwerks 57
Das Wesen des Kapitalismus 59
Der Untergang des Handwerks 60
Der Siegeszug des Kapitalismus 61
Kapitalistischer Handel und Aktiengesellschaften . . 63
Die Konfusion unserer Mittelstandspolitiker . . 64
Der lebenslängliche Lohnarbeiter 65
Der Lohn des Arbeiters 65
Mehrwert und Profit 67
Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital . . 68
b) Die Landwirtschaft und die Lage der Bauern 70
4. Kapitel: Die Anarchie im Wirtschaftsleben . . . 73
Kartell und Trust 78
5. Kapitel: Der Kapitalismus als kulturfeindliche Macht . 79

II. Teil
Die sozialistische Gesellschaft.

1. Kapitel: Die Grundgedanken des Sozialismus . . 82
a) Die Fragestellung und das Problem 82
b) Der utopische Sozialismus 88
c) Der wissenschaftliche Sozialismus 90
d) Die Zielpunkte proletarischer Politik . . . 92
e) Die Möglichkeit des Sozialismus 97
Die sachlichen Voraussetzungen des Sozialismus . . 98
Die persönlichen Voraussetzungen und die Entbehrlichkeit des Kapitalisten 100
Die fortschreitende Proletarisierung 101
Ein Zugeständnis 104
Die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft . . 104
Die Größe der Schwierigkeit der Aufgabe . . . 106
2. Kapitel: Der Sozialismus und das Privateigentum . 107
3. Kapitel: Der Sozialismus als Kulturbewegung . . 111
Die Stellung der Frau 113
Ehe und Prostitution 117
Geburtenrückgang 119
Erziehung und Berufslehre 120
Verbrechertum 121
Verhältnis des Sozialismus zur Religion . . . 123
Der Sozialismus und der Staat 125
Der Sozialismus als Menschheitsfrage . . . 126

Prinzipienerklärung.

Das Endziel der Sozialdemokratie bildet eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseitigung jeder Art von Ausbeutung das Volk von Elend und Sorge befreit, Wohlstand und Unabhängigkeit sichert, und damit die Grundlage schafft, auf der die Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höheren Kulturstufen aufsteigen kann.

Das durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst gegebene Mittel hierzu erblickt die Sozialdemokratie in der Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft und im Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage.

Unter den heutigen Verhältnissen vollzieht sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes. Während aber die Klassenkämpfe des Bürgertums die Festigung und Erweiterung seiner Klassenvorrechte zum Ziele haben, ringt die Arbeiterschaft um die Beseitigung jeder Klassenherrschaft und jeder Ausbeutung. Deshalb besteht das letzte Ziel des proletarischen Klassenkampfes in der Wohlfahrt und der gesicherten Zukunft des ganzen Volkes.

*

Die Sozialdemokratische Partei tritt also aus dem Rahmen einer reinpolitischen Partei weit heraus. Sie ist die Fahnenträgerin eines großen Kulturkampfes der arbeitenden Klasse für Erringung der vollen Menschenrechte und für die Anteilnahme an den Errungenschaften der menschlichen Kultur.

Indem die schweizerische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer durch das Mittel des Klassenkampfes für die Aufhebung der Klassen und der Klassengegensätze kämpft, um an deren Stelle die Solidarität aller Volksgenossen zu setzen, wird sie mit ihrem Siege auch die nationalen Gegensätze beseitigen und die Solidarität aller Völker herstellen.

Damit erlöst die internationale Sozialdemokratie die Nationen vom Fluche des Militarismus und des Krieges und bringt ihnen mit der Erlösung aus Elend und Sorge auch den Frieden und die Verbrüderung zu gemeinsamer Bebauung und Kultivierung des ganzen Erdballs. (Aus dem Programm der Sozialdemokratischen Partei.)

I. Teil.

Der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft.

Zur Einleitung:

Vom Zukunftsstaat und der Magenfrage.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Schweiz ist wenig mehr als vierzig Jahre alt. Die Aeltesten unter uns sind noch an ihrer Wiege gestanden und haben sie in ihren ersten Anfängen geleitet und geschützt. Vier Jahrzehnte genügten, um aus der kleinen Schar, welche den neu erweckten Ideen des Sozialismus unter den schweizerischen Arbeitern Anhänger warb, eine starke politische Partei zu machen.

Aber so stark sie ist, sie umfaßt doch immer noch nur einen Teil derjenigen, deren wirtschaftliche und geistige Interessen sie verficht. Wohl reicht ihr Einfluß weit über die Grenzen ihrer Organisation hinaus, und Tausende, die abseits stehen und gehen, so lange sie der Schuh nicht drückt, suchen Hilfe und Rat bei der Arbeiterpartei, sobald sie ein Unrecht oder eine Bedrückung erleiden. Allein hinter diesen Lauen und Flauen, die sich der Arbeiterorganisation erst im Augenblick der Not und Bedrängnis erinnern, stehen wieder Tausende, die sich geradezu feindlich zu ihr verhalten, die Reihen unserer Gegner verstärken und in der Einfalt ihrer Herzen die Fesseln schmieden helfen, von denen allein der Sozialismus sie befreien kann.

Und noch häufiger stoßen wir an allen Orten und in allen Gassen auf jene, die gleichgültig oder verdrossen ihres Weges gehen und gar nie Partei ergreifen in den großen Kämpfen unserer Zeit. Sie spüren wohl das Joch, das ihren Nacken drückt und emfinden ihre Not und Armut als ein Unrecht, welches die Welt der ehrlichen Arbeit antut, aber sie nehmen ihr Schicksal hin als etwas Unabänderliches, gegen das so wenig ein Kraut gewachsen sei, wie gegen den Tod. Von Zeit zu Zeit verschaffen sie sich Erleichterung im Schimpfen und Räsonieren. Das ist das einzige Menschenrecht, von dem sie Gebrauch machen. Nachher verfallen sie wieder jenem energielosen Stumpfsinn, den, als gefährlichsten Feind jedes Fortschrittes, Armut und Dürftigkeit erzeugt.

Und in der Tat, die Wirklichkeit, die wir beim Eintritt in die Welt als etwas Fertiges, Abgeschlossenes vorfinden, sitzt uns so fest auf dem

Leib, daß der Gedanke, die Welt könnte einmal ein anderes Gesicht zeigen, manchem von uns unwahrscheinlich, ja unfaßbar erscheint. So wie es heute ist, war's schon zu Großvaters Zeiten, und unsern Kindern und unsern Enkeln, denkst Du, wird nichts Besseres beschieden sein.

Aber so nahe uns diese Gedanken liegen mögen, so falsch sind sie. Wir kommen der Wahrheit viel näher, wenn wir sagen: Gerade weil die Verhältnisse heute so beschaffen sind, müssen sie in 30, in 50 Jahren ganz anders beschaffen sein. Denn das Gesetz, das jedem Ding seine Entwicklung vorschreibt, gilt nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern ebenso für den Staat und die Gesellschaft. So weit wir zurückschauen in der Geschichte, überall tritt uns die gleiche Wahrheit entgegen: es gibt keinen Stillstand; alles ist in ewigem Wandel begriffen, mag er nun zum Verfall, mag er zu höheren Daseinsformen führen.

Und nun sagen wir: Wenn bisher die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände in steter Umwandlung begriffen waren, so wird die Entwicklung nicht auf einmal stillestehen, sondern sie muß auch in Zukunft ihren Fortgang nehmen.

Hört man unsere Gegner reden, so könnte man freilich meinen, die Weltgeschichte habe mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen oder dem letzten eidgenössischen Sängerfest ihren vorläufigen Abschluß gefunden und die Menschheit habe nur noch die Aufgabe, sich auf der erstaunlichen Höhe zu halten, die sie seit der Abschaffung der Prügelstrafe und der Einführung des Hinterladergewehres erklommen hat. Der Philister wird nicht müde, sich über die „Zukunftsmusik" und den „Zukunftsstaat" der Sozialdemokraten mit wenig Geist aber um so mehr Behagen, lustig zu machen, ganz im Sinne des heiteren Gespräches, das die Bürger im „Faust" miteinander führen:

> Nichts Bessres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
> Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
> Wenn hinten, weit in der Türkei,
> Die Völker aufeinanderschlagen.
> Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus,
> Man sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
> Dann kehrt man abends froh nach Haus
> Und segnet Fried' und Friedenszeiten.

Worauf sein Nachbar einfällt:

> Herr Nachbar, ja so laß ich's auch geschehen.
> Sie mögen sich die Köpfe spalten,
> Mag alles durcheinandergehen —
> Doch nur zu Hause bleib's beim alten.

Nun sind diese beiden braven Bürger allerdings bis heute nicht ausgestorben und die Zöpfe hängen ihnen immer noch nach hinten. Sonst aber ist wenig genug beim alten geblieben. In mächtigen Wogen rauschen die Ströme des Lebens vorüber, zerstörend und befruchtend,

und tragen uns neuen Geschicken entgegen. Ein Zukunftsstaat wird kommen — mag der Philister sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben. Wir aber freuen uns dieser Hoffnung, die uns dorthin weist, wo das Herz schlägt:

Auf der Menschheit frohe Linke,
Auf des Frühlings große Seite.

Aber daran knüpft sich sofort die weitere Frage: Wie wird die Zukunft beschaffen sein? Wird das Andere auch das Bessere sein? Werden jene tiefsinnigen Propheten recht behalten, die uns verkünden, daß wie die Menschen, so auch die Zeiten immer schlimmer werden? Oder wird die Zukunft denen Recht geben, die festhalten an dem Glauben, daß die Arbeit und die Opfer von Jahrhunderten früher oder später dem ganzen Volke zum Segen gereichen werden?

Es wäre unmöglich, auf diese Frage eine Antwort zu geben, wenn sich die Geschichte der Menschheit aus Zufälligkeiten zusammensetzte. Wir wissen aber, daß dem nicht so ist. Schon die Beobachtung des täglichen Lebens zeigt uns, daß jedes Ding seine Ursache hat und seine bestimmten Folgen nach sich zieht. Wollen wir die Gegenwart verstehen, müssen wir sie im Lichte der Vergangenheit betrachten, gerade wie wir einen Menschen erst richtig und gerecht zu beurteilen vermögen, wenn wir seine Eltern und seine Jugend kennen und wissen, unter welchen Verhältnissen und Einflüssen er herangewachsen ist. Haben wir aber das rechte Verständnis gewonnen für die Gegenwart und die in ihr tätigen Kräfte, so können wir uns eine Vorstellung machen, wie die Zukunft beschaffen sein mag, die sich aus der Gegenwart heraus entwickelt. Gewiß nicht ein Bild mit allen Einzelheiten, aber doch ein Bild mit den wesentlichen Zügen. Könnten wir von einer höheren Warte herunterschauen auf die Menschen, so wie man von hoher Bergesspitze aus das Land zu überblicken und zu sehen vermag, woher die Wege kommen und wohin sie führen, so böte sich uns zumeist ein verwirrendes Bild dar: Ein Jagen und Hasten, ein Kämpfen, Ringen und Unterliegen von Hunderttausenden, in wildem Durcheinander, begleitet von mächtigem Lärm und Getöse, in dem sich Jubel und Klagen, Lachen und Weinen mit dem Sausen der Maschinen, dem Klirren der Hämmer mischt.

Was ist es nun, das dieses ungeheure Getriebe in Bewegung erhält? Mit schlichten Worten gesagt: Es ist die Sorge für den Lebensunterhalt, die Sorge für die Nahrung, Behausung und Bekleidung. Diese Sorge steht im Mittelpunkt des Lebens der Einzelnen wie der Völker; ihr ist alles andere untergeordnet, und alles, was der Mensch sonst noch wünscht und erstrebt, kommt nur so weit zu seinem Rechte, als die Sorge um die materielle Existenz ihm Raum läßt. Mögen wir noch so anspruchslos und bescheiden sein: wir bedürfen zuerst der Nahrung und Bekleidung und eines Ortes zum Schlafen, bevor wir uns andern Dingen widmen können. Gewiß spielt sich dieser Kampf ums Dasein auf verschiedenen

Stufen ab. Die große Mehrzahl kämpft ums tägliche Brot, das sie vor dem Hunger schützt; ein kleiner Bruchteil um einen bescheidenen Wohlstand, der einen Rückhalt gibt in den Wechselfällen des Lebens. Aber immerhin: Das Ringen des Bauern und des Proletariers, die Arbeit des Kaufmanns, der Fleiß des Forschers im Laboratorium: sie haben alle den einen Zweck, der Erde das abzuringen, was das Volk zu seiner Existenz bedarf, zum Unterhalt des einzelnen und zur Fortpflanzung des Geschlechts.

Einstweilen, bis den Bau der Welt
Philosophie zusammenhält,
Erhält sich das Getriebe
Durch Hunger und durch Liebe.

Wenn der Leser denkt, das sei gerade keine neue Wahrheit, so hat er recht. Aber es trifft auf sie die Erfahrung zu, daß wir gerade dann Gefahr laufen, die Tragweite und Bedeutung einer Tatsache zu verkennen, wenn sie zu den altbekannten gehört. Unser Philister, stets besorgt um die höchsten Güter der Menschheit, tadelt am Sozialismus, seinen „grobmaterialistischen Zug" und daß er am letzten Ende „doch nur auf eine Magenfrage hinauslaufe". Wir werden später davon reden, welche Bedeutung der Sozialismus für die geistige Kultur hat. Aber nehmen wir einmal an, unser Philister sei im Recht, der Sozialismus biete nichts anderes als eine Lösung der Magenfrage: Wäre das wirklich so wenig und hätte er nicht damit allein schon eine ungeheure Ueberlegenheit gegenüber dem Kapitalismus bewiesen?

Man muß schon recht kurze Gedanken haben, um geringschätzig von der „Magenfrage" sprechen zu können. Und der Bourgeoisie steht es am allerschlechtesten an, in diesen Ton zu verfallen. Sie hat den Wert einer quantitativ und qualitativ befriedigenden Lösung dieser Frage noch stets richtig einzuschätzen gewußt und sich, nach einem witzigen Worte Heines, über die Bedeutung eines guten Mittagsmahles viel rascher verständigt als über die Bedeutung des Abendmahles. Aber davon abgesehen: was will dieser einfältige Spott bedeuten angesichts der Tatsache, daß die ganze ungeheure Arbeit unseres Volkes fast ausschließlich den Zweck hat, die Mittel zur Befriedigung unserer leiblichen Bedürfnisse zu beschaffen? Fast zwei Millionen Männer und Frauen in der Schweiz rühren vom Morgen bis zum Abend die unermüdlichen Hände, um unseres Leibes Notdurft zu befriedigen.

Aber wir wissen auch: Die Art, wie ein Volk die Magenfrage löst, und der Erfolg, mit dem es geschieht, ist bestimmend für sein ganzes Dasein: für seine politischen Einrichtungen und seine gesellschaftlichen Zustände. Alle Wandlungen, die unsere Auffassung von Recht und Unrecht, vom Zweck des Staates, vom Verhältnisse der Geschlechter zueinander und des einzelnen zur Gesamtheit durchgemacht hat, sie alle sind bedingt gewesen durch die Veränderungen in den wirtschaftlichen Zuständen. Die großen Epochen, die wir in der Geschichte der Mensch-

heit unterscheiden, wurden eingeleitet durch ökonomische Umwälzungen: durch neue Formen des Wirtschaftslebens, d. h. der Gütererzeugung und des Güteraustausches. Sie schaffen die Bedingungen, unter denen neue Ideen sich gegenüber allen Widerständen durchzusetzen vermögen; sie geben den politischen Kämpfen Ziel und Antrieb.

Das müssen wir im Auge behalten, wenn uns die Geschichte des Schweizervolkes verständlich werden soll. Das ist aber auch der Standpunkt, von dem allein wir die moderne Arbeiterbewegung und den Sozialismus verstehen können — beide als Erscheinungen im Fluß der geschichtlichen Entwicklung des Schweizervolkes und wurzelnd in unserm Boden.

Eine Erläuterung des sozialdemokratischen Parteiprogrammes wird deshalb mehr bieten müssen, als nur eine Darlegung dessen, was wir unter einer sozialistischen Gesellschaft verstehen. Wir würden für sie nur ein geringes Interesse empfinden, wenn es sich dabei bloß um eine „schöne Idee", oder, nach dem Sprachgebrauch unseres Philisters, um ein „Hirngespinst" handelte. Was uns zu wissen drängt, ist das: Führen Brücken vom heutigen Staat zur sozialistischen Gesellschaft hinüber? Finden sich auch bei uns in der Schweiz die Bedingungen und Voraussetzungen vor, unter denen eine sozialistische Gesellschaftsordnung möglich oder gar notwendig wird? Und welches sind diese Bedingungen?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir vorerst eine klarere Vorstellung gewinnen von den Wandlungen, welche das Schweizervolk und unser Staatswesen in den letzten hundert Jahren durchgemacht hat, und von den Kräften, welche in diesen Wandlungen tätig gewesen sind.

---

1. Kapitel.

Die bürgerliche Revolution des 19. Jahrhunderts und der Sieg des Kapitalismus.

Gesetz ist mächtig.
Mächtiger die Not.

Die gute alte Zeit.

Nehmen wir an: eine zahlreiche Familie lebt in kleinen, engen Verhältnissen, in denen sie zwar ein bescheidenes, aber doch sicheres Auskommen findet. Plötzlich brechen von allen Seiten Gefahren und Stürme über sie herein, die ihre ganze Existenz untergraben. Sie wird von der Scholle vertrieben, die der Schweiß der Väter gedüngt hat, und ihre Glieder sehen sich genötigt, neue Kenntnisse zu erwerben, um ihren Unterhalt verdienen zu können. Von den Kindern gelangt wohl eines

zu neuem Wohlstand; ein anderes versucht in der Fremde sich eine Existenz zu gründen und die übrigen schlagen sich durch, so gut oder schlecht es eben geht.

Das ist das Bild unseres Volkes und seiner Schicksale im letzten Jahrhundert. Erlaubt es der Raum nicht, diese Entwicklung in allen Einzelheiten zu verfolgen, so soll doch auf einige Grenzsteine und Meilenzeiger hingewiesen werden. Wer etwas Augenmaß besitzt für die geschichtlichen Dinge, mag an ihnen ermessen, welch weiten Weg unser Volk in einem Zeitraum, dessen Beginn die Aeltesten unter uns noch erlebten, zurückgelegt hat. Was uns, wenn wir uns in die Zeit vor hundert Jahren zurückversetzen, am meisten auffällt, das ist die Kleinheit und Dürftigkeit aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Mangel gerade derjenigen Einrichtungen, die heute die Grundlage unseres wirtschaftlichen Lebens bilden: Keine Eisenbahn, keinen Telegraphendraht, keine Dampfmaschine, keine Fabriken, keine großen Verkaufsmagazine, keine Zeitungen. Alles hat einen engen Zuschnitt. Die gewerbliche Tätigkeit beruht auf einer ganz andern Grundlage: Die vorherrschende Wirtschaftsform, die Land und Volk sein Gepräge gibt, ist der handwerksmäßige Kleinbetrieb. Bauer und Handwerker bilden nicht nur den „Kern", sondern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. An Stelle unserer mechanischen Schreinereien und Schlossereien, der großen Baugeschäfte und Fabriken, der Konfektionsgeschäfte und Verkaufsmagazine finden wir Handwerker, die in einer kleinen Werkstatt mit dem einfachsten Werkzeug, vielleicht unterstützt von einem Lehrling oder einem Gesellen, ihrem Berufe obliegen und dabei ein bescheidenes, aber relativ sicheres Auskommen finden: Sie arbeiteten für einen bestimmten Kundenkreis und ein kleines Absatzgebiet, dessen Bedürfnis nur geringen Schwankungen unterworfen und deshalb leicht zu überblicken war. Daneben finden wir freilich auch schon junge Industrien, die für den Export arbeiten: so namentlich die Textilindustrie und die Uhrenmacherei. Der Wert der Ausfuhr macht indes nur einen kleinen Bruchteil der gesamten inländischen Produktion aus. Aber nicht nur, daß der Verkehr, den die Schweiz mit dem Auslande unterhielt, ein sehr dürftiger war, auch die Kantone schlossen sich gegen einander engherzig und ängstlich-borniert ab. Auf kleinliche Vorteile bedacht, errichteten die Regierungen Schranken, welche den gegenseitigen Güteraustausch und den Verkehr von einem Kanton zum andern erschwerten. Und man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß heute ein Warentransport nach London oder eine Reise nach Paris mit viel weniger Scherereien verbunden sind, als vor hundert Jahren ein Transport oder eine Reise von Zürich nach Solothurn. Jeder Kanton hatte sein eigenes Maß- und Gewichtssystem, sein eigenes Geld. Nicht nur an ihren Grenzen erhoben sie von den ein- und ausgehenden Waren Zölle und Gebühren, auch im Innern erschwerten sie den Verkehr durch Zoll-, Brücken- und Weggelder und die unglaublichsten bureaukratischen Schikanen. An

mehr als 400 Orten mußten im Innern der Schweiz derartige Gebühren bezahlt werden. Kein Wunder, daß inländische und ausländische Kaufleute den Weg durch die Schweiz nach Möglichkeit mieden. Ein mit 80 Zentnern beladener vierspänniger Wagen bezahlte auf der Route Basel-Zurzach an Zoll- und Weggeld, wenn er auf der Schweizerseite fuhr, Fr. 37.50, wenn er den längern Weg durch badisches Gebiet wählte, nur Fr. 18.60. Noch anfangs der vierziger Jahre, zehn Jahre nachdem in Deutschland durch die Gründung des Zollvereins für Handel und Wandel neue Bahnen geöffnet worden waren, zog der St. Galler Fuhrhalter Dürler es vor, seine nach Frankreich bestimmten Waren nicht auf der kürzesten Route durch den Kanton Aargau zu führen, sondern auf einem Umweg durch badisches Gebiet, weil er sich auf diese Weise jährlich Tausende ersparte. Die Belästigung durch die Erhebung der Zölle und Weggelder verteuerte den Transport auch deshalb, weil er dadurch stark verlangsamt wurde. Der dadurch bewirkte Zeitverlust betrug auf der Strecke Romanshorn-Genf nicht weniger als 30 Stunden.

Nicht als ob es an Leuten gefehlt hätte, welche auf die großen volkswirtschaftlichen Nachteile hinwiesen, die der Bevölkerung aus dieser kurzsichtigen Zollpolitik erwuchsen. Allein die politische Verfassung der Eidgenossenschaft und der Kantone war so beschaffen, daß die Interessen der Allgemeinheit sich nicht durchzusetzen vermochten und die gnädigen Herren und Oberen sich um deren Bedürfnisse nicht zu kümmern brauchten. Der Inbegriff aller Staatsweisheit bestand darin, an der überlieferten Ordnung nicht rütteln zu lassen und im Untertan den nötigen Respekt vor der von Gott eingesetzten Obrigkeit zu erhalten. Als ein Aufrührer galt schon derjenige, der es wagte, die Behörde auf Uebelstände aufmerksam zu machen, auch wenn es in unterwürfigster Weise geschah. Daran muß man sich erinnern, um zu begreifen, warum man es im Jahre 1848 für nötig hielt, in der Bundesverfassung das „Petitionsrecht" — das heißt das für uns selbstverständliche Recht, der Behörde eine Bitte vorzutragen — feierlich zu gewährleisten.

Das aristokratische Regiment.

Die ganze ungeteilte Staatsgewalt lag in den Händen der städtischen Aristokratie; sie besetzte alle Aemter nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande und mißbrauchte ihre unbeschränkte Gewalt schonungslos, um sich ihre Privilegien zu sichern und das Landvolk in seiner wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit und Untertänigkeit zu erhalten. „Der Bauer war gewissermaßen wieder der Leibeigene des Städters geworden." Jede freie Regung, jeder Versuch, die verloren gegangene Freiheit wieder zu erlangen, wurde mit grausamer Strenge unterdrückt. Der Untertan hatte zu gehorchen und zu schweigen. Die Staatsverwaltung entzog sich jeder Aufsicht und Kontrolle. Die Räte tagten hinter geschlossenen Türen. Die Staatsrechnungen blieben Geheimnis. Hätte jemand gewagt, von der Regierung Rechenschaft über die Verwendung

öffentlicher Gelder zu verlangen, so würde er diese Kühnheit mit Freiheits- und Vermögensstrafen, wenn nicht mit seinem Leben bezahlt haben. Die religiöse Unduldsamkeit war in den protestantischen Kantonen so unerträglich wie in den katholischen. Ein Zürcher Mandat von 1755 bestimmt, daß wer zum Katholizismus übertritt das Bürgerrecht verliert. Dem Zürcher, der eine Katholikin heiratete, war der Aufenthalt im Kanton verboten. Die Zensur gebärdete sich so unsäglich borniert, wie in keinem monarchischen Nachbarstaat. „Hinter den Zensoren aber standen Zuchthaus und Scharfrichter." (Zitate aus Oechsli.) Weder in der inneren noch in der äußeren Politik irgend ein freierer, fortschrittlicher Gedanke. „Das Sonderinteresse der herrschenden Klasse war überall zum Prinzip der politischen Einrichtungen geworden." Also ein Klassenstaat ohne alle Verbrämung. Nicht besser als in den Städten war es in den Landgemeindekantonen bestellt, wo eine auf Bestechung gegründete Oligarchie das Land regierte.

Unter diesem bornierten, engherzigen, nur auf seinen Vorteil bedachten Regiment war jeder Fortschritt unterbunden. Die Stürme der französischen Revolution trafen die Schweiz in derselben staatsrechtlichen Verfassung, auf der sie schon zu Zwinglis Zeiten beruht hatte. „Das Bild der Eidgenossenschaft als Ganzes war ein klägliches." Auf andern Gebieten derselbe träge Stillstand. In das verknöcherte Strafrecht war seit Jahrhunderten kein neuer Gedanke eingedrungen. Am 25. April 1804 wurden in Zürich die Führer des Bockenkrieges wegen Aufruhrs zum Tode verurteilt. Das Urteil stützte sich auf Artikel 127 der aus dem Jahre 1532 stammenden peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. Im Kanton St. Gallen und wohl auch in andern Gebietsteilen der Schweiz kamen noch in den zwanziger Jahren außer der Todes-, Ketten-, Zuchthaus- und Geldstrafe folgende Strafen zur Anwendung: Staupbesen, Prügel, Pranger, Schandsäule, Infamie und Brandmarkung. Im Jahre 1790, nachdem in Paris die Revolution schon entscheidende Siege erfochten, sahen sich „Bürgermeister, Klein- und Große Räte, so man nennet die Zweihundert der Stadt Zürich" veranlaßt, die Kleider- und Sittenmandate zu erneuern und der Bürgerschaft von neuem einzuschärfen, daß „alles Tragen ganz samtener Kleidungen, Kleiderfutter und Unterröcke für Manns- und Weibspersonen verboten und nach Umständen zu bestrafen sei."

Kleinstaaterei.

Die Schwierigkeiten, mit denen jeder wirtschaftliche Fortschritt zu kämpfen hatte, waren nicht geringer. Etwas Kläglicheres als die Geschichte des schweizerischen Zollwesens vor 1848 läßt sich nicht denken. Während unsere Nachbarstaaten Handel und Verkehr durch den Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes, durch zweckmäßige Reformen der Zollgesetzgebung, einheitliches Maß- und Münzsystem aufs wirksamste förderten, gab es für die kantonalen Regierungen kein höheres Gebot,

als die Wahrung ihrer „kantonalen Souveränität". Und kantonale Souveränität heißt in diesem Falle bornierter Herrschaftsdünkel und kleinlicher Eigennutz. Noch im Jahre 1844 schrieb Gerold Meyer von Knonau resigniert in seiner Beschreibung des Kantons Zürich: „Ob Zürich je eine Eisenbahn erhalten wird, bleibt dahingestellt" — das zu einer Zeit, wo das deutsche Eisenbahnnetz schon eine Länge von 2000 Kilometer aufwies!

Das Bürgertum aber und die Bauernsame ließ es an Ergebenheit nicht fehlen. Das Ustermemorial — jene Eingabe, durch welche nach dem Tag in Uster (22. November 1830) die demokratische Bewegung im Kanton Zürich eingeleitet wurde, begann mit der respektollen Anrede: „Hochwohlgeborener, hochgeachteter Junker Amtsbürgermeister! Hochgeachtete, hochzuverehrende Herren und Obere!" Heute bitten manche Behörden, im schriftlichen Verkehr „bloße Höflichkeitsformeln wegzulassen".

Geistige Verfassung.

Diese wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse waren von bestimmendem Einfluß auf den Charakter des Volkes, seine Denk- und Empfindungsweise.

Die Schwierigkeit des Verkehrs hatte zunächst zur Folge, daß zahlreiche Bürger nur selten und manche gar nie aus ihrem Wohnort herauskamen. Der Wechsel in der Bevölkerung beschränkte sich auf den Zu- und Abgang infolge Geburt, Heirat und Tod. Heimatsort, Geburtsort und Wohnort fielen für die Mehrzahl zusammen. Alle waren mit dem Boden noch fest verbunden. Nur wenigen war es vergönnt, ein Stück Welt außerhalb der heimatlichen Grenzen kennen zu lernen. Und da das Lesen nicht jedermanns Sache war, und außer dem Kalender nicht viel Literatur den Weg aufs Land fand, waren auch nur wenige in der Lage, die fehlende unmittelbare Anschauung fremder Dinge und Verhältnisse durch die Lektüre zu ersetzen. Für viele Tausende bildete darum das Dorf oder die Stadt eine abgeschlossene Welt, in die nur langsam dürftige Nachrichten von dem drangen, was außerhalb der Landesgrenzen geschah. Die ersten Mitteilungen über die Ereignisse, welche sich am 18. März 1848 in Berlin abgespielt haben, brachten die Zürcher Zeitungen erst am 24. März. Goethe erfuhr am 10. November 1827, daß sein Sohn August schon am 26. Oktober in Rom gestorben war.

Bei solchen Verkehrsverhältnissen erfuhr das geistige Inventar des Volkes nur langsam eine Erweiterung. Eine öffentliche Meinung in unserem Sinne, als politische Macht, gab es nicht. Damit hängt der Konservatismus zusammen, der damals das Landvolk so geduldig alle Leiden der geschundenen und entrechteten Untertanen ertragen ließ. Nicht ein Konservatismus, der auf einer bewußten Bevorzugung des

Alten vor dem Neuen beruhte. Er war vielmehr das Ergebnis der Angst und des Mißtrauens vor allem Neuen und hing aufs engste zusammen mit der geistigen Schwerfälligkeit und der Unfähigkeit, sich in eine andere Lage zu versetzen. So verlief das Leben in größter Einförmigkeit, in der das Kleinste zum Ereignis wurde und das Große unverstanden blieb. Der Komet, der im Jahre 1811 am Himmel erschien, gab dem Volke so viel zu reden und zu denken, als uns ein weltgeschichtlicher Vorgang. In der Vorstellungswelt nahmen die religiösen Ideen einen sehr großen Raum ein, aber ohne daß die innerlich religiöse Empfindung in gleichem Maße allgemeiner oder tiefer gewesen wäre als heute. Größer war nur die religiöse Gewohnheit, der Aberglaube und die Angst vor dem Teufel. Die Leute glaubten an den lieben Gott, wie sie an Hexen und Zaubermittel und den baldigen Weltuntergang glaubten.

Im Jahre 1810 wurde in den zürcherischen Schulen ein neues Religionsbuch eingeführt, das einige sprachliche Verbesserungen enthielt. Es hieß nicht mehr der Tauf, sondern die Taufe; nicht mehr „was ist dein einiger Trost?“, sondern „was ist dein einziger Trost?“, und die Kinder, wenn sie den „Glauben“ hersagten, sollten nicht den Druckfehler wiederholen und sagen: „Abraham dritten Tag“, sondern „Aber am dritten Tag“. Das brachte, wie uns der Volksschriftsteller Stutz in seiner hübschen Biographie erzählt, das Landvolk so auf, daß es sich an den Schulmeistern, die dieser Gotteslästerung Vorschub leisteten, beinahe vergriff und nicht mehr zweifelte, daß der Weltuntergang vor der Türe stehe. — Die Landesgegenden waren konfessionell scharf geschieden. Bern nahm keinen Katholiken ins Bürgerrecht auf, und Luzern keinen Protestanten. Und wenn in katholischen Landen ein Protestant erschien oder im reformierten Gebiet ein Katholik, so betrachtete man ihn mit demselben neugierigen Interesse, mit dem der Marktbesucher in der Schaubude ein dreiköpfiges Kalb anschaut.

Die Umwälzung.

Dann aber trat eine neue Macht auf den Plan, ein großer Revolutionär, der alles über den Haufen warf: Die Maschine. Der Kapitalismus beginnt seinen Siegeslauf. Anfänglich nur tastend, heute hier, morgen dort einen Vorstoß wagend. Aber nachdem er einmal seine Kräfte erprobt und die nötige Erfahrung gesammelt hat, geht er im Sturmschritt vor und verdrängt den Feind auch aus seinen sichersten Positionen. Er revolutioniert die Köpfe, den Staat, die Gesellschaft, schafft neue Parteien, drückt allen und allem seinen Stempel auf: es gibt keinen, noch so abgelegenen Winkel, der sich seinem Regiment entzieht.

In Wahrheit: der Kapitalismus ist ein Revolutionär, der diesen Namen verdient. Rücksichtslos, brutal, mit der Gewalt einer Naturmacht durchbricht er alle Grenzen und modelt alle Verhältnisse nach seinem

Bedürfnis um. Er schiebt die Menschen hin und her, wie es seinen Zwecken paßt; entvölkert ganze Gegenden und häuft die Massen in Städten zusammen. Er zwingt ihnen neue Lebensgewohnheiten und ein neues Recht, eine neue Verfassung auf: geht es nicht im Frieden, so schreibt er seine Gesetze mit Blut. Er zerreißt die Fesseln, in die der Feudalismus und die städtische Aristokratie das Volk geschlagen hatten, wo sein Profitbedürfnis Freiheit und Beweglichkeit erfordert, und schmiedet Hunderten und Tausenden neue Ketten, um sie sich dienstbar zu machen. Der Kapitalismus verknüpfte unser Land durch den Schienenstrang und den Telegraphendraht mit fremden Erdteilen, uns mit deren Geschick aufs engste verknüpfend. Eine Krisis in Nordamerika, ein Stocken der Goldproduktion in den Minen Afrikas kann für Tausende von Schweizer Familien verhängnisvoll werden.

Darum reden wir von einem Zeitalter des Kapitalismus und bezeichnen das innerste Wesen des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft, wenn wir sie die kapitalistische nennen. Die grundstürzenden Veränderungen, die im abgelaufenen Jahrhundert auf allen Gebieten sich vollzogen haben und eine neue Epoche in der Menschengeschichte begründeten — sie stehen ausnahmslos im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus. So verwirrend die Fülle der Geschehnisse ist, so widerspruchsvoll sie uns vorkommt: sie wird uns klar und verständlich, sobald wir diesen Zusammenhang erkennen. Da uns aber als der Träger dieser geschichtlichen Bewegung das Bürgertum entgegentritt, reden wir mit Recht von einer bürgerlichen Revolution, welche die bürgerliche Gesellschaft ans Ruder brachte.

Das alles wird uns noch klarer werden, wenn wir in das eben entworfene Bild noch einzelne Züge hineinzeichnen.

Neue Kraftquellen.

Die moderne Technik verfolgt in der Hauptsache zwei Ziele: In erster Linie will sie die Herrschaft des Menschen über die tote Natur erweitern, indem sie deren Kräfte — den Druck des Dampfes und des fließenden Wassers, Elektrizität — in ihren Dienst zwingt. Diesem Zwecke dienen die sog. Kraftmaschinen: Turbine, Elektrizitätswerk, Dampfmaschine usw. Dann aber handelt es sich darum, die so gewonnene Kraft nutzbar zu machen, d. h. durch sie nützliche Arbeit verrichten zu lassen. Das geschieht mit Hülfe der Arbeitsmaschinen. Der Leser denke an die Drehbank, den mechanischen Webstuhl, die Druckerpresse. Solche Arbeitsmaschinen kannte und brauchte man auch schon früher. Aber da sie durch die menschliche Arbeitskraft in Bewegung gesetzt werden mußten, blieben ihre Leistungen naturgemäß innert bescheidenen Grenzen. Diese Schranke fiel, als es gelang, die Arbeitsmaschinen durch Dampf, Wasser oder Elektrizität anzutreiben; nun kann ihre Leistungsfähigkeit fast ins ungemessene gesteigert werden.

Die ersten in der Industrie verwendeten Kraftmaschinen waren die Wasserwerke. Die Dampfmaschine, eine Erfindung des 18. Jahrhunderts, mußte auf ihre praktische Verwendung noch manches Jahrzehnt warten. Es hängt mit unserem Reichtum an Wasserkräften zusammen, daß die Dampfkraft bei uns erst nach 1850 zu häufigerer Verwendung kam. Dann aber wuchs die Zahl der motorischen Kräfte und die Art und Vielseitigkeit ihrer Verwendung ins riesenhafte. Und wenn schon vorher diese Entwicklung fast etwas Märchenhaftes an sich hatte, so eröffneten sich noch wunderbarere Ausblicke, nachdem im Jahre 1891 an der internationalen elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. das Problem der elektrischen Kraftübertragung gelöst worden war.

Im Jahre 1882 arbeiteten in der Schweiz 1472 Fabriken mit Motoren, die im ganzen 60,000 Pferdekräfte erzeugten, im Jahre 1911 waren es 6595 Fabriken mit 764,714 Pferdekräften. Dazu kommt die motorische Kraft, über die unsere Verkehrsanstalten verfügen. Auf unsern Eisenbahngeleisen rollen nicht weniger als 1500 Dampflokomotiven, 112 elektrische Lokomotiven und 388 Motorwagen. Ferner existieren in der Schweiz 258 Elektrizitätswerke mit einer maximalen Leistung von 563,235 Pferdekräften. Damit sind die vorhandenen Wasserkräfte bei weitem noch nicht erschöpft. Man hat berechnet, daß noch wenigstens 2 Millionen Pferdekräfte gewonnen werden können.

Das bedeutet zunächst: eine ungeheure Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums. Es wird uns das am klarsten, wenn wir ausrechnen, wie viel Pferde oder gar wie viel Menschen notwendig wären, um die Arbeit, welche wir den Maschinen aufgebürdet haben, zu verrichten. Man pflegt in der Statistik die Leistung einer Pferdekraft gleichzusetzen der Leistung von drei Pferden oder derjenigen von einundzwanzig Männern. Wollten wir also die motorische Kraft durch Pferde ersetzen, so benötigten wir anderthalb Millionen Pferde; wollten wir sie durch menschliche Arbeitskraft ersetzen, so reichten hierzu 10 Millionen Männer nicht aus!

Neue Arbeitsmaschinen und Verkehrsmittel.

Dazu kommt nun das andere, gleich wichtige Moment: In der Zeit, in welcher sich die Industrie diese unerschöpflichen Kraftquellen erschlossen hat, ist es ihr auch gelungen, die Arbeitsmaschinen, welche der Dampf und die Elektrizität in Bewegung setzt, in einer bewunderungswürdigen Art zu vervollkommnen, und zwar nach beiden Seiten hin: Die Maschine leistet nicht nur ungleich mehr als der Mensch, sondern liefert auch die bessere, gleichmäßigere Arbeit. Die Geschichte der modernen Erfindungen und Entdeckungen liest sich wie der spannendste Roman. Hier sei nur an einige der bekanntesten Beispiele für diese ungeheure Steigerung der Produktivität der Arbeit erinnert: Eine große

Schuhfabrik liefert täglich 1000 Paar Schuhe, ein Walzwerk täglich 4000 Zentner Eisenbahnschienen, eine Nadelfabrik Tag für Tag eine Million Stecknadeln. Es gibt Nagelmaschinen, die täglich 2000 Kilo Eisen zu Nägeln verarbeiten, Papiermaschinen, die in 24 Stunden 10,000 Kilo Papier herstellen, Druckerpressen, die in einer Stunde 60,000 Bogen bedrucken, beschneiden und falzen. Eine Spinnmaschine mit 1000 Spindeln bedarf zu ihrer Bedienung drei oder vier Personen und liefert das Hundertfache von dem, was früher die Handspinnerin bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit zustande brachte.

Am sinnfälligsten treten uns die technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Verkehrsmittel entgegen, im besondern in der Geschichte der Eisenbahn. Die erste Eisenbahnstrecke auf schweizerischem Gebiete, Zürich-Baden, ist am 9. August 1847 dem Betriebe übergeben worden, nachdem jahrelange Versuche, eine Aktien-Gesellschaft zum Zweck des Baues einer Linie Zürich-Basel zu gründen, am Krämergeist der beteiligten Kantone kläglich gescheitert waren, und heute mißt das schweizerische Eisenbahnnetz 4000 Kilometer und seine Baukosten belaufen sich auf anderthalb Milliarden Franken! Aber die Eisenbahnen haben nicht nur an Ausdehnung gewonnen. Auch ihre Leistungsfähigkeit hat eine grandiose Steigerung erfahren. Die ersten Lokomotiven, die Stephenson, ihr Erfinder, in den 20er Jahren baute, entwickelten sechs bis acht Pferdekräfte und fuhren in der Stunde sechs Kilometer ab. Im Jahre 1829 setzte die Direktion der Stockton-Darlington-Eisenbahn in England einen Preis aus für den Bau einer Lokomotive, die bei einem Eigengewicht von 120 Zentnern imstande sei, mindestens das Dreifache dieses Gewichtes zu befördern und in der Stunde 16 Kilometer zurückzulegen. Eine solche Maschine, die damals ihrem Erbauer einen Ehrenpreis von 12,000 Franken eintrug, käme uns heute fast wie ein Kinderspielzeug vor, wenn wir daneben eines unserer modernen Fahrzeuge stellen. Eine Gotthardbahnlokomotive hat ein Eigengewicht von 1300 Zentnern, entwickelt 1200 Pferdekräfte und fährt mit einer Geschwindigkeit von 80 und mehr Kilometern! Im Jahre 1835 bekamen die Zürcher zum erstenmal ein Dampfschiff zu sehen. Sie empfanden es als einen bedeutenden Fortschritt, daß der Reisende, der vormittags um halb acht Uhr von Zürich abfahre, schon am gleichen Tage abends neun Uhr in Chur eintreffen könne — eine Strecke, die der Luxuszug heute in anderthalb Stunden durchfährt.

Mit der Steigerung der Geschwindigkeit ging Hand in Hand die Verbilligung der Verkehrsmittel, und sie beide bewirkten eine ungeheure Zunahme des Güter-, Personen- und Nachrichtenverkehrs. Einige Zahlen, an denen der Leser den Abstand ermessen mag: Im Jahre 1849, nachdem das Postwesen schon an den Bund übergegangen war, wurden 448,809 Personen durch die Post befördert, d. h.: je der fünfte Einwohner hat im Laufe des Jahres die Post einmal benutzt. Im Jahre 1916 haben die schweizerischen Eisenbahnen 122 Millionen Personen befördert, so

daß auf jeden Einwohner im Durchschnitt 30 Fahrten fallen. Die Zahl der beförderten Briefe belief sich vor 50 Jahren auf etwa 20 Millionen. Im Jahre 1917 wurden in der Schweiz 313 Millionen Briefe und Postkarten, 50 Millionen Drucksachen und Warenmuster, 33 Millionen Fahrpoststücke, 247 Millionen Zeitungen im Abonnement aufgegeben. Dazu kommen noch 3½ Millionen Telegramme und 93 Millionen telephonische Gespräche. Dieser ungeheure Verkehr wird dank der verbesserten Kommunikationsmittel und der zweckmäßigeren Organisation mit verhältnismäßig viel kleinerem Arbeitspersonal bewältigt. Vor 50 Jahren standen im Dienste der Postverwaltung 2400 Personen; heute sind es etwa 16,000. Sie haben sich also annähernd nur versiebenfacht, während die Zahl der beförderten Gegenstände ums Hundertfache angewachsen ist. Von nicht geringerer Bedeutung als diese Fortschritte der Maschinentechnik sind die verbesserten Arbeitsmethoden und die chemischen Verfahren. Vor 70 Jahren waren zur Herstellung eines Zentners Zucker 17—18 Zentner Rüben notwendig; heute genügen dazu 8 Zentner Rüben. Die schönsten Farbstoffe und eine Reihe von Arzneimitteln werden aus Teer hergestellt, einem bei der Gasfabrikation gewonnenen Abfallprodukt, für das man noch vor 30 Jahren kaum eine lohnende Verwendung hatte.

Umwälzungen in der Landwirtschaft.

Die revolutionierenden Wirkungen der modernen Technik und der Naturwissenschaften beschränken sich aber nicht auf die gewerblichen Betriebe und das Verkehrswesen. In nicht geringerem Maße haben sie auch die Landwirtschaft ergriffen. Der Leser ist vielleicht geneigt, in dieser Behauptung eine starke Uebertreibung zu erblicken. Nun ist richtig: wenn ein sonntäglicher Spaziergang uns durch ein Dorf führt, so mutet uns das altväterische Wesen abseits von den großen Verkehrsstraßen, die Einfachheit der Bedürfnisse und der Lebensgewohnheiten mit ihren Spuren jahrhundertealter Ueberlieferungen fast sonderbar an. Und trotzdem ist es so, daß auch der landwirtschaftliche Betrieb im Laufe der letzten sechzig Jahre von Grund aus umgestaltet worden ist. Während Jahrhunderten hatte die Tätigkeit des Bauern auf dem bescheidenen und nur sehr langsam sich vermehrenden Schatz von praktischen Erfahrungen beruht, die sich von einem Geschlecht zum andern vererbten. Nun aber wurde auch die Landwirtschaft zu einer Wissenschaft; ihre Fortschritte verdankt sie dem Chemiker, dem Physiologen, dem Maschinentechniker. Die neue Epoche wurde eingeleitet durch die Forschungen des Chemikers Justus v. Liebig. Er wies, als erster, nach, welche Bestandteile die Pflanze dem Boden entnimmt und welche Stoffe ihm sonach zurückgegeben werden müssen, damit er nicht im Laufe der Jahre seine Fruchtbarkeit einbüßt. Bisher hatte man geglaubt, daß der Boden im Stallmist alles zurückerhalte, was zum Wachstum der Pflanze nötig

ist. Aus Liebigs Forschungen ergab sich aber, daß die Pflanze dem Boden vor allem mineralische Bestandteile entzieht, und daß diese ersetzt werden müssen, wenn er vor Erschöpfung bewahrt bleiben soll.

Damit war der Grund gelegt für die Lehre von der künstlichen Düngmitteln, die eine völlige Umwälzung der Landwirtschaft zur Folge hatte. Durch die Verwendung der mineralischen, in der Fabrik hergestellten Düngmittel wurde der Bauer unabhängig vom Stallmist und erst dadurch in die Lage gesetzt, seinen Betrieb rationell zu gestalten. Eines der wichtigsten mineralischen Düngmittel ist das Thomasmehl — ein Abfallprodukt, das bei der Verarbeitung des Roheisens gewonnen wird. Andere Fortschritte verdankt die Landwirtschaft der Physiologie und der Bakteriologie: Die Kenntnis und die Bekämpfung jener kleinen, nur mit dem Mikroskop wahrnehmbaren Pilze und Bakterien, von denen die einen für den Lebensprozeß unentbehrlich sind, während die andern ihn mit Vernichtung bedrohen.

Der Wert der in der Schweiz erzeugten landwirtschaftlichen Produkte wird heute auf fast eine Milliarde geschätzt. Wie hoch er für eine frühere Zeit angeschlagen werden muß, wissen wir nicht; aber das steht fest, daß er dank all dieser Fortschritte eine außerordentliche Steigerung erfahren hat. Die Ernteerträge sind um mindestens 100 Prozent in die Höhe gegangen. Mit der Vermehrung unseres Viehstandes ging eine Hebung der Rasse Hand in Hand. Im Jahre 1855 wurden in der Schweiz 550,000 Kühe gezählt, im Jahre 1916 aber 849,011, eine Steigerung, die trotz der Ausdehnung der Graswirtschaft auf Kosten des Getreidebaues nicht möglich gewesen wäre ohne die gleichzeitige Verbesserung des Futterbaues. Aber nicht nur die Zahl der Kühe hat sich vermehrt, in den letzten vierzig Jahren ist ihr durchschnittliches Gewicht von 420 Kilogramm auf 520 Kilogramm angewachsen und der durchschnittliche jährliche Milchertrag einer Kuh von 1940 Litern auf 2400 Liter. Also auch in der Landwirtschaft eine starke Steigerung der Produktivität.

Das Tempo der Entwicklung.

So gewaltig nun auch alle diese technischen Neuerungen sind, so bedeuten sie doch nur einen Anfang; die Fortschritte der nächsten Jahrzehnte werden noch größer, noch folgenreicher sein. Ein Goldlager ist um so rascher erschöpft, je größer die Ausbeute ist. Mit den Erfindungen und Entdeckungen verhält es sich umgekehrt: jede derselben birgt schon den Keim eines neuen Fortschrittes in sich, und gibt dem Menschen den Schlüssel zu stets reicheren Schatzkammern in die Hand.

Wir sind an den Gebrauch der Maschinen und der modernen Transportmittel so sehr gewöhnt, daß wir uns eine Zeit und eine Gesellschaft, welche sich ohne dieselben hat behelfen müssen, schlechterdings nicht mehr vorstellen können. Ein Fuhrmann, der mit vierspännigem Wagen

Waren von Zürich nach Mailand führt, ein Buchdrucker, der sich mit einigen Handpressen behilft, ein Nagelschmied, der in seiner Werkstatt am Amboß Stiften schmiedet, ein Knopfmacher, der an der Drehbank mit Fußbetrieb Hemdenknöpfe anfertigt — das sind alles Figuren, denen wir in einem historischen Umzug, aber nicht im Leben begegnen. Und weil wir den Uebergang von der alten in die neue Zeit nicht erlebt haben, ist es uns nicht ganz leicht, all diese Wandlungen in ihrer ganzen weltgeschichtlichen Tragweite zu erkennen und zu verstehen, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus eine neue, von der ganzen Vergangenheit scharf geschiedene Periode in der Geschichte der Menschheit begonnen hat.

Versetzen wir uns noch einmal um hundert Jahre zurück: über welche Kräfte verfügte damals ein Volk? Zunächst über die eigene Muskelkraft: die Kräfte der Hände und Füße. Sodann über die Kraft der Zugtiere: der Pferde, Maulesel, Rinder. Dazu kam dann noch die mechanische Kraft, die für Mühlen und Spinnereien mit Hilfe höchst primitiver Wasserwerke an den Flußläufen gewonnen wurde. Diese Kraftquelle floß aber spärlich. In der Hauptsache war ein Volk angewiesen auf die lebendige Kraft der Menschen und seiner Haustiere. Die Summe der Kräfte, die einem Lande zu Gebote stehen, bildet naturgemäß eine der Schranken, über welche hinaus eine Steigerung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht möglich ist. Nun ließ sich aber weder die Zahl der Zugtiere, noch die Zahl der Menschen künstlich vermehren. Daraus erklärt es sich, daß sich die wirtschaftliche Tätigkeit während Jahrhunderten annähernd im gleichen Rahmen und auf derselben Stufe bewegte. Gewiß war die Entdeckung neuer Seewege, die Erschließung neuer Gold- und Silberminen, die Kolonialwirtschaft nicht ohne Einfluß auf die schweizerische Volkswirtschaft. Aber im großen und ganzen blieb die Art, wie die Güter hervorgebracht und in den Verkehr gebracht wurden, durch viele Generationen hindurch dieselbe.

Um so gründlicher war, wie wir gesehen haben, die revolutionäre Wirkung, die von der Maschine ausging und die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts befreite von jenen Schranken, welche der mittelalterlichen Gesellschaft gezogen waren. Wenn Zwingli nach zweihundertjährigem Todesschlaf wieder durch Zürichs Straßen hätte wandern können, so hätte er zwar die Menschen etwas bornierter und unfreier getroffen, als sie es zu seiner Zeit waren, aber an der Stadt und den wirtschaftlichen Verhältnissen hätte er nur wenig Veränderungen wahrgenommen. Und bei einem Gange durch den Neumarkt oder die Münstergasse hätte er zu sich gesagt: „Sieh da, im Haus zum „Biber" betreibt auch heute noch ein Zinngießer sein Handwerk und hier im „Ochsen" haust, wie schon zu meiner Zeit, ein ehrsamer Tuchschmied oder Knopfmacher." Wenn aber in unserm Jahrhundert einer nach zwanzigjähriger Abwesenheit nach Zürich zurückkehrt, so findet er sich kaum mehr

zurecht: ganze Geschlechter, ganze Straßen, ganze Berufe sind vom Erdboden verschwunden!

Welchen Einfluß die kapitalistische Entwicklung auf das Los des Arbeiters halte, werden wir später erörtern. In diesem Abschnitte stellen wir noch einige Angaben zusammen über die revolutionierenden Wirkungen des Kapitalismus auf Staat und Gesellschaft.

Die Entwicklung zum Industriestaat.

Um gleich das Wichtigste und Bedeutsamste an die Spitze zu stellen: Die ganze materielle Existenz unseres Volkes erhielt eine neue Grundlage. Die Schweiz, noch vor drei Generationen ein durch und durch kleinbürgerliches Land, entwickelte sich zu einem Industriestaat erster Ordnung, der, wie kein anderes Land, am internationalen Handel beteiligt ist.

Die Schweiz hat freilich nie ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet dargestellt. Sie brachte von jeher nicht genug Nahrungsmittel hervor, um den eigenen Bedarf zu decken: das Schwabenland bildete die Kornkammer der Schweiz und wenn dort die Ernte mißriet, so aßen unsere Vorfahren teures Brot. Anderseits lieferte die Schweiz dem Ausland im Austausch gegen Lebensmittel in nicht unbedeutenden Mengen Industrieprodukte, so namentlich Baumwolle und Seidenstoffe und Uhren. Immerhin war der Wert der Ein- und Ausfuhr ein bescheidener; in der Hauptsache war die gewerbliche Tätigkeit doch darauf gerichtet, mit dem im Inland gewonnenen Rohstoff und den Früchten des heimischen Bodens die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Wobei der Leser sich auch daran erinnern muß, daß die Hauswirtschaft damals einen viel größern Umfang hatte als gegenwärtig. Die Menge der Gegenstände, welche unsere Urgroßmütter nicht im Kramladen kauften oder beim Handwerker bestellten — vom Sauerkraut und den Blutwürsten bis zum selbstgesponnenen und genähten Hemde — ist recht beträchtlich.

Wie anders ist das Bild, das die Gegenwart uns darbietet, und welche Schicksale — glückliche und noch mehr unheilvolle — drücken sich in folgenden Zahlen aus:

Im Jahre 1918 hat die Schweiz für 2401 Millionen Franken Waren eingeführt, und zwar für 631 Millionen Lebensmittel, für 1072 Millionen Rohstoffe und für 652 Millionen fertige Fabrikate. Der Wert der Ausfuhr belief sich im gesamten Jahre auf 1963 Millionen Franken, wovon 138 Millionen auf Lebensmittel, 83 Millionen auf Rohstoffe und 1742 Millionen Franken auf Fabrikate entfallen. Eine ganze Anzahl von Industrien arbeiten fast ausschließlich für den Export. Die Abhängigkeit der Schweiz vom Weltmarkt ist um so größer, als das von unserer Industrie verarbeitete Rohmaterial bis auf unbedeutende Reste vom Ausland geliefert werden muß. Die Textilindustrie bezog für 243

Millionen Franken Seide, für 51 Millionen Baumwolle, für 42 Millionen Wolle. Die Maschinenindustrie für 223 Millionen Franken Metalle. Die Uhrenindustrie für 11 Millionen Gold und Silber. Für Kohlen zahlten wir dem Auslande vor dem Kriege jährlich 100 Millionen, heute wohl das fünffache. Wenn wir es verstehen, diesen Zahlen den Mund zu öffnen, so erzählen sie uns von schweren Kämpfen und Sorgen, die in manchen Fällen mit dem Sieg, viel häufiger aber mit Niederlagen geendet haben. Was wir ihnen vor allem entnehmen, ist das: der moderne Kapitalismus hat nicht nur einen wilden Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Unternehmern, sondern auch zwischen den einzelnen Nationen entfacht. Der Schauplatz der wirtschaftlichen Kämpfe ist nicht mehr das Gebiet einer Gemeinde oder eines Kantons, sondern die Welt. Der Appenzeller Sticker wird bedroht von der Konkurrenz der sächsischen Stickereiindustrie, der Basler Bandweber vom Weber in Lyon, der Zürcher Baumwollspinner von den Spinnern in Birmingham, unsere Bauern von der Konkurrenz der amerikanischen Großgrundbesitzer. So sah die Schweiz sich genötigt, ganze Erwerbszweige, die früher Tausende ernährt hatten, aufzugeben und sich dafür auf solche Tätigkeitsgebiete zu beschränken, auf denen sie der Konkurrenz des Auslandes standzuhalten vermag.

Einfluß des Weltverkehrs auf die Landwirtschaft.

Mit der Landwirtschaft steht es so: auch in früheren Jahrhunderten war sie nicht imstande, unsern Bedarf an Brotgetreide zu decken. Immerhin war die Einfuhr, namentlich in guten Jahren, keine erhebliche. Man hat berechnet, daß noch in der Mitte des letzten Jahrhunderts die einheimische Getreideproduktion ausgereicht hat, um dem Bedarf an 300 Tagen zu genügen, so daß die schweizerische Bevölkerung nur während zwei bis drei Monaten auf die Einfuhr angewiesen war. Schon in den sechziger Jahren begann die ausländische Getreidezufuhr rasch anzuwachsen. Als dann in den siebziger Jahren die Weltmarktpreise rasch fielen — von Fr. 20 auf Fr. 15 und 14 per Doppelzentner — vermochte der Schweizer Bauer diese Konkurrenz nicht mehr auszuhalten: Der russische und ungarische Kornhändler zwang ihn, seinen Getreidebau mehr und mehr einzuschränken und in der Ausdehnung der Graswirtschaft für seinen Ausfall Ersatz zu suchen; so verschwanden allmählich die golden wogenden Getreidefelder, an deren Stelle sich nunmehr die Wiesen und Kleeäcker dehnen. Die Einfuhr an Getreide und Mehl belief sich vor dem Krieg auf 9 Millionen Doppelzentner, im Wert von mehr als 210 Millionen Franken. Was im Inland produziert wird, mag ausreichen, um den Bedarf während etwa drei oder vier Monaten zu decken, so daß wir während mehr als einem halben Jahre auf die ausländische Zufuhr angewiesen sind.

Andererseits gab die schweizerische Landwirtschaft für 120 Millionen Franken Milchprodukte ans Ausland ab. Der Leser ersieht daraus: Die technische Revolution hat vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Auch sie ist in den Strudel des Weltverkehrs hineingezogen worden. Auch für sie wurde der Kapitalismus zur Schicksalsfrage. Unsere Gegner finden immer noch einen wahren Herzenstrost in der Redensart vom antikollektivistischen Bauernschädel, an dem unser Wort abprallt. Das ist nur ein Trost für sehr genügsame Leute. Am letzten Ende kommt darauf herzlich wenig an, ob der Bauer sich zum Sozialismus bekehrt. Was hier entscheidet, das ist die Tatsache, daß auch unsere kleinbäuerliche Wirtschaft dem Einfluß der kapitalistischen Entwicklung unterworfen ist, unter deren Widersprüchen der Schuldenbauer ebenso leidet wie der Proletarier.

Handel und Verkehr.

Nicht geringer waren die durch die kapitalistische Entwicklung bedingten Umwälzungen im Handel und im Geldverkehr. War er früher rein handwerksmäßig betrieben worden, vom Krämer und Hausierer, so bildeten sich nun parallel mit der steigenden Produktivität der Arbeit und der Verbesserung der Verkehrsmittel, ganz neue Formen aus: Das große Branchengeschäft, das Warenhaus, das Abzahlungs- und das Versandgeschäft. Das Börsen- und Bankgeschäft gewinnt für das wirtschaftliche Leben immer größere Bedeutung. Anfangs der vierziger Jahre finden wir in der Schweiz erst 7 Banken mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Franken. Im Jahre 1915 zählte man 348 Banken mit einem Aktienkapital von 1433 Millionen Franken.

Dem rasch wachsenden Bedürfnis nach vermehrten Umlaufsmitteln mußte durch die Ausgabe von Banknoten entsprochen werden. Im Jahre 1854 waren für 10 Millionen Banknoten im Umlauf, im Jahre 1918 für 733 Millionen, also damals 6 Fr., heute über 180 Fr. pro Kopf der Bevölkerung.

Diese wirtschaftliche Revolution hatte Umwälzungen auf allen Gebieten menschlichen Lebens und menschlicher Tätigkeit im Gefolge. Beginnen wir mit dem wichtigsten: Im Zusammenhang mit dem Kapitalismus steht eine starke Zunahme der Bevölkerung, eine neue soziale Gliederung und eine auffallende Veränderung in der örtlichen Verteilung derselben.

Einfluß des Kapitalismus auf die Bevölkerungsbewegung.

Die erste schweizerische Volkszählung fand im Jahre 1837 statt. Sie ergab eine Bevölkerungsziffer von 2,190,258. Ueber die Bevölkerungsdichtigkeit in früheren Jahrhunderten sind wir nur sehr ungenau

unterrichtet: für das Jahr 1767 berechnete der Zürcher Fäsi eine Seelenzahl von 1,847,500. Danach hätte sich die Bevölkerung in den 70 Jahren von 1767 bis 1837 jährlich um 4900 und im ganzen um 342,758 vermehrt. Die letzte Volkszählung von 1910 wies eine Bevölkerung von 3,753,293 Seelen aus. Die Bevölkerungszunahme in den letzten 80 Jahren beläuft sich auf 1,700,000 und die jährliche Zunahme auf 21,000 — ein viermal stärkeres Wachstum, als in der vorkapitalistischen Zeit.

Ein weiterer, bedeutsamer Unterschied gegenüber der guten alten Zeit: Als charakteristisch für diese war die Seßhaftigkeit der Bevölkerung: das Volk war noch fest verwachsen mit dem Boden, der es nährte, aus dem es seinen Glauben und seinen Aberglauben sog. Wenn einer die Wurzeln, die ihn mit der heimischen Erde verbanden, durchschnitt, um sich in der Fremde anzusiedeln, war es ein Ereignis für beide Teile. „Bleibe im Lande und nähre dich redlich", so riet die Erfahrung. Was uns heute auffällt, das ist die starke Vermischung der Bevölkerung. Die Unterschiede zwischen den Landesgegenden, ihren Lebensgewohnheiten, ihren Dialekten verwischen sich mehr und mehr, wie die Zusammensetzung der Bevölkerung in stetem Wechsel und Wandel begriffen ist. Veranschaulichen wir auch diese Verhältnisse mit einigen Zahlen. Vor 50 Jahren lebte die große Mehrzahl der Schweizer Bürger in ihrer Heimatgemeinde, so daß in allen Ortschaften die „Bürger" ein starkes Uebergewicht hatten über die „Hintersässen". Und die Zahl der Ausländer war noch sehr bescheiden. Heute weist die Bevölkerung eine ganz andere Zusammensetzung auf. Von je 1000 Einwohnern waren

	im Jahre 1850	im Jahre 1910
Bürger der Wohnortsgemeinde	640	338
Bürger anderer Gemeinden	330	515
Ausländer	30	147

Am stärksten zugnommen haben also in diesen 50 Jahren die Ausländer: ihre Zahl ist von 71,570 im Jahre 1850 auf 552,011 im Jahre 1910 angewachsen. Durcheinander gewürfelt worden sind auch die Angehörigen der verschiedenen Konfessionen. Im Jahre 1837 zählte man im Kanton Zürich nur 1000 Katholiken, im Jahre 1910 aber 103,688. Und umgekehrt: bis in den Anfang der vierziger Jahre gab es in den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Tessin und Wallis keine Protestanten, während die Zahl der Ketzer heute sich dort auf etwa 11,000 beläuft.

Der Kapitalismus hat also die Menschen nicht nur durcheinandergewürfelt und heimatlos gemacht, er hat sie auch ganz anders über das Land verteilt. Seit einigen Jahrzehnten nimmt die Bevölkerung der rein landwirtschaftlichen Gegenden beständig ab; wogegen die industriellen Bezirke und vorab die Städte einen starken Zuwachs aufweisen. Von 1870 bis 1910 hat die gesamte Bevölkerung der Schweiz sich um

1,098,292 vermehrt. In eben diesem Zeitpunkte ist aber die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1,111,491 auf 1,003,976 zurückgegangen. Im Jahre 1870 gehörten ihr von je 100 Personen 42 an, im Jahre 1910 aber nur noch 26.

Wachstum der Städte.

In ebenso engem Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwicklung steht das überall beobachtete Anwachsen der städtischen Bevölkerung: Zürich zählte im Jahre 1836 nur 30,000 Einwohner, im Jahre 1888 94,000, heute 210,000. Die Bevölkerung der Stadt Bern, die im Jahre 1764 11,191, im Jahre 1837 22,422 betrug, beläuft sich heute auf 72,000. Die Einwohnerzahl Basels vermehrte sich von 1780 bis 1837 nur um 6800, von 1837 bis heute aber um 125,000. Im Jahre 1850 gab es nur acht Städte mit mehr als 10,000 Einwohnern (Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne, St. Gallen, Chaux-de-Fonds und Luzern). Die Einwohnerzahl dieser acht Orte belief sich auf 176,128. Im Jahre 1917 gab es deren 24 mit einer Gesamteinwohnerzahl von 1,072,000. Vor 50 Jahren lebten also in diesen größeren Ortschaften nur 7 Prozent der gesamten Bevölkerung, heute sind es fast 30 Prozent. Es läßt sich aber leicht ermessen, daß alle diese Momente: Die starke Zunahme des Verkehrs, die Verwischung der Grenzen, die früher Katholiken und Protestanten schieden, die Durchsetzung der eingesessenen Bürgerschaft mit Zugewanderten, das Wastum der großstädtischen Bevölkerung, die endlosen Wanderungen, die Lösung von tausend Banden, die früher Generationen und Familien unter sich und mit dem Boden verknüpften — daß all diese Momente das geistige Leben des Volkes aufs nachhaltigste beeinflußten. Die Unterwürfigkeit, die Ehrfurcht vor allem Ueberlieferten und der Respekt vor der hohen Obrigkeit, all diese Tugenden eines braven Untertanen gingen allmählich verloren. Die Menschen wurden beweglicher und empfänglicher für die neuen Eindrücke und Ideen, die von allen Seiten auf sie einstürmten. Sie fingen an zu vergleichen und zu zweifeln. Und wenn früher das Volk in der sozialen und politischen Ordnung etwas Gegebenes, Unabänderliches gesehen hatte, in das man sich eben schicken muß, so festigte sich nun der Glaube, daß es nicht immer Amboß sein muß, sondern auch Hammer sein kann. Hatte es früher nur in Zeiten schwerster Not und von der Verzweiflung getrieben sich in Empörungen Luft gemacht, so lernte es nun allmählich, sich zum Herrn seines Schicksals zu machen.

Die politische Revolution und ihr Ziel.

In die Zeit von 1830 bis 1850 fällt eine Umwälzung der politischen Grundlagen der Eidgenossenschaft wie der Kantone. Die Verfassung der Schweiz war, wenn wir absehen von dem glanzvollen Zwischenspiel

der Helvetik und von der sogenannten Mediationszeit, vom 14. Jahrhundert bis 1848 unverändert geblieben: eine lose Verbindung der einzelnen Kantone. Nach landläufiger Auffassung gab der „nationale Sinn“, der alte „Schweizer Geist“, die „Sehnsucht der Besten und Wägsten nach nationaler Einheit“ den Anstoß zur Neugründung — richtiger zur Gründung der Eidgenossenschaft. Als Motiv für Schützenfestreden kann man diese Redensarten gelten lassen. Sucht man nach der **Wahrheit und dem wirklichen historischen Zusammenhang der Dinge**, so ergibt sich folgendes Bild: Die alte Verfassung der Eidgenossenschaft, die engherzige Kantönliwirtschaft vertrug sich nicht mehr mit dem modernen Verkehrsbedürfnis und den Forderungen der kapitalistischen Wirtschaft. Der Kapitalismus fühlte sich auf Schritt und Tritt beengt und scheuerte sich an den kantonalen Schlagbäumen die Knochen wund. Er war es, der den Staatenbund ohne Respekt vor dem 500jährigen Staub zum alten Eisen warf und sich den Bundesstaat mit einer zentralen Regierung schuf. Jahrhundertelang war es Pflicht aller guten Patrioten gewesen, sich für die Erhaltung des kantonalen Regiments zu wehren, und wer sich gegen die landesväterliche Regierung auflehnte, endete sein Leben auf dem Schafott, im Zuchthaus oder in der Verbannung. Aber wie konnte man Eisenbahnen bauen, wenn man wegen jeder Strecke mit fünf kantonalen Regierungen unterhandeln mußte? Wie war es möglich, den Handel und Verkehr auszudehnen, wenn jeder Kanton seine eigenen Münzen prägte, wenn der Kaufmann sich in dem Wirrwarr der kantonalen Maße und Gewichte nicht zurecht fand und die kurzsichtigste Politik Ausfuhr und Durchfuhr der Waren erschwerte? Und hatten die Kantone sich nicht völlig unfähig erwiesen, durch eine wirksame Zollpolitik den Export zu erleichtern und durch den Abschluß der unentbehrlich gewordenen Handelsverträge der einheimischen Industrie neue Absatzgebiete zu erschließen? Das alles waren Aufgaben, die nur vom Bundesstaat und von Bundesbehörden gelöst werden konnten. So erhielt dann der Patriotismus neue Ideale: im Einheitsstaat, in der schweizerischen Nation, im schweizerischen Parlament, in der Rechtseinheit. Aber die kapitalistische Entwicklung stieß noch auf andere Schranken, deren Beseitigung der neue Herr gebieterisch verlangte: sie vertrug sich nicht mit der alten, wirtschaftlichen und politischen Gebundenheit. Das Gebot der freien Konkurrenz lautete, ins Politische übersetzt: Gleichheit von Stadt und Land, Beseitigung aller Standesvorrechte, Niederlassungs- und Gewerbefreiheit. Beweglichkeit auf allen Gebieten: Alles, was die politischen Märtyrer des 18. Jahrhunderts vergeblich angestrebt, das stand nun plötzlich auf dem Programm des radikal gewordenen Bürgertums; es revidierte die politische Moral gründlich und errichtete den Männern Denksteine, die es vor hundert Jahren dem Henker überliefert hatte. Aber an dieser Neuordnung der Dinge war wohl der wirtschaftlich stärkste Teil des Volkes

interessiert, aber doch nicht das ganze Volk. In allen Kantonen gab es Gruppen, die diese Neuerungen verabscheuten. Der Abscheu wurzelte darin, daß sie ihre Notwendigkeit nicht einsahen, oder für sich selbst ökonomische Nachteile befürchteten. Dahin gehörten die wirtschaftlich rückständigen Gebietsteile der Schweiz: vor allem die nachherigen Sonderbundskantone: Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis, mit ihrer vorherrschend bäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung; hier blieb es patriotische Pflicht, sich den Neuerungen zu widersetzen und die Türen wie die Köpfe zu vernageln.

Diese Interessengegensätze spitzten sich naturgemäß mehr und mehr zu und sie waren es, die schließlich zu den Konflikten der dreißiger und vierziger Jahre führten. In den Köpfen der Leute spiegelten sich die Dinge freilich etwas anders ab: sie verwechselten den äußeren Anlaß der Kämpfe und ihre Begleiterscheinungen mit ihrer Ursache, die Schlagworte, unter denen sie ausgefochten wurden, mit den treibenden Kräften. Worüber man sich hüben und drüben ereiferte, das war die Religionsgefahr, die Aufhebung der Klöster, die Rückberufung der Jesuiten. Gewiß war der Grimm, der Gottfried Keller die Verse diktierte:

O gutes Land, Du schöne Braut,
Du wirst dem Teufel angetraut.
Ja, weine nur, Du armes Kind,
Vom Gotthard weht ein schlimmer Wind:
Sie kommen, die Jesuiten —

echt und tief empfunden.

Und wenn ein Luzerner die Sonderbündler aneiferte:

Laßt uns nur nicht ängstlich zagen,
Gott wird die Hülf' uns nicht versagen,
Er wird diese Judasrott'
Verjagen mit Schand und Spott —

so lag darin etwas weniger Kunst, aber ebensoviel Ueberzeugungstreue. Allein der religiöse Fanatismus hier, wie die freiere Lebensauffassung dort, wurzelte in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse.

Der Leser weiß, auf welche Art jene Konflikte zum Austrag kamen. Es ging nicht nach dem Motto: Sie sang zu ihm, sie sprach zu ihm, da war's um ihn geschehn. Vielmehr hieß es: und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Und die Neigung, sich willig ins Schicksal zu ergeben, war auf keiner Seite groß. So kam es, daß sich an die wirtschaftliche Umwälzung eine politische Revolution anschloß, deren Aufgabe darin bestand, den Kantonen und der Eidgenossenschaft diejenige Verfassung zu geben, die dem Bedürfnis des aufstrebenden Kapi-

talismus und der modernen Industrie entsprach. Ging das im Frieden, so war's gut. Wenn nicht, so scheute niemand vor der Gewalt zurück. Man trieb die Politik nicht mit dem Stimmzettel und dem Referendumsbogen, sondern mit der Axt oder dem Stutzer, nicht an Demonstrationsversammlungen, sondern an Freischarenzügen. In Aarau, Freiburg, Schaffhausen, Bern, Neuenburg, Tessin, Solothurn und im Aargau kam es zu bewaffneten Erhebungen. In zahlreichen Zusammenstößen mit den Regierungstruppen floß Blut. Nach dem zweiten Freischarenzug beklagten die liberalen Kantone 104 Tote. In den luzernischen Gefängnissen saßen fast 2000 Gefangene, für deren Freilassung die Regierung von Luzern sich das hübsche Sümmchen von 500,000 Franken bezahlen ließ. Die Zahl der Toten im Sonderbundskrieg belief sich auf 124, die Zahl der Verwundeten auf etwa 500. Das Schlagwort vom „Kampf mit geistigen Waffen" hatte geringere Zugkraft. Den Gegner zu überzeugen, war wenig Aussicht; man soll ihn totschlagen oder einsperren. Und die Sonderbündler taten ihrer patriotischen Gesinnung gar keinen Eintrag, als sie im Kampf gegen die protestantische Schweiz Oesterreich und Sardinien um Unterstützung angingen.

So ging der liberale Staat aus revolutionären Erhebungen und blutigen Bürgerkriegen hervor. Die besiegten Parteien versöhnten sich aber rasch mit der neuen Ordnung und richteten sich so gut es ging häuslich ein. Die Demokratie behauptete sich. Sie fand aufrichtige Verteidiger im aufstrebenden Bürgertum und in der bäuerlichen Bevölkerung, denen die demokratische Staatsform einen sichern Anteil an der politischen Gewalt garantierte. Als dann eine neue Geldaristokratie sich herausbildete und allzu ungeniert das Wasser auf ihre Mühle leitete, erhielt die demokratische Bewegung einen neuen Anstoß und ein neues Ziel: Die Umwandlung der repräsentativen Demokratie in die sogenannte direkte Volksherrschaft; d. h. die Schaffung von Einrichtungen, durch welche das „Volk" einen möglichst direkten und unmittelbaren Einfluß auf das staatliche Leben gewinnt: in der Gesetzgebung das Referendum und die Initiative; in der Verwaltung, in der Rechtsprechung die Wahl der Verwaltungsbeamten und der Richter unter möglichster Beseitigung der Beschränkung der Wahlfähigkeit.

Neue Aufgaben.

Eine Wirkung der Demokratisierung bestand darin, daß der Aufgabenkreis des Staates allmählich stark erweitert wurde. Bevor die Segnungen der französischen Revolution zu uns drangen, war ihm nur die Rolle eines Nachtwächters oder richtiger des Polizeibüttels zugewiesen, der die Steuern eintreibt, für Ruhe und Ordnung sorgt und die Diebe verjagt. Das änderte sich aber nun von Jahr zu Jahr. Die Demokratie verlangte vom Staat die Befriedigung zahlreicher Bedürf-

nisse, um die er sich früher nie gekümmert, so daß Staat und Gemeinde für die wirtschaftliche Tätigkeit und das Befinden des Bürgers heute eine ganz andere Bedeutung haben als vor hundert, als vor fünfzig Jahren. Als nach dem Hungerjahr 1847 der Große Rat des Kantons Zürich zusammentrat, warf der Präsident Dr. Alfred Escher in seiner Eröffnungsrede, nach einem Hinweis auf die überstandene schwere Not, die Frage auf: „Sollte ich zu weit gehen, wenn ich die Hoffnung ausspreche, der Kanton Zürich werde es sich zur Ehre anrechnen, keinen seiner Bürger verhungern zu lassen?" An dieser Auffassung dessen, was dem Staate zur Ehre gereicht, mag der Leser den Abstand ermessen, der uns von jener Zeit trennt.

Diese Ausweitung des Staatszweckes und der kommunalen Aufgaben tritt besonders deutlich in den Staatsrechnungen zutage. Bis 1848 gab es — abgesehen von einer Kanzlei, in der ein Kanzler, ein Staatsschreiber und einige Schreiber beschäftigt waren — keine eidgenössischen Behörden. Die wenigen eidgenössischen Geschäfte wurden vom jeweiligen Vororte unentgeltlich besorgt. Begreiflich, daß der Geldbedarf der Eidgenossenschaft ein sehr geringer war: Noch im Jahr 1845 kostete die ganze Bundesverwaltung etwa 60,000 Franken, also wenig mehr, als heute das wohltätige Institut der Bundesanwaltschaft uns kostet. Dazu kam ein Aufwand von 284,000 Franken für das Militär, so daß bei einem Beamtenpersonal von etwa zehn Mann die gesamten Ausgaben der Eidgenossenschaft mit 350,000 Franken bestritten werden konnten. Das änderte sich nach der Verfassungsrevision sehr rasch. Im Jahre 1850 wies die eidgenössische Staatsrechnung schon 10 Millionen Franken Ausgaben auf, im Jahre 1870 31 Millionen und heute sind es 116 Millionen. Dabei beläuft sich die Zahl der Beamten und Angestellten, deren die Eidgenossenschaft zur Bewältigung aller ihr zugewiesenen Aufgaben, Post und Eisenbahn inbegriffen, bedarf, auf etwa 50,000!

Eine ähnliche Wandlung haben die Kantone und die Gemeinden durchgemacht. Im Jahre 1830 bestritt der Kanton Zürich seine Bedürfnisse mit 822,549 Franken, wogegen die Staatsrechnung von 1917 56 Millionen Franken Ausgaben verzeichnete. Der Kanton Bern, der im Jahre 1846 mit etwa 3 Millionen auskam, braucht heute 80 Millionen. Und in ganz ähnlichem Verhältnis ist der Aufgabenkreis der Gemeinden erweitert worden.

Um diese Uebersicht abzuschließen: wohin wir blicken, sehen wir eine rapide Entwicklung: der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer ungeheuren Machtentfaltung und Reichtumssteigerung, der politischen Verhältnisse im Sinne fortschreitender Demokratisierung aller Lebensgebiete.

2. Kapitel.

Die Massenarmut und der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft.

Traum und Wirklichkeit.

Im Jahre 1758 erschien in Luzern ein Büchlein mit dem Titel „Patriotische Träume eines Eidgenossen von einem Mittel, die veraltete Eidgenossenschaft wieder zu verjüngen. Freistadt, bei Wilhelm Tells Erben." Verfasser desselben war der Luzerner Urs Balthasar, ein wakkerer Mann, dem die Not seines Volkes zu Herzen ging. Er sah ein, daß die Schweiz mit raschen Schritten dem Untergang sich nähere, wenn der politischen Verlotterung nicht Einhalt getan werde. Er „schlug seine Sinne auf die Folter, um zu ergründen, was zur Erhaltung des werten gemeinsamen Vaterlandes das zuträglichste sei". Denn, klagte er, „man kann ja fast mit Händen fühlen, daß wir dem Ende unserer Freiheit und dem völligen Verfall ganz nahe sind". Das Mittel, mit dem er glaubte, die Eidgenossenschaft verjüngen zu können, erblickte er „in einer Pflanzschule junger Staatsmänner": er regte die Gründung eines Seminars an, in dem aus jedem Kanton zehn Jünglinge zu künftigen Staats.lenkern herangebildet werden sollen, die imstande seien, „durch Klugheit und Liebe zum Vaterland die erstorbene brüderliche Liebe vom Tode zu erwecken".

Die Pflanzschule wurde nicht gegründet. Wir wissen: Die Eidgenossenschaft war nicht mehr imstande, aus eigener Kraft ihre Verjüngung herbeizuführen.

Nehmen wir an, diesem Urs Balthasar sei der Schleier, der andern Sterblichen die Zukunft verhüllt, an einem Ende gelüftet worden; ein Mann mit prophetischem Blicke habe ihm vorausgesagt, wie die Dinge kommen werden: Daß das Schweizervolk einst unter einer Verfassung leben wird, die dem letzten Gußputzer gerade so viel politische Rechte einräumt, wie dem größten Maschinenindustriellen; die keinen Unterschied des Standes und der Geburt mehr anerkennt; daß die Felder und Aecker einst das Drei- und Vierfache tragen, was früher der Landmann erntete; daß entfernte Erdteile uns von ihrem Ueberfluß an Fleisch und Korn abgeben; daß es einst gelingen werde, auch die rohe Naturgewalt zu bändigen, sie dem leisesten Winke gehorsam zu machen und in den Maschinen gleichsam ein Heer von Millionen eiserner Arbeitsmänner aufzustellen, durch welche die Arbeitsleistung unseres Volkes verzehn-, verhundertfacht werden kann: wie leicht hätte es dem braven Luzerner da zumute werden müssen und wie freudig hätte er durch alle Sorgen und Nöten der Gegenwart hindurch in die Zukunft geblickt. Er hätte das Bild eines glücklichen Volkes gesehen, das keine Unterdrückung und keine Armut mehr kennt, sondern in gesichertem Wohlstand lebt, ein Volk von Freien und Gleichen, die bei Arbeit und Genuß ein fröhliches Alter erreichen.

Und welches Bild bietet nun heute die Wirklichkeit? Ein Kampf aller gegen alle, voll Erbitterung und Gehässigkeit. Das Volk durchklüftet und gespalten in Klassen, die sich nicht mehr verstehen. Niemand mehr im ruhigen Genuß des Daseins. Hunderttausende mit dem bittern Gefühl der Unfreiheit und Abhängigkeit. Hier ein an Opfern reiches, an Erfolgen armes Bemühen, unverdienter Not zu entrinnen; dort ein rücksichtsloser, oft mit den raffiniertesten Mitteln geführter Kampf, unverdienten Reichtum zu erlangen und zu mehren. Ein Volk, dem über diesen Sorgen und Kämpfen die Gemeinsamkeit des Fühlens und Denkens bald bis auf den letzten Rest verloren gegangen ist. Was die einen anstreben mit dem Einsatz aller Kraft, wird von den andern aufs erbitterste bekämpft. Und der schroffe Gegensatz pflanzt sich fort vom Gebiet des wirtschaftlichen Lebens auf das Rechtsleben, und die Vorstellung von dem, was Treue und Sitte gebietet.

Was unserm Urs Balthasar zuerst auffiele, wäre das: daß jene ungeheure Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums und die Steigerung der Produktivität der Arbeit nicht etwa den Wohlstand des ganzen Volkes ausgeglichen und gehoben hat, sondern nur einem kleinen Teil zugute gekommen ist.

Reichtum und Armut.

Man schätzt das Nationalvermögen der Schweiz auf 35 bis 40 Milliarden; das sind pro Kopf der Bevölkerung etwa 10,000 Franken. Darüber, wie sich der gesamte Reichtum auf die einzelnen Personen verteilt, sind wir nur sehr ungenau unterrichtet. Im wesentlichen sind wir auf die Steuereinschätzungen angewiesen, die, wie man weiß, die Wahrheit nur ahnen lassen. Immerhin geben sie wenigstens in großen Zügen ein Bild der durchschnittlichen Wohlstandsverhältnisse.

Nehmen wir als Beispiel den Kanton Zürich. Im Jahre 1912 belief sich die Zahl der Personen und Gesellschaften, welche ein Einkommen versteuerten, auf 147,750 und der Betrag des versteuerten Einkommens auf 273,347,800 Franken. Wir wollen fünf Klassen von Einkommen unterscheiden: Dürftige (bis 1500 Fr.), kleine (1500—3000 Fr.), mittlere (3000—5000 Fr.), ausreichende (5000—10,000 Fr.) und große (über 10,000 Fr.). Aus der folgenden Tabelle ist zu ersehen, wie viel Personen jeder dieser fünf Klassen angehören und wie groß der auf sie entfallende Teil des gesamten versteuerten Einkommens ist.

Versteuertes Einkommen	Zahl der Steuerpflichtigen	Ihr Anteil am gesamten versteuerten Einkommen
bis 1500 Fr.	100,010 = 67,7 %	109,589,700 Fr. = 40 %
1500—3000 Fr.	34,931 = 23,6 %	74,833,300 Fr. = 27,5 %
3000—5000 Fr.	8,758 = 5,9 %	35,163,200 Fr. = 12,8 %
5000—10,000 Fr.	3,400 = 2,3 %	23,517,700 Fr. = 8,6 %
über 10,000 Fr.	651 = 0,5 %	30,243,900 Fr. = 11,1 %
	147,750 = 100 %	273,347,800 Fr. = 100 %

Zwei Dritteile aller erwerbenden Personen versteuerten also Einkommen von nicht mehr als 1500 Fr. Nun soll zugestanden werden, daß der wirkliche Verdienst fast ausnahmslos größer ist. Aber die Wahrheit bleibt: Der größere Teil des Volkes ist auf ein kärgliches Einkommen angewiesen, das auch im günstigsten Falle nur knapp zur Befriedigung der dringendsten täglichen Bedürfnisse ausreicht. Schon kleine Zufälle, wie sie sich in jeder Familie ereignen: eine Krankheit, ein Umzug, eine kurze Verdienstlosigkeit, haben eine Notlage und drückende Entbehrungen zur Folge.

Wir können das Bild noch übersichtlicher gestalten: Wir bilden nur zwei Klassen und fassen alle Steuerpflichtigen mit einem versteuerten Einkommen bis 3000 Franken in der einen zusammen, in der andern alle höheren Einkommen. Die erste Klasse wird dann die Personen mit dürftigem und sehr bescheidenem Verdienst umfassen, die zweite die gutgestellten Steuerzahler und diejenigen, die wenigstens von drückender Not befreit sind.

	Zahl der Steuerpflichtigen	Anteil am gesamten versteuerten Einkommen
bis 3000 Fr.	147,750 = 91,3 %	184,423,000 Fr. = 67,5 %
über 3000 Fr.	12,809 = 8,7 %	88,924,800 Fr. = 32,5 %

Zu den Bessergestellten gehören also nicht einmal 10 Prozent aller Erwerbstätigen. Aber auf diesen Zehnteil entfällt fast ein Drittel des versteuerten Einkommens.

Noch unerfreulicher ist das Bild, das die Verteilung des **Vermögens** gewährt. Von den 147,750 Einkommensteuerpflichtigen des Kantons Zürich versteuerten im Jahre 1912 54,681 Vermögen. Dazu kamen 21,129 Vermögenssteuerpflichtige, die kein Einkommen versteuerten. Die Gesamtzahl der zur Vermögenssteuer eingeschätzten Personen und Gesellschaften belief sich somit auf 75,810. Wir wollen, um einen Ueberblick zu gewinnen, die Vermögen in fünf Klassen einteilen: in kleine (bis 4000 Fr.), bescheidene (4000—10,000), mittlere (10,000 bis 50,000), erhebliche (50,000—200,000) und große (über 200,000 Fr.).

Versteuertes Vermögen	Zahl der Steuerpflichtigen	Ihr Anteil am gesamten Steuerkapital
bis 4000 Fr.	38,195 = 50,4 %	71,668,600 Fr. = 4,0 %
4,000—10,000 Fr.	17,087 = 22,5 %	118,756,900 Fr. = 6,6 %
10,000—50,000 Fr.	14,854 = 19,6 %	347,373,600 Fr. = 19,4 %
50,000—200,000 Fr.	4324 = 5,7 %	424,678,000 Fr. = 23,7 %
über 200,000 Fr.	1350 = 1,8 %	831,094,500 Fr. = 46,3 %
	75,810 = 100 %	1,793,571,600 Fr. = 100 %

Es lohnt sich, diese Tabelle mit Aufmerksamkeit zu lesen. Die Zahl der Steuerpflichtigen nimmt von einer Klasse zur andern rasch ab: der ersten gehört die Hälfte aller Vermögenssteuerpflichtigen an; der zweiten und dritten etwa ein Fünftel, und der vierten und fünften zusam-

men nur noch ein Zehntel. Mit dem Anteil des Steuerkapitals, das auf die einzelnen Klassen entfällt, verhält es sich gerade umgekehrt: er wächst in einem ungeheuerlichen Verhältnis. Jene 38,195 kleinen Steuerzahler der ersten Klasse müssen sich mit 72 Millionen, das sind 4 Prozent des ganzen Steuerkapitals, begnügen. Die 1350 größten Steuerzahler dagegen teilen sich in 831 Millionen Franken. Dazu gehören freilich auch die Aktiengesellschaften; das ändert aber an der sozialen Bedeutung der Tatsache deshalb nichts, weil die Aktionäre fast ausschließlich den oberen Steuerklassen angehören.

So unzuverlässig die Zahlen der Steuerstatistik sind, so lassen sie doch die soziale Gruppierung des Volkes deutlich erkennen. Der ersten Gruppe gehören diejenigen an, die gar kein Vermögen versteuern. Das sind in der Hauptsache die Lohnarbeiter. Die zweite Gruppe umfaßt die untere Schicht des Mittelstandes, der über ein bescheidenes Vermögen verfügt: Handwerker, Kleinbauern, Beamte, Bureauangestellte. In die dritte Gruppe fallen die Wohlhabenden und Reichen, aber auch jene Schicht des Mittelstandes, der durch ein etwas größeres Vermögen vor den Wechselfällen des Lebens geschützt und nicht mehr ausschließlich oder zum allergrößten Teil auf den Arbeitsverdienst angewiesen ist. Ziehen wir die Grenze zwichen den kleinen und größeren Vermögen bei 10,000 Fr., so erhalten wir von der sozialen Schichtung und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums folgendes Bild:

Es versteuern		Ihr Anteil am Steuerkapital beträgt
kein Vermögen	93,069 = 55 %	
ein Vermögen bis 10,000 Fr.	55,282 = 33 %	190 Mill. = 11 %
ein Vermögen über 10,000 Fr.	20,528 = 12 %	1603 Mill. = 81 %
	168,879 = 100 %	1793 Mill. = 100 %

Das heißt also: Bei gleichmäßiger Verteilung entfiele auf jeden Steuerpflichtigen ein Steuerkapital von rund 10,000 Fr. In Wirklichkeit aber haben 93,000 Steuerpflichtige gar keinen Anteil am Steuerkapital. Auf die 55,000 kleinen Steuerzahler entfallen im ganzen 190 Millionen oder im Durchschnitt 3500 Fr., auf die 20,500 Wohlhabenden und Reichen dagegen 1600 Millionen, das sind durchschnittlich 80,000 Fr.

Das verlorene Menschentum.

Nicht alle werden diesen Zahlen die gleiche Bedeutung beilegen: sie wird verschieden sein je nach den Anforderungen, die man an das Leben stellt. Wer davon ausgeht, die göttliche Weltordnung erleide keinen Eintrag, solange niemand nackend geht, verhungert oder erfriert, wird auch ein Einkommen von 2000 Fr. für ausreichend erachten. Nun beruht aber der ganze Fortschritt der Kultur gerade darin, daß wir den Sinn und Wert des Lebens nicht im bloßen Vegetieren, sondern darin

suchen und finden, daß wir dasselbe vertiefen und bereichern und über den engen Kreis der leiblichen Bedürfnisse erweitern, daß wir teilnehmen am Leben und Streben unserer Zeit. Gewiß geschieht das in unzähligen Abstufungen, von dem Faustischen:

Und was der ganzen Menschheit zugeteilt ist,
Will ich in meinem Innern selbst genießen;
Mit meinem Geist das Höchst' und Tiefste greifen,
Ihr Wohl und Weh auf meinen Busen häufen
Und so mein eigen Selbst zu ihrem Selbst erweitern —

bis herunter zum selbstzufriedenen Behagen des Bildungsphilisters und Banausen. Aber immerhin: Das Menschliche und Menschenwürdige beginnt doch erst dort, wo der Kampf für die Notdurft des Lebens aufhört und Raum bleibt für irgend ein anderes Interesse als dasjenige an der Erhaltung des nackten, gleichsam qualitätslosen Daseins. Für unsere Zeit aber liegen die Dinge so, daß für Hunderttausende die Lösung der Magenfrage den alleinigen oder fast ausschließlichen Inhalt ihres Lebens und Strebens ausmacht. Die Sorge für den Unterhalt beherrscht das ganze Leben. Ueber der Frage, ob man am Ende des Quartals den Mietzins beisammen hat, ob ein neuer Anzug nötig ist oder ob der alte noch für einen Winter aushält, muß sich die Mutter den Kopf zerbrechen. Eine Steigerung der Lebensmittelpreise oder des Mietzinses, ein Umzug, ein kleiner Unfall bringt die ganze Wirtschaft aus dem Gleichgewicht. In hundert Fällen würde der zehnte Teil der Summe, welche der Begüterte alljährlich für seinen Ferienaufenthalt ausgibt, genügen, um eine Familie vor dem Untergange zu retten, ein schweres Unglück erträglicher zu machen, die Mutter von einer Sorge zu befreien, unter der sie fast zusammenbricht. Dieser Kampf mit dem Rappen, die ewige Sorge, wo man am billigsten einkauft, wo sich etwas ersparen läßt, die Beengtheit und Beschränktheit aller Verhältnisse reiben Mann und Frau auf und rauben in so vielen Fällen der Mutter den Frohmut und die Heiterkeit, unter dessen Mangel die Erziehung der Kinder am schwersten leidet.

Wohnungsnot und Alkoholismus.

Daß Arbeiter und Kleinbauer nicht imstande sind, mit ihrem Einkommen das Wohnungs- und Nahrungsbedürfnis ausreichend zu befriedigen, lehrt uns schon jeder Blick ins Leben; aber auch die statistische Massenbeobachtung liefert uns dafür zahlreiche Belege. Welch düsteres Bild bieten die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse, wie etwa diejenige, die Zürich im Jahre 1896 veranstaltete: Danach gab es 575 zweizimmerige Wohnungen, die von fünf und mehr Personen bewohnt waren, 555 dreizimmerige Wohnungen mit je acht und mehr Bewohnern. Die Zahl der Personen, die in diesen Räumen ihr Leben verbrachten, betrug 8215. Aus den Wohnungen, die auch bescheidenen

sanitarischen Anforderungen nicht entsprechen, kann man eine ganze Stadt bilden. Die Hygieniker verlangen für jeden Bewohner allermindestens 15 bis 20 Kubikmeter Luftraum. Die Zellen in der zürcherischen Strafanstalt haben einen Luftraum von 21 Kubikmeter. In der Stadt Zürich aber fand man 9629 Schlafräume mit weniger als 10 Kubikmetern pro Kopf. In diesen Räumen schliefen 31,840 Personen in 21,357 Betten. Begreiflich, daß zahlreiche Räume für verschiedene Zwecke verwendet werden mußten: 12,000 Wohnräume werden zugleich als Schlafräume benützt, 1317 Wohnzimmer müssen daneben als Arbeitsräume dienen, 600 Räume zum Wohnen und Schlafen und Arbeiten. In Zürich III, dem Arbeiterviertel Zürichs, standen den 51,000 Bewohnern nur 41,000 Betten zur Verfügung.

Die Folgen dieser Wohnungsverhältnisse machen sich nach allen Richtungen geltend. Begreiflich: Die Wohnung bildet die Grundlage unseres Lebens; sie soll uns Raum bieten zum Schlafen, Essen, zur geselligen Unterhaltung. Hier verbringt der Arbeiter denjenigen Teil des Lebens, der ihm gehört: Ist die Wohnung ungenügend, so wird dadurch sein ganzes Dasein aufs schwerste beeinträchtigt.

Der enge Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Alkoholismus liegt auf der Hand. Das Bierlokal bildet heute gleichsam die Ergänzung der Wohnung des Arbeiters: seine gute Stube, wo er sich mit seinen Bekannten treffen und sich erholen kann. Daß wir für die Benutzung dieses Lokales im Bierpreis eine sehr hohe Miete bezahlen müssen, ist noch nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist, daß dadurch die Trinkgewohnheiten immer wieder neu befestigt werden. Die Einsicht in die schweren Schädigungen, die der Alkoholgenuß dem Volke zufügt, ist in den Reihen der Arbeiterschaft viel zu wenig verbreitet. Der Alkohol ist eines der gefährlichsten Gifte: seine Gefährlichkeit besteht nicht darin, daß es rasch tötet, sondern darin, daß es die feinsten und unentbehrlichsten Organe zuerst und aufs schwerste schädigt: Das Gehirn und die Nerven. Leider versagen die Beine und die Zunge erst dann den Dienst, wenn die Vernunft — das will sagen, die Fähigkeit, mit Ueberlegung zu handeln und die Folgen unseres Tuns und Lassens zu übersehen und abzuwägen — und das Scham- und Anstandsgefühl den Dienst eingestellt haben. In der Schweiz werden alljährlich etwa 200 Millionen Liter Bier, fast 300 Millionen Liter Wein, 90 Millionen Liter Most und an die 20 Millionen Liter Schnaps getrunken, das macht ein Quantum von 600 Millionen Liter alkoholischer Getränke, in denen 50 Millionen Liter reiner Alkohol enthalten sind. Die jährliche Ausgabe des Schweizervolkes für Alkohol muß auf 300 bis 350 Millionen Franken veranschlagt werden. Im Durchschnitt konsumiert jeder mehr als 15jährige Einwohner jährlich etwa 260 Liter alkoholischer Getränke und gibt dafür annähernd 130 Fr. aus. Wie viel davon auf die Arbeiterschaft kommt, ist begreiflicherweise schwer zu ermitteln. Aber das

ist sicher, daß gerade sie von den Schädigungen des Alkohols außerordentlich schwer betroffen wird. Dank der ungenügenden Ernährung und dank der Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse des Proletariats rächt sich jeder alkoholische Exzeß an ihm viel schwerer als am Besitzenden. Und es ist ein fast tragisches Verhängnis, daß der Arbeiter durch die bedenklichen Wohnungszustände ins Wirtshaus getrieben und durch die schwere körperliche Arbeit, oft ungenügende Ernährung und die Eintönigkeit seines Daseins dazu verleitet wird, sein sauer erworbenes Geld für ein Getränk auszugeben, das weder stärkt noch erwärmt, dafür aber nur allzu häufig die Wirkung hat, den Arbeiter abzustumpfen und ihn gleichgültig zu machen gegen die eigene Not und die Not seiner Brüder.

Kindersterblichkeit und Tuberkulose.

Mit den geschilderten Verhältnissen hängt aufs engste die große Kindersterblichkeit zusammen. Zwar ist das Neugeborene stets gewissen Gefahren ausgesetzt, die abzuwenden auch unter den günstigsten Verhältnissen der mütterlichen Sorge nicht immer gelingt. Diese Gefahren verdoppeln sich aber für das Kind in der sonnenarmen Mietskaserne, das oft der nötigen Pflege entbehrt, weil die Mutter gezwungen ist, außer dem Hause einem Verdienste nachzugehen und den Säugling älteren Geschwistern oder fremden Leuten anzuvertrauen. Deshalb erreicht die Kindersterblichkeit, wenn schon sie seit einigen Jahrzehnten stark zurückgegangen ist, in den Arbeiterquartieren und unter den unehelichen Kindern immer noch einen hohen Grad.

Um einen zu Vergleichungen geeigneten Maßstab für die Größe der Kindersterblichkeit zu gewinnen, berechnet man, wie viel Kinder jährlich von 100 Neugebornen schon im ersten Altersjahre sterben. Vor einem Menschenalter war diese Zahl namentlich in den Kantonen mit ausgedehnter Hausindustrie und unter den unehelichen Kindern eine entsetzlich große. Zu Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts belief sie sich in Baselland auf 24, in St. Gallen auf 25, in Appenzell A.-Rh. auf 27, in Appenzell J.-Rh. sogar auf 33. Das heißt also, daß in St. Gallen jedes vierte, in Appenzell sogar jedes dritte Kind schon im ersten Altersjahr starb. Besonders schwer rächte sich die Not der Mutter an den unehelichen Kindern. Von je 100 Unehelichen starben in den Kantonen Unterwalden, Zug, Baselland und Appenzell J.-Rh. 40 im ersten Altersjahr. Seither haben sich nun freilich die Verhältnisse ganz wesentlich gebessert. Vor 50 Jahren betrug die Kindersterblichkeit in der Schweiz 20, heute nur noch 8. In der Stadt Zürich ging sie in diesem Zeitraum von 22 auf 7 zurück; das heißt also: während vor zwei Menschenaltern von je 100 Neugebornen 22 im ersten Lebensjahre starben, sterben jetzt nur noch 7 im Säuglingsalter. Allein die Sterblichkeit ist unter den Arbeiterkindern und den Unehelichen immer noch viel größer als unter den Kindern wohlhabender Eltern.

Das zeigt sich deutlich, wenn man die Verhältnisse der verschiedenen Wohnquartiere einer und derselben Stadt mit einander vergleicht, oder die Sterblichkeit unter den ehelichen Kindern mit derjenigen der unehelichen; hier ist sie doppelt so groß wie dort. In den dicht bebauten und dicht bewohnten Arbeitervierteln der Stadt Zürich (Kreise 3 bis 6) sterben im ersten Altersjahr von je 100 Kindern 8, in den gartenreichen Quartieren (Kreise 2, 7, und 8), in denen die wohlhabenden Familien sich angesiedelt haben, nur 5. Unter den ehelichen Kindern beträgt die Kindersterblichkeit 6, unter den unehelichen dagegen etwas mehr als 13. In diesen Zahlen ist der Nachweis enthalten, daß Jahr für Jahr in der Schweiz ein paar tausend Kinder nur deshalb im frühesten Alter sterben, weil sie unter den ungünstigsten Bedingungen ins Leben treten und der erforderlichen Pflege entbehren.

Auch in den späteren Lebensjahren und bevor es selber in das Getriebe des kapitalistischen Erwerbslebens hineingezogen wird, leidet das Kind unter demselben. Während die heutige Familienverfassung eine Arbeitsteilung voraussetzt, wonach der Vater den Unterhalt der Familie verdient, die Mutter aber dem Hauswesen vorsteht und die Kinder besorgt, nötigt der geringe Verdienst die Frau, außerhalb des Hauses einem Erwerbe nachzugehen oder nach Besorgung der Hausgeschäfte mit hausindustriellen Arbeiten sich abzumühen und den Arbeitstag bis in die späte Nacht auszudehnen. Der Kapitalismus hat auch dafür sein Surrogat: Menschenfreundlich, wie er ist, stellt er der Proletarierin die „Kinderkrippe" zur Verfügung, wo sie ihre junge Brut abgeben kann, um ungehindert tagsüber zu spetten, zu waschen, zu spinnen und zu weben. Ein großer Teil der Unfälle, von denen Kinder betroffen werden, hängt damit zusammen, daß der Kapitalismus das Anrecht des Kindes auf seine Mutter zerstört. Wir besitzen Angaben über die Zahl der Kinder unter 14 Jahren, die in den fünf Jahren von 1891 bis 1895 tödlich verunglückt sind. Es sind deren 2109. Davon sind 122 von Fuhrwerken überfahren worden, 273 aus den Fenstern usw. abgestürzt. 322 in Brunnen- und Abtrittgruben, 399 in Flüssen und Seen ertrunken und 478 verbrannt oder in heißem Wasser verbrüht. Es wird niemand bezweifeln, daß eine große Zahl dieser Unfälle hätte verhütet werden können, wenn die Mutter nicht dem Hause und den Kindern entzogen gewesen wäre. Es fehlt uns eine umfassende Erhebung über die Zahl der verheirateten Frauen, die außerhalb des Hauses einem Verdienste nachgehen. Einige Mitteilungen finden wir in der Fabrikstatistik für das Jahr 1901. Danach waren von den 97,193 in der Textilindustrie beschäftigten weiblichen Personen 17,201 verheiratet und von diesen Frauen hatten 8439 Kinder unter zwölf Jahren zu besorgen.

Auch die Verbreitung der Lungentuberkulose wird in hohem Maße durch ungünstige Lebensverhältnisse begünstigt. Zurzeit sterben in der Schweiz jährlich 50,000 Personen, davon etwa 5000 an

der Schwindsucht. Das ist so wenig wie die Säuglingssterblichkeit ein unabwendbares Verhängnis. Es gibt ein erprobtes Mittel, um die Zahl der Opfer der Tuberkulose stark zu vermindern: Stärkung der Widerstandskraft der Menschen im allgemeinen und — wo die Zeichen der Erkrankung erkennbar sind, rechtzeitige ärztliche Behandlung. Es ist erwiesen, daß die Tuberkulose ihre Opfer vor allem aus den Reihen derjenigen holt, die unter ungünstigen Verhältnissen leben und arbeiten. Sie wird besonders begünstigt durch sitzende Körperhaltung und dauernden Aufenthalt in geschlossenen staubigen Räumen. Deshalb ist die Zahl der Tuberkulösen unter den Schreinern, Schustern, Schneidern, Kellnern, Uhrenarbeitern, Schlossern, Bureauangestellten besonders groß, wogegen die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung von der Lungenschwindsucht viel weniger heimgesucht wird. In dem Jahrzehnt 1891 bis 1900 starben von je 10,000 Personen der Wohnbevölkerung in den gewerblichen Bezirken der Schweiz 21 an der Lungentuberkulose, in den rein landwirtschaftlichen Bezirken nur 16.

Eine ernsthaftere Bekämpfung der Tuberkulose hat erst um die Jahrhundertwende eingesetzt. Und schon zeigen sich die günstigen Erfolge. Bis 1900 starben in der Schweiz von je 10,000 Personen der Wohnbevölkerung jährlich 20 bis 22 an der Schwindsucht. Im Jahre 1916 waren es nur noch 13. Kein Zweifel, daß, wenn wir den Kampf noch systematischer führten, die Tuberkulose rasch den Schrecken und die Gefahr einer Volksseuche verlieren würde.

Gegenseitige Entfremdung.

Nun ist die Größe des Einkommens, über welches der einzelne zu verfügen hat, nicht nur von entscheidender Bedeutung für die äußere Gestaltung seines Daseins, das heißt für seine Art zu wohnen, sich zu bekleiden und zu ernähren. Auf der Grundlage einer bestimmten Lebenshaltung bilden sich auch besondere Lebensgewohnheiten und Sitten, besondere Anschauungen über Recht und Unrecht, über die Pflichten und Aufgaben des Staates, und sein Verhältnis zum Bürger aus. Je größer die wirtschaftlichen Gegensätze werden, desto schroffer stehen jene Anschauungen sich gegenüber, die sich im Fortgang der Entwicklung zu zwei unversöhnlichen Weltanschauungen verdichten. Der Reiche hört auf, den Armen zu verstehen. Nicht nur, daß er allen seinen Urteilen einen andern Maßstab zugrunde legt: er begreift den Besitzlosen nicht mehr und verliert die Fähigkeit, ihm nachzufühlen, sich in Gedanken in dessen Lage zu versetzen und sich vorzustellen, welche Empfindungen, welche Wünsche, welche sozialen und politischen Ideale und Instinkte auf dem Boden einer proletarischen Existenz mit Notwendigkeit erwachsen müssen. Deshalb bewegt sich die Bourgeoisie bezüglich der sozialistischen Arbeiterbewegung in jenen seltsamen Irrtümern, die bei allem Ernst der Komik nicht entbehren. Ihre sozialpolitische Weisheit gipfelt auch heute noch in dem Heineschen Verse:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder
Gottlob! sind selten Landeskinder.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß ein großer Teil der Reichen bei allem Wohlwollen, mit dem sie für die Armen und Hilflosen erfüllt sein mögen, nicht einmal von der Art, wie sich das Leben des Arbeiters im einzelnen gestaltet, geschweige denn von seiner Gedankenwelt und seinem Gefühlsleben Kenntnis hat. Und es wirkt wie ein dunkles Verhängnis, daß die Bourgeoisie auch durch die zahlreichen Kundgebungen, in denen das schweizerische Proletariat gerade in den letzten Jahren mit elementarer Wucht seinem innersten Hassen und Lieben Ausdruck gegeben hat, in ihrem kindlichen Köhlerglauben sich nicht hat erschüttern lassen. Man lege doch einmal der Frau eines Unternehmers oder gut gestellten Beamten die Frage vor: Wie muß man sich einteilen, um mit 3000 Fr. eine vier- oder fünfköpfige Familie durchzubringen, wenn der Mietzins allein 800 Franken beträgt? Die Sache wird für sie, und wenn sie einen ganzen Tag lang gerechnet hat, immer das nämliche düstere Geheimnis bleiben. Vor Jahren gab Paul Göhre, damals ein junger Theologe, ein kleines Buch heraus: Drei Monate Fabrikarbeiter. Er hatte ein Vierteljahr lang als Fabrikarbeiter und unter Fabrikarbeitern gelebt und schilderte nun seine Erlebnisse und Erfahrungen. Das Buch wurde von der Bourgeoisie fleißig und mit demselben Interesse gelesen, wie die Erlebnisse eines Afrikareisenden. Den meisten Lesern waren die Lebensgewohnheiten und Anschauungen der Fabrikarbeiter, deren Arbeit sie reich macht und in deren Mitte sie leben, ebenso neu, wie die Lebensgewohnheiten der Neger am Senegal.

Arbeitslosigkeit und Heimatlosigkeit.

Nicht weniger drückend und folgenschwer als die Dürftigkeit seines Einkommens ist die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage, die periodische Arbeitslosigkeit des Lohnarbeiters. Freilich gibt es eine Anzahl von Berufen, die mit einigen Schwankungen während des ganzen Jahres die nämliche Arbeiterzahl beschäftigen. Dahin gehören namentlich die Gewerbe, welche für die notwendigen und täglichen Bedürfnisse sorgen. Aber in andern Erwerbszweigen — vorab denjenigen, die für den Export arbeiten — ist der Bedarf an Arbeitskräften sehr großen Schwankungen unterworfen. Heute kann starke Nachfrage herrschen, während in einem halben Jahre Massenentlassungen an der Tagesordnung sind. Tausende werden dadurch genötigt, ihren bisherigen Wohnort zu verlassen um din der Fremde Verdienst zu suchen. Wie viel Störungen damit verbunden sind und welche Widerwärtigkeiten und Anstrengungen es kostet, in der neuen Umgebung Wurzeln zu schlagen, ist nicht leicht zu ermessen. Diese durch die Schwankungen des Arbeitsmarktes verursachten „Wanderungen“ nehmen allmählig einen erstaunlichen Umfang

an und lassen das Volk nicht mehr zur Ruhe kommen. Im Jahre 1914 sind in die Stadt Zürich von auswärts 46,856 Personen zugezogen, darunter 3034 Familien mit 9287 Köpfen; weggezogen sind im gleichen Zeitraum 48,313 Personen, darunter 3006 Familien. Außerdem haben 39,553 Einzelpersonen und 12,159 Familien innerhalb der Stadt ihre Wohnung gewechselt.

Das gefährdete Vereinsrecht.

Aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit erwuchs für den Arbeiter die Gefahr einer Beeinträchtigung seiner politischen Rechte. Gewiß: Die Verfassung macht keinen Unterschied zwischen reich und arm, zwischen Unternehmer und Arbeiter. Sie beseitigt ausdrücklich alle Vorrechte und Unterschiede des Ortes, des Standes und der Geburt. Im Verhältnis zum Staat sind alle Bürger gleichgestellt.

Nun hängt aber die Gestaltung unseres äußeren Daseins zwar zu einem sehr wesentlichen Teile, aber eben doch nur zum Teil von der staatsrechtlichen Verfassung ab, unter der wir leben; zum andern Teil von der wirtschaftlichen Verfassung und unserer sozialen Stellung: Das sind die eigentlichen realen Mächte, die jedem von uns seinen Anteil an Genuß und Sorge zuteilen und das Schicksal des einzelnen wie des Volkes mitbestimmen helfen. Die Verfassung sagt nur: Ich gebe Dir die und die Rechte. Aber sie läßt dahingestellt, ob der einzelne in der Lage ist, von diesen Rechten Gebrauch zu machen, oder ob nicht seine Armut und die wirtschaftliche Abhängigkeit ihn daran hindern.

Dieser Fall trat freilich nicht ein, so lange der Schwache und Arme von seinem Stimmrechte und vom Vereinsrechte keinen Gebrauch machte, der dem Starken und Reichen mißfiel. Aber als der Arbeiter anfing, seine politischen Rechte als Waffe im Kampfe um seine ökonomische Besserstellung zu gebrauchen, da änderte sich die Sache. Nun erklärte der Unternehmer dem Arbeiter: Wenn du von deinen politischen Rechten nochmals einen derartigen Gebrauch machst, so verzichte ich auf deine Dienste und überlasse es dir, anderwärts dein Brot zu suchen. Eine solche Drohung brauchte den Arbeiter nicht zu schrecken, wenn er sicher wäre, jederzeit anderswo Verdienst zu finden. Das ist aber selten der Fall. Das Angebot von Arbeitskräften übersteigt meistens die Nachfrage, und wenn das nicht immer zutrifft, so kommt doch für jedes Gewerbe eine tote Zeit, die dem Unternehmer erwünschte Gelegenheit bietet, um „unbequeme Elemente" abzustoßen und seine Arbeiter darüber aufzuklären, daß, was dem Unternehmer recht ist, für den Proletarier noch lange nicht billig zu sein braucht. Oft mußten irgendwelche Vorwände herhalten, um die Angriffe auf das Vereinsrecht zu bemänteln. Oft erfolgten sie mit zynischer Offenheit, wie in jenem Aufruf eines Fabrikdirektors, der die Gewerkschaft nicht duldete, weil sie nur Mißtrauen sät und Zwietracht stiftet.

„Obschon nur eine Minderheit unserer Arbeiter diesem Vereine beigetreten ist, von denen sich überdies nur die wenigsten der Ansichten der eigentlichen Leiter dieses Vereins bewußt sind, so sehen wir uns doch veranlaßt, dem Uebel schon jetzt entgegenzutreten und von den Beteiligten zu verlangen, daß der Verein sich auflöse. Nicht, daß wir den Arbeitern verbieten wollen, sich zu Unterstützungs- oder geselligen oder sonstigen lobenswerten Zwecken zu vereinigen — im Gegenteil, derartige Bestrebungen würden unsere Billigkeit und Unterstützung finden. Einen Verein wie die „Gewerkschaft Kammgarn" aber können wir nicht dulden, sondern müssen seine Auflösung strikte verlangen."

Heute sind nun freilich grobe Verletzungen des Vereinsrechtes bei weitem nicht mehr so häufig wie vor zwanzig und dreißig Jahren. Das ist aber nicht das Verdienst der Unternehmer, sondern das Verdienst der gewerkschaftlichen Organisation, die stark genug ist, sich solcher Uebergriffe zu erwehren.

Alle diese Verhältnisse bringen klärlich das eine an den Tag: daß der Grundsatz der Gleichberechtigung weit davon entfernt ist, unser Leben zu durchdringen und zu gestalten. Im allgemeinen ist dagegen nicht viel einzuwenden. Im einzelnen aber geht es vernünftigerweise nicht ohne Ausnahmen. Mutet man dem reichen Eidgenossen den Verzicht zu auf die Annehmlichkeiten, mit denen er sich umgibt, und die leiblichen und geistigen Genüsse, mit denen er das Dasein würzt, so verlöre das Leben für ihn jeden Wert. Aber wenn der arme Eidgenosse, dessen Leben unterm Zwang der Not sich in Arbeit und lauter Trivialitäten erschöpft, auch nur einen kleinen Teil jener Bequemlichkeiten und Genüsse für sich beansprucht, so verstummt die Klage über die Begehrlichkeit der Arbeiter nicht. Vergreift sich die Polizei im Uebereifer an einem Mann aus den bessern Ständen, so geht's ohne Interpellation im Großen Rate nicht ab. Wird aber ein armer Teufel grundlos verhaftet, so beruht das eben auf einer Verwechslung, die man in Gottesnamen in Kauf nehmen muß. Im Sommer heißt's: „Alle Welt ist in den Ferien. Wer wollte auch in diesen Hundstagen in der Stadt bleiben?" Alle Welt — das sind jene paar tausend vermögliche Leute, die die Bäder und Kurorte füllen. Daß ein paar hunderttausend Proletarier auch in den Hundstagen am Amboß oder hinterm Webstuhl in stickigen Fabrikräumen zehn Stunden täglich schwitzen, das gehört schon zum Lauf der Welt.

Klassenstaat und Klassenkampf.

Auch wer mit unsern politischen Verhältnissen unbekannt wäre, könnte aus dem Gesagten ohne weiteres darauf schließen, daß in der Gesetzgebung und in der Verwaltung der Einfluß der besitzenden Klassen ein viel größerer ist, als derjenige der Besitzlosen. Und das ist es, was wir sagen wollen, wenn wir den heutigen Staat einen Klassenstaat nennen.

Das Bürgertum hört dieses Wort nicht gern. Noch nervöser wird es, wenn vom Klassenkampf die Rede ist. Und wenn es mit einem Wort die ganze Gefährlichkeit und Verwerflichkeit der Sozialisten an den Tag bringen will, so erinnert es daran, daß sie „systematisch den Klassenkampf predigen". Das Bürgertum legt sich die Sache so zurecht: Die bürgerlichen Parteien wollen vom Klassenkampf nichts wissen; sie verabscheuen ihn und haben stets das Wohl des gesamten Volkes im Auge. Ganz anders die Sozialdemokraten: Sie haben den Klassenkampf in die Welt gebracht und kennen nichts als das Interesse ihrer Partei. Um die Gesamtheit kümmern sie sich keinen Deut. Also: Die bürgerlichen Parteien sind die staatserhaltenden Parteien, ihre Angehörigen die Normalbürger. Die Sozialdemokratie aber ist ein staatsgefährliches Wesen, weshalb man denn auch in den Mitteln zu ihrer Bekämpfung nicht allzu wählerisch zu sein braucht.

Wie stellen sich denn die Dinge der unbefangenen Prüfung dar?

Wo immer wir uns in der Geschichte umsehen, finden wir Abhängigkeitsverhältnisse und Unterschiede in der sozialen Stellung: Freie und Unfreie, Herrschende und Dienende, Reiche und Arme. Daraus ergeben sich Gegensätze, die nicht in der Verschiedenheit der Gesinnung oder der Rasse oder der religiösen Anschauung, sondern in der Verschiedenheit der sozialen und politischen Interessen begründet sind. Der Reiche sucht seinen Reichtum, der Herrschende seine Macht zu erhalten und zu mehren, wogegen der Arme und Bedrückte das natürliche Bestreben hat, eine Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen. Diejenigen, welche sich in der nämlichen sozialen Stellung befinden und deshalb gleiche oder gleichartige soziale Interessen haben, pflegen wir unter dem Namen einer Klasse zusammenzufassen. Danach wird der Sinn, den wir mit den Ausdrücken: Klassengegensätze und Klassenkampf verbinden, ohne weiteres verständlich. Die Klassengegensätze sind die Gegensätze, die sich aus der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Klassen ergeben, und unter Klassenkämpfen verstehen wir die wie immer gearteten Bestrebungen der Klassen, jene Interessen gegeneinander zu verfechten.

Entsprechend der Verschiedenheit der Interessen wurden und werden auch jetzt noch diese Kämpfe auf verschiedenen Gebieten und mit verschiedenen Mitteln geführt. Eines der wichtigsten Mittel, seine ökonomischen Interessen zu wahren und zu fördern, ist die Staatsgewalt. Der Staat ist nicht etwas von der Gesellschaft Unabhängiges. Er führt nicht ein von der letztern gesondertes Dasein. Beide, Staat und Gesellschaft, setzen sich ja aus denselben Personen zusammen. Der Staat ist nichts anderes als die Gesellschaft, und zwar die nach gewissen Gesichtspunkten und zu gewissen Zwecken organisierte Gesellschaft. Um seine Zwecke erreichen zu können, benötigt er große Geldmittel und einen mächtigen Apparat von Behörden, ferner mannigfache Anstalten und

Einrichtungen. Alle diese Zwangs- und Herrschaftsmittel fassen wir unter dem Begriffe der Staatsgewalt zusammen. Jede Klasse hat das Bestreben, die Staatsgewalt ihren besonderen Interessen dienstbar zu machen. Zu diesem Zwecke sucht sie sich im Besitze der politischen Macht zu erhalten oder ihren Anteil an derselben zu mehren. Sie erreicht das dadurch, daß sie die Behörden, denen verfassungsgemäß die Verfügung über die staatlichen Machtmittel zusteht, mit Vertretern ihrer Klasse besetzt und die Gesetze mit ihren Klasseninteressen in Einklang bringt.

Die wirtschaftlich herrschende Klasse wird ihre politische Machtstellung benutzen, um ihre soziale Stellung zu sichern und sich vor der „Begehrlichkeit" der unterdrückten Klassen durch Vorkehrungen dieser oder jener Art zu schützen, wie andererseits die unterdrückten Klassen dem Drange nach Verbesserung ihrer Lage folgen. Die daraus sich ergebenden Klassenkämpfe nehmen auf den verschiedenen Stufen der Entwicklung einen nach Ort und Zeit verschiedenen Verlauf und werden mit verschiedenen Mitteln geführt. Aber das ändert nichts an der Richtigkeit des Satzes, mit dem Marx und Engels das Kommunistische Manifest einleiteten: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."

Die Klassenkämpfe in der Schweizer Geschichte.

Also auch die Geschichte des Schweizervolkes? Und soll das auch gelten für unsere demokratische Republik? Mancher Leser vermag wohl diese Behauptung nicht recht in Einklang zu bringen mit den durch allerlei Festreden aufgefrischten Erinnerungen an den Geschichtsunterricht in der Schule. Es ist allerdings nicht viel — Rütlischwur, Tell, Winkelried, Sempach, Morgarten, Murten, St. Jakob natürlich (Heil dir Helvetia!) — aber dann reißt der Faden, die Stichworte werden seltener und die nächste Reminiszenz gilt schon dem vier Jahrhunderte späteren Sonderbund. Die wenigen Bruchstücke fügen sich nach landläufiger Auffassung zusammen zum Bild eines Volkes, das, immer einig und voll brüderlicher Gesinnung, kein anderes Gut kennt als seine Freiheit, das während Jahrhunderten diese Freiheit siegreich verteidigt gegen Fürsten und Fürstenknechte, immer mit dem Feldgeschrei: Frei und auf ewig frei — „nie hinterwärts". Bis eben dann die Sozialdemokraten den Klassenkampf „erfanden" und das liebliche Bild störten . . . .

Die Wahrheit aber lautet so: Nachdem die alte Eidgenossenschaft ihre äußere Machtstellung in den Wirren der Reformation eingebüßt hatte, ging es fast 300 Jahre ständig und ohne Unterbruch „hinterwärts". Von Freiheit war sehr wenig mehr die Rede, desto mehr von Ordnung, Untertanenpflicht und Respekt vor der Obrigkeit. Und es ist kein Zu-

fall, daß auch solche Leute, die alle sechs Verse von „Rufst du, mein Vaterland“ auswendig wissen, aus der Schweizer Geschichte von 1530 bis 1780 keine einzige Jahreszahl, keinen Namen und kein Ereignis kennen. Kein Land hat vielleicht so viel politische Märtyrer aufzuweisen wie die Schweiz. Jeder Fortschritt, dessen wir uns rühmen, alles, was die Schweiz politisch und wirtschaftlich vorwärts gebracht hat, hat oft mit schweren Opfern erkämpft werden müssen. Und der Grund des Widerstandes, auf den jede Neuerung stieß, waren stets die bedrohten wirtschaftlichen Interessen dieser oder jener Klasse. An der Vergangenheit kaum eines Landes läßt sich die Wahrheit jenes Satzes, daß alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, so klar nachweisen, wie an der Geschichte der Schweiz. Ihre Arbeiterbewegung und der bewußte Kampf des schweizerischen Proletariats für seine Klasseninteressen ist nicht eine Episode, die außer allem Zusammenhang steht mit der bisherigen Geschichte unseres Vaterlandes. Die oft gehörte Redensart: „Der Sozialismus ist ein importiertes Gewächs“ gehört mit zum Dümmsten, was über ihn gesagt worden ist. Umgekehrt verhält sich die Sache: der Emanzipationskampf der schweizerischen Arbeiterschaft bildet die geschichtlich notwendige Fortsetzung der Klassenkämpfe, aus denen die bisherige Geschichte unseres Volkes besteht. Ueberblicken wir sie im ganzen, so stellt sich ihr Gang so dar, daß immer neue Schichten des Volkes sich aus der Dunkelheit, aus Armut und Unterdrückung emporgearbeitet und durchgekämpft haben zum Licht und zur Freiheit: Das städtische Bürgertum im Kampf gegen die Aristokratie, die Bauern im Kampf gegen die Stadt, die Niedergelassenen und Hintersässen im Kampf gegen die Verbürgerten, das Kleinbürgertum im Kampf gegen die Geldaristokratie, das industrielle Proletariat im Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum. Das Ziel in allen diesen Kämpfen ergab sich aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen des unterdrückten Teils. Und die Lösung der geschichtlichen Gegensätze bestand nicht darin, daß man „sich vertragen“ lernte (wie der gute Rat lautet, den die herrschenden Parteien heute der Arbeiterschaft erteilen), sondern darin, daß man sich durchkämpfte zu höheren Entwicklungsstufen der wirtschaftlichen und politischen Ordnung. Als eine solche höhere Stufe, auf die uns der natürliche Gang der Entwicklung führen wird, stellt sich uns die sozialistische Gesellschaft dar.

Der moderne Freiheitsbegriff.

Die Belege für die Richtigkeit dieser Geschichtsauffassung bieten sich uns ungesucht.

Was zunächst die Zeiten anlangt, in welche die Gründung und der Ausbau der Eidgenossenschaft fällt: Gewiß eine ruhmreiche Zeit. Aber wir dürfen dabei eines nicht vergessen: Die Auffassung, welche die alten Eidgenossen von der Freiheit hatten, war eine ganz andere als die

unserige. Der moderne Freiheitsbegriff, wie ihn die Demokratie entwickelt und das Proletariat ausgebaut hat, konnte nur auf der Grundlage einer bestimmten Wirtschaftsordnung erwachsen. Für uns ist die Freiheit und die Gleichberechtigung aller Bürger eine Voraussetzung für ein gesundes und gesittetes Staatswesen, ein selbstverständliches Gebot der Gerechtigkeit und Sittlichkeit. Der Anspruch auf persönliche Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz ergibt sich für unser Empfinden ohne weiteres aus der sittlichen Natur des Menschen, und wir fühlen uns deshalb im Innersten verletzt von jedem Zustand, der dieses Menschenrecht verkennt, auch wenn wir persönlich darunter nicht zu leiden haben. Die Männer, die am Morgarten und 70 Jahre später bei Sempach den Habsburgern siegreich entgegentraten und im 15. Jahrhundert im Burgunder- und im Schwabenkrieg den Grund zur nationalen Unabhängigkeit der alten Eidgenossenschaft legten, empfanden ganz anders als wir. Mit ihrem Freiheitssinn vertrug es sich durchaus, daß in ihren Ländern Abhängigkeitsverhältnisse aller Art bestanden. Neben den freien Landleuten mit ständischer Freiheit und freiem Grundeigentum gab es noch während Jahrhunderten Leibeigene und Hörige. Und es fiel den Freien durchaus nicht ein, die Freiheit, die sie selbst und für sich so hoch schätzten, auch den andern zu schenken. Es entsprach vielmehr der damaligen Auffassung, daß jeder in dem Stande verblieb, in dem er geboren war.

Die acht alten Orte vergrößerten ihr Gebiet im Lauf der Jahre beträchtlich: teils durch siegreiche Kämpfe, teils durch den Ankauf neuer Gebietsteile, die ihnen oft vorher schon verpfändet waren. Die Bewohner dieser neu erworbenen Ortschaften machten nicht immer einen guten Tausch. Manche von ihnen erhielten nun statt eines milden Herrschers einen hartherzigen und habgierigen Herren. Das galt vor allen Dingen von der Mehrzahl der „gemeinen Vogteien und den Untertanenländern" der Kantone Schwyz, Uri, Bern und Wallis. Die Vogteien wurden durch Vögte verwaltet, die von den Ständen abwechselnd ernannt wurden. Trotz der kurzen Amtsdauer galten diese Stellen als Goldgruben: nicht weil sie hoch besoldet waren, sondern weil gewissenlose Beamte dort Gelegenheit fanden, sich an dem rechtlosen und gedrückten Volke auf eine schändliche Weise zu bereichern. Die Klagen über die Bestechlichkeit mancher Vögte, ihre faule Rechtspflege, die Erpressungen, die sie unter dem Deckmantel der Strafrechtspflege verübten, verstummten nie; aber den gnädigen Herren fehlte bald der gute Wille und bald die Kraft, den Mißbräuchen zu wehren. Auch die Empörungen, die heute hier und morgen dort aufflammten, hatten keine Besserung im Gefolge. Im Jahre 1723 versuchte der edle Major Davel die Waadt, die unter dem Drucke des bernischen Regiments aufs schwerste litt, durch eine revolutionäre Erhebung zu befreien. Die Berner Regierung ließ, nachdem sie den mit ungenügenden Mitteln unternommenen Aufstand leichter-

hand unterdrückt hatte, Dabei aufs grausamste foltern und hinrichten. Dem Manne, dessen Kopf vom Henker an den Galgen genagelt wurde, ist vor einigen Jahren ein Denkmal gesetzt worden. Waren die Zustände in den Untertanenlanden nicht überall so schlimm, so blieb doch der Gegensatz zwischen ihnen und den „Orten" ungemildert. Die Auffassung, daß die Freiheit ein Gut ist, das nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, war jenem Jahrhundert fremd. Und die „alten Schweizer", die selbst auf ihre Unabhängigkeit und Freiheit stolz waren, fühlten sich in keiner Weise verpflichtet, den durch Kauf und Eroberung neu erworbenen Gebieten dieselben Freiheiten zu schenken, vielmehr — im schärfsten Gegensatz zu dem modernen Freiheitsbegriff — berechtigt, die Freiheitsbestrebungen ihrer Untertanen, wenn es sein mußte, mit allen Mitteln niederzuschlagen.

Die bäuerlichen Klassenkämpfe.

Von ganz besonderem Interesse sind für uns die Klassenkämpfe der Bauern. Wir haben deshalb besondern Grund, bei ihnen einen Augenblick zu verweilen, weil keine andere Schicht den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft so fremd gegenübersteht, wie die bäuerliche Bevölkerung, während ihr doch die Erinnerung an ihre eigenen Schicksale das Verständnis erleichtern sollte.

Schon früher ist auf die rechtlose Stellung hingewiesen worden, in welche die Landschaft allmählich geraten war. Alle politische Gewalt lag in den Händen der städtischen Behörden, in Zürich zum Beispiel „des Bürgermeisters, Klein und Große Räte, so man nennet die Zweihundert der Stadt Zürich". Diese Räte waren zugleich gesetzgebende und richterliche Behörden, so daß ein Schutz vor Willkür nirgends zu finden war. In den meisten Kantonen war der Bauer völlig rechtlos, ein wehrloses Ausbeutungsobjekt für die Stadtbürger. Die herrschende Klasse benutzte ihre politische Gewalt, um sich alle möglichen Privilegien zu sichern und den Bauer in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu erhalten. Er hatte Fronden zu leisten und eine ganze Anzahl von Steuern und Abgaben zu entrichten, von denen der Begüterte befreit war. Er durfte seine Erzeugnisse nur in der Stadt feilbieten und mußte sich mit den von der Obrigkeit festgesetzten Preisen begnügen. Zahlreiche Berufe waren ihm verschlossen. Alle Amtsstellen wurden von der Stadt aus besetzt; auch die der Geistlichen, die sich mit seltenen Ausnahmen mit der herrschenden Klasse durchaus solidarisch fühlten und über keinen Text so eindringlich predigten, wie über den Gehorsam, den der Untertan der von Gott eingesetzten Obrigkeit schuldet. Das ist das Bild, das die meisten Kantone während drei Jahrhunderten boten, bis die Stürme der französischen Revolution den alten Bau ins Wanken brachten. Wenn wir uns also nach dem Muster eines unverfälschten Klassenstaates umschauen wollen, dann brauchen wir nicht

in die Ferne zu schweifen, etwa nach dem preußischen Junkerstaat. Die Kantone Bern, Zürich, Freiburg, Luzern bieten viel lehrreichere Beispiele.

Begreiflich, daß der Druck dem Gegendruck rief. Die Erinnerung an die Zeiten größerer Freiheiten war in den Bauern nicht erloschen und die Versuche, sie wieder zu erlangen und sich vom Joch des landesväterlichen Regimentes zu befreien, durchziehen diese ganze Zeit. Namentlich um die Wende des 16. und im 17. Jahrhundert mehrten sich die Empörungen. Im Jahre 1646 wurden Bauernunruhen in Wädenswil und in Knonau mit äußerster Strenge unterdrückt und sieben Anführer, namentlich auf das Betreiben der Geistlichen, hingerichtet. Sieben Jahre später, 1653, brach der große Bauernkrieg aus, der, wenn er für die Bauern siegreich geendet hätte, schon damals zum Heile der Schweiz die demokratische Entwicklung angebahnt hätte, die 150 Jahre später von Frankreich her ihren Anstoß erhielt.

Der Sturm erhob sich im Entlebuch, das schon wiederholt gegen seine Unterdrücker aufgetreten war. Es fand Bundesgenossen im Oberaargau und im Emmental. Dann schlugen die Flammen hinüber nach Basel, Luzern und Solothurn. An einer von 3000 Bauern besuchten Landsgemeinde in Huttwil wurde ein Bauernbund gegründet. Unterdessen hatte aber auch die Eidgenossenschaft gerüstet. Unter dem General Werdmüller zog ein Heer von 9000 Mann den Bauern entgegen. Waren diese auch in der Ueberzahl — es sollen ihrer 20,000 gewesen sein — so litten sie dagegen unter dem Mangel einer ordentlichen Bewaffnung. In verschiedenen Gefechten wurden sie geschlagen und zerstreut. Der Sieger aber nahm blutige Rache. Die Anführer der Bauern wurden nach grausamen Folterungen hingerichtet. Andere wurden ausgepeitscht und nachdem man ihnen die Zungen und die Ohren aufgeschlitzt hatte, mit schweren Geldbußen belegt. „Die Herren fuhren fort, die Landschaft nach ihrem Gefallen zu regieren; nur einzelne Mißbräuche, welche ihren eigenen Vorteil schmälerten, wurden allmählich abgestellt." (Strickler.)

Bezeichnend dafür, wie die herrschenden Klassen ihre Stellung auffaßten und wie sie ihre politische Machtstellung mißbrauchten, sind die Bauernunruhen am Zürichsee.

Im Jahre 1489 wurde unter Vermittlung der Eidgenossenschaft zwischen der Stadt Zürich und der Landschaft ein Vertrag abgeschlossen, der, weil er die durch Waldmann hervorgerufenen Wirren abschloß, den Namen des Waldmannschen Spruchbriefes erhielt. Er gab den Bauern wieder einige Rechte zurück, die ihnen im Lauf der Jahre von den Städten genommen worden waren. Beide Teile gelobten, den „Vertragsbrief" „treulich jezt und zu ewigen Zitten" zu halten. So wenig nun auch den Bauern zugestanden war — die Stadt blieb nach wie vor im ausschließlichen Besitze der politischen Gewalt — so dauerte die „ewige Zitt" doch nur wenige Jahre. Die „Bürgermeister und Räte" ver-

standen es, die alten Zustände wieder herbeizuführen und den alten Lasten und Beschränkungen noch neue beizufügen. Und da die Bauern politisch völlig rechtlos, also von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen waren, erhielt sich dies eigennützige und freiheitsfeindliche Klassenregiment ungebrochen mehr als zwei Jahrhunderte lang. Was den Bauern am Ende des 18. Jahrhunderts die Hoffnung auf Erlösung aus dieser Knechtschaft gab, das war nicht etwa eine bessere Einsicht der herrschenden Klassen und deren guter Wille, endlich dem Rechte und der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen, sondern das war der Ausbruch der Revolution in Frankreich, das waren die französischen Soldaten, die sich anschickten, den schweizerischen Aristokraten dasselbe verdiente Schicksal zu bereiten, welches das ancien régime in Paris gefunden hatte. So „international und vaterlandslos" war damals die bäuerliche Bevölkerung. Das städtische Bürgertum aber zeichnete sich durch jenes vollgerüttelte Maß von Befangenheit und Verständnislosigkeit aus, das wir bei jeder Klassenherrschaft finden: Wer die bestehende Ordnung kritisierte, der hatte sich damit als staatsfeindlich ausgewiesen. Dieselbe naive Verwechslung, die den herrschenden Klassen noch heute unterläuft: weil der Staat ihren Interessen dient und von ihnen sein Gepräge erhält, verwechseln sie ihre Klasseninteressen mit dem dauernden Staatsinteresse, und indem sie sich für dieses wehren, geben sie sich den Anschein, als ob sie das Staatswohl und das Interesse der gesamten Nation gegenüber eigennützigen Sonderbestrebungen wahrten. Im Jahre 1794 arbeiteten wohlgesinnte Bürger der Seegemeinden ein Memorial aus, in dem sie die Beschwerden der Landschaft zusammenstellten und begründeten. Sie waren ängstlich darauf bedacht, jeden Anschein, als ob sie anders als durch den Appell an die Gerechtigkeit und Vernunft eine Aenderung herbeizuführen suchten, zu vermeiden. Das Memorial war überschrieben: „Ein Wort zur Beherzigung unserer teuersten Landesväter", und enthielt die Versicherung, daß die Unterzeichner „im Vertrauen auf die hohen landesväterlichen Gesinnungen und die tätige Volksliebe der verehrenswürdigen Regenten" diesen Schritt wagen. Die landesväterliche Gesinnung und die Volksliebe dieser verehrungswürdigen Regenten betätigte sich darin, daß die Urheber des Memorials für sechs und vier Jahre aus der Eidgenossenschaft verbannt, andere, die bei der Verbreitung mitgeholfen oder auch nur ihre Zustimmung zu demselben gegeben hatten, mit schweren Geldstrafen belegt wurden, alles in der Erwägung, daß diese gefährlichen Individuen, obgleich sie „die glückliche Verfassung und den blühenden Zustand des Landes, sowie die Milde der Regierung selbst anerkennen mußten, sich ein so schweres Vergehen haben zuschulden kommen lassen"!

Nun erinnerten sich die Seebewohner an den Waldmannschen Spruchbrief und als es ihnen gelang, zuerst eine aus dem Jahr 1525 stammende Abschrift und nachher das Original selbst aufzutreiben, ver-

langten die Gemeinden von den gnädigen Herren Auskunft, ob diese Verträge noch gültig seien. Die landesväterliche Regierung sah aber in diesen bloßem Anfragen den Anfang eines gefährlichen Aufruhrs und den Versuch, „die Verfassung, unter welcher unser liebes Vaterland so manches Jahrhundert im Segen und Flor durchlebt, über den Haufen zu werfen". Indem man „dem stillen, redlichen Landmann einen Verlust oder eine Beraubung großer Freiheiten vorspiegle, werde vielen der Geist des Mißtrauens gegen ihre gute Obrigkeit eingepflanzt". Der Waldmannsche Spruch vom Jahre 1489 sei zur Zeit eines offenen Aufruhrs errichtet worden, deshalb ungültig und seit mehr als zweihundert Jahren nie mehr angerufen worden (weil man nämlich jedem mit dem Zuchthaus drohte, der das tat!). Das Volk habe sich begnügt mit „den zweckmäßigeren Rechten und kostbaren Wohltaten, welche die huldreiche Obrigkeit aus herzlichem Wohlmeinen ihrem ganzen Lande zugeteilt habe".

Dann verhängte die hülfreiche Obrigkeit über die Urheber und Leiter dieser Bewegung die grausamsten Strafen. Das über den braven und selbstlosen Säckelmeister Bodmer gefällte Urteil ging dahin, „daß er morgens um 8 Uhr auf dem Fischmarkt sein Urteil anhören, hernach gebunden auf den Richtplatz geführt, daselbst auf den Rabenstein knien, durch den Scharfrichter das Schwert über ihm geschwungen, und er nach Anzeige seiner Begnadigung durch den Herrn Reichsvogt zu lebenslänglicher Gefangenschaft in das Zuchthaus gebracht werden solle, in der Meinung, daß niemals eine Bittschrift für seine Loslassung angenommen und sein Hab und Gut an die Kriegskosten konfisziert werde". Den andern Teilnehmern ging es nicht viel besser.

Das geschah im Herbst 1795. Es ist auffallend und erfreulich, wie rasch manchmal die gnädigen Herren zu Verstand kommen. Schon im Januar 1798 erließen sie eine Amnestie. Je näher die Franzosen rückten, desto mehr wuchs ihr Eifer, die alten Rechte und Freiheiten der Landschaft neuerdings zu befestigen und zu vermehren. Aber es half alles nichts: Die bäuerliche Bevölkerung wußte, wie hoch sie diese Versicherungen einzuschätzen hatte. Als die Regierung der Landesversammlung, welche eine neue Verfassung zu beraten hatte, eine Eidesformel vorlegte, wonach die Deputierten schwören sollten: „Ohne Einwirkung fremder Gewalt eine Staatsverfassung zu entwerfen", weigerten sich die Bauern, die Amtsgelübde abzulegen. Die fremde Gewalt, auf welche sie feierlich verzichten sollten, das war die französische Armee, die schon im Waadtland stand, und welche der Landschaft eine viel sicherere Bürgschaft für eine freie Verfassung bot als die schönen Worte der gnädigen Herren in Zürich.

In diesen Kämpfen gelangte der Grundsatz der Gleichheit von Bürger und Bauer, von Stadt und Land zur Anerkennung, wenn auch noch mit einigen Wenn und Aber. Zur konsequenten Durchführung

gelangte er erst in der Gesetzgebung, die sich an die durch den „Tag von Uster" (22. November 1830) eingeleitete demokratische Bewegung anschloß. Was wir aber diesem kurzen Rückblicke entnehmen und festhalten wollen, ist das: daß die Bauern ihre Gleichberechtigung und das neue Recht nicht dem Himmel und nicht der Einsicht und dem Wohlwollen ihrer ehemaligen Herren und Bedrücker verdanken, sondern daß sie diese Fortschritte in langen und opferreichen Klassenkämpfen haben erringen müssen.

Das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins.

Manchem Leser wird die Frage auf den Lippen schweben: Auf welcher Seite waren denn die Arbeiter zu finden in diesen Kämpfen um die demokratische Verfassung und welchen Anteil haben sie an denselben genommen?

Wir haben im ersten Abschnitt dieser Schrift das Entstehen und Wachstum des Kapitalismus verfolgt und gesehen, wie der alte feudale Staat zusammenbrach und aus seinen Trümmern der moderne bürgerliche Staat hervorging.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer raschen Steigerung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums hatte eine neue Gliederung der Gesellschaft zur Folge und schuf neue Klassengegensätze, die dem Mittelalter — das heißt der Zeit vor der großen französischen Revolution — durchaus fremd gewesen waren: einerseits den Gegensatz zwischen der Großindustrie und dem alten Handwerk, anderseits zwischen dem kapitalistischen Bürgertum und dem durch die Großindustrie erzeugten Proletariat, der industriellen Lohnarbeiterschaft. Wir werden Grund und Wesen dieses Gegensatzes später zu besprechen haben. Was uns hier beschäftigt, ist die Tatsache an sich, daß ein an Zahl rasch wachsendes Proletariat erstand, dessen Interesse demjenigen des Unternehmertums entgegengesetzt war. Die großindustrielle Entwicklung setzte in der Textilindustrie ein, die, weil sie sich damals ausschließlich der Wasserkraft bediente, den Flußläufen nach auf das flache Land hinaus zog. Hier, in den Gegenden der Baumwollspinnerei und -weberei finden wir im Anfang des letzten Jahrhunderts, in den Dörfern zerstreut und mit Kleinbauern und Heimarbeitern vermengt, größere Massen von industriellen Lohnarbeitern. Ihr Los war ein unsäglich trauriges. Die Arbeitszeit betrug 14, 15, ja 16 Stunden. Die Maschinen liefen ununterbrochen Tag und Nacht. Die Fabrikanten zahlten Hungerlöhne. Obgleich nicht nur die Frauen, sondern Kinder von 7 und 8 Jahren frondeten, reichte der Verdienst nicht aus, um die Familie vor Not zu schützen. Von dem Kinderelend machen wir uns heute keine Vorstellung mehr. Das erste Arbeiterschutzgesetz, das im Jahre 1815 im Kanton Zürich erlassen wurde, schrieb vor, daß nur solche Kinder in den Fabriken beschäftigt werden dürfen, die das zehnte Jahr angetreten haben. „Diese jungen Leute sollen täglich nicht mehr als 12 bis 14 Stunden

beschäftigt werden und die Arbeiten im Sommer nicht vor 5 Uhr, im Winter nicht vor 6 Uhr des Morgens ihren Anfang nehmen." Daß die Löhne gerade wegen dieser unmenschlichen Ausbeutung der Arbeitskraft so niedrig waren, begriff der Arbeiter nicht. Er suchte sein Heil umgekehrt in der Verlängerung der Arbeitszeit und unterstützte deshalb den boshaften Widerstand, den die Spinnereibesitzer der Durchführung jenes Kinderschutzgesetzes bereiteten. Was jener Arbeiterschaft fehlte, war die Einsicht in ihre Klassenlage und das Bewußtsein der Gemeinsamkeit ihrer Interessen. Der Gedanke, sich zu organisieren und in gemeinsamem Kampf ihre Klasseninteressen dem Unternehmertum gegenüber zu wahren, war ihnen völlig fremd. Den Feind, der ihnen das Mark aus den Knochen saugte, dem sie gezwungen waren, ihre Kinder zu opfern, sahen sie in den Maschinen, und die einzig mögliche Rettung im Verbot derselben. Sie reichten der Regierung Bittgesuche ein, sie solle ein derartiges Verbot aussprechen und hofften, daß der „Zürcher Kantonalverein", in dem die demokratische Partei sich organisiert hatte, dieses Gesuch unterstützen werde. Kurz vor der „Usterfeier" von 1832 ließen sie im „Republikaner" einen flehentlichen Hilferuf erschallen: „Wir bitten euch, ihr Männer der Freiheit, dringend, als Fürsprecher für uns diesen Wunsch zu erneuern und der hohen Regierung bittend anzutragen, daß Hochdieselbe ins Auge fasse, was diese mechanischen Werkzeuge (das heißt die mechanischen Webstühle) für traurige Folgen nach sich ziehen würden, um diese im Keime zu ersticken, ehe uns der jetzt schon geringe Verdienst auf diese Art aus unseren Händen gerissen wird und ehe die meisten von uns als Sklaven um einen geringen Lohn arbeiten und nachher wegen Verdienstlosigkeit halb nackt und dem Hungertode nahe, zu gesetzlosen Handlungen ihre Zuflucht nehmen, und als gesetzlose Verbrecher in Kerkern schmachten müssen..." Aber die Aermsten fanden nirgends Hilfe. Mit den guten Räten: es sei nun einmal so und sie müßten sich dreinschicken, die Regierung werde sich bemühen, die Krise abzukürzen, war ihnen wenig geholfen. Was die Weber befürchtet, trat wenige Tage später ein: am 22. November 1832, bevor die Usterfeier begann, brach eine Hungerrevolte aus. Die aus den benachbarten Gemeinden zusammengeströmten Weber steckten die Baumwollspinnerei von Pfister und Corrodi in Uster in Brand und bereiteten sich damit das Schicksal, das sie vorausgesehen hatten. Zwanzig dieser Armen wurden wegen Brandstiftung im Betrage von 270,000 Franken zu insgesamt 207 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

Die ersten Versuche, die schweizerische Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes zu organisieren, fallen in die 40er und 50er Jahre des letzten Jahrhunderts. Es war der 1906 verstorbene Professor Treichler, der in Zürich einen politischen Arbeiterverein gründete, in der Absicht, ihn mit sozialistischen Ideen zu erfüllen und zu einer selbständigen politischen Betätigung zu erziehen. Der Versuch mißlang, weil die ökonomischen Bedingungen für eine selbständige klassenbewußte

Arbeiterpartei noch nicht vorhanden waren. Die Anfänge der heutigen sozialistischen Bewegung reichen in die Mitte der 60er Jahre zurück: Damals wurden bei uns die ersten Sektionen der 1864 ins Leben getretenen internationalen Arbeiterassoziation gegründet. 1869 begann die von Greulich redigierte „Tagwacht" als Organ der schweizerischen sozialdemokratischen Partei zu erscheinen. Ins Jahr 1873 fällt die Gründung des Schweizerischen Arbeiterbundes, aus dem 1880 der Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei hervorgingen. Wie groß der Eifer und die Ueberzeugungstreue der Arbeiter war, die an der Wiege unserer Bewegung standen, so gering war die Teilnahme der großen Masse der Arbeiter. Ablehnend, ja oft genug feindlich standen sie abseits. Soweit die Arbeiterschaft sich politisch betätigte, tat sie es im Anschluß an die demokratischen und radikalen Parteien, aber mehr geleitet und empfangend, als leitend.

Der Klasseninstinkt des Bürgertums.

Die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung können wir hier nicht weiter verfolgen. Was uns aber hier interessiert, das ist das Verhalten des Bürgertums und der Behörden gegenüber diesen ersten Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Die Behörden traten ihnen von Anfang an mit großer Entschiedenheit entgegen und setzten Polizei und Gesetzgebung in Aktion, um die sozialistische Bewegung schon im Keime zu ersticken. Der Klasseninstinkt der Bourgeoisie war viel stärker entwickelt als derjenige der Lohnarbeiter. In einem Zeitpunkt, wo von einer Arbeiterbewegung kaum die Rede sein konnte und nicht das geringste Anzeichen ihrer späteren Entfaltung vorlag, wo die Großzahl der Lohnarbeiter überhaupt keine politischen Interessen zeigte und sich zu den sozialistischen Ideen völlig ablehnend verhielt — schon in diesem Zeitpunkte arbeiteten die bürgerlichen Behörden zielbewußt auf eine völlige Unterdrückung der Arbeiterorganisation hin. Einige Angaben mögen dartun, mit welcher Energie das Bürgertum seine Klasseninteressen verfochten hat: Anfangs der 40er Jahre hatte der Kommunist Weitling in der Schweiz die deutschen Handwerksgesellen für sozialistische Ideen zu gewinnen versucht. 1843 kündigte er eine neue Schrift an: „Das Evangelium des armen Sünders." Das gab der Polizei willkommenen Anlaß, gegen diesen „ausländischen Wühler" vorzugehen. Weitling wurde verhaftet, wegen Gotteslästerung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und nach Verbüßung dieser Strafe der deutschen Polizei ausgeliefert. Im Auftrage der Regierung gab Dr. Bluntschli einen Bericht über „die Verhältnisse der Kommunisten in der Schweiz" heraus, in dessen letztem Abschnitt der Verfasser die Hoffnung aussprach: „Der moralische Sinn für die sittliche Weltordnung werde im Schweizervolk doch stark genug sein, um die tiefe Verworfenheit der kommunistischen Tendenzen zu erkennen." Immerhin

empfahl er diese Weltordnung dem Schutze der Polizei und riet, „alle Individuen, die kommunistischer Gesinnung in irgend erheblichem Maße verdächtig seien, über die Grenze zu stellen." Kaum war diese Gefahr beseitigt, so wurde von anderer Seite die Ruhe des Bürgers bedroht: Der junge Volksschullehrer Treichler nahm die Agitation für sozialistische Ideen auf, aber mit der Adresse an die schweizerischen Arbeiter, während Weitling sich fast ausschließlich an seine deutschen Landsleute gewendet hatte. Das war eine Wendung zum Schlimmeren. Der Polizeirat des Kantons Zürich faßte deshalb am 21. Februar 1846 den Beschluß: „Es sei dem Herrn Treichler untersagt, öffentliche Vorträge über Sozialismus oder Kommunismus zu halten." Dieser Beschluß stützte sich darauf, daß Treichler „mit ausländischen Kommunisten in Verbindung stehe, und daß er das Eigentum befehde, zum Haß gegen die Besitzenden aufreize und die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft zu untergraben suche". Um aber für den Kampf gegen den „Umsturz" eine sichere Grundlage zu schaffen, erließ der Große Rat im gleichen Jahr ein Gesetz gegen kommunistische Umtriebe (das „Maulkrattengesetz"), dessen erster, sinnreicher Paragraph lautete: „Es ist untersagt, den Diebstahl öffentlich zu rechtfertigen oder wegen der Ungleichheit des Besitzes eine Klasse von Bürgern gegen eine andere zum Hasse aufzureizen oder durch Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Eigentums die bestehende rechtliche Ordnung böswillig zu gefährden!" Ein Koalitionsverbot war schon zwei Jahre früher in dem „Polizeigesetz für Handwerkergesellen" aufgestellt worden: „Untersagt sind," heißt es dort in § 20, „alle Verbindungen von Gesellen, welche in der Absicht vollzogen werden, Zugeständnisse irgend einer Art zu erzwingen, die Meister in ihren Rechten zu beeinträchtigen oder ihnen Schaden zuzufügen."

Daß aber alle diese Maßnahmen polizeilicher Natur zur Abwehr der sozialistischen Gefahr nicht ausreichen, wenn sie nicht durch geeignetes Verhalten des Unternehmertums ergänzt werden, wurde schon von den Liberalen der damaligen Zeit klar erkannt. Am 16. Januar 1846 schrieb die „Neue Zürcher Zeitung": „Eine nicht unwesentliche Beihilfe können die Inhaber von Fabriken, Werkstätten leisten, wenn sie ihren Angestellten die E n t l a s s u n g aus dem Dienst androhen auf den Fall, daß sie sich mit Kommunisten einlassen." Das Rezept fand Anklang. Escher Wyß & Cie. entließen 13 Arbeiter wegen Teilnahme an einer Pestalozzifeier!

Wenn diese Versuche, eine klassenbewußte Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, resultatlos blieben, so ist das freilich weder das Verdienst der Polizei noch der Fabrikanten, sondern erklärt sich aus dem damaligen Stande der wirtschaftlichen Entwicklung; der Kapitalismus stand erst am Anfang seiner Siegeslaufbahn und er hatte noch nicht jene Gegensätze erzeugt, die mit Notwendigkeit zum Sozialismus hinüberführen. Als aber die Voraussetzungen für eine sozialistische Ar-

beiterbewegung vorhanden, da wurde sie durch die reaktionäre Politik, die im Jahre 1888 mit der Schaffung der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft einsetzte, vielmehr angefacht und gefördert als gelähmt.

*

Dieser Rückblick auf die Entwicklung des Kapitalismus und die Daseinsbedingungen des Proletariates, seine leibliche und seelische Not, hat uns etwas lange aufgehalten: aber sie war notwendig für das Verständnis der folgenden Erörterungen. Wir hätten uns sehr viel kürzer fassen dürfen, wenn es uns nur ankäme auf das verstandesmäßige Erfassen dessen, was man unter Sozialismus versteht. Soll er uns aber zum inneren Erlebnis werden, sollen wir ihn mitempfinden als tiefinneren Drang des arbeitenden Volkes nach Licht und Glück, nach einem reicheren und freieren Dasein, so war es nötig, diese beiden Bilder nebeneinander zu halten: Das Bild der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Reichtümern und technischen Errungenschaften und des politischen Liberalismus mit seiner formalen politischen Freiheit und Gleichheit — und das Bild des Proletariats in seiner politischen und wirtschaftlichen Unfreiheit und seinem Mangel inmitten des von ihm geschaffenen Reichtums. Wer diese Bilder in ihrem furchtbaren Kontrast auf sich einwirken läßt, der muß begreifen lernen: Was in der modernen Arbeiterbewegung tätig ist, das ist nicht kleinlicher Neid und Unzufriedenheit, sondern jener unbesiegbare Drang zum Leben, der die Menschheit von ihren ersten Anfängen an aufwärts führte.

---

3. Kapitel.

Die Ursache der Massenarmut.

a) Industrie und Lohnarbeiterschaft.

Die Fragestellung.

Und nun: Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Dieser ängstigende Gegensatz zwischen dem steigenden Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft und der Not und Unsicherheit, die den größeren und mit der schwersten Arbeit belasteten Teil unseres Volkes bedroht und ihn scheidet von all dem, was doch das Dasein erst „zur süßen freundlichen Gewohnheit" macht.

Wenn wir diese Frage aufwerfen, so rühren wir an das große Problem, das von unserer Zeit immer dringender eine Lösung heischt, das Problem, in dem alle Aufgaben, die sonst Staat und Gesellschaft beschäftigen, eingeschlossen sind.

Aber ist es nicht seltsam, wie wenige das Bedürfnis fühlen, diesen Dingen irgendwie auf den Grund zu gehen und mit Ernst und Aufrichtigkeit eine Antwort auf jene Frage zu suchen? Der eine erklärt die Armut mit der Genußsucht des Volkes, ein anderer vermißt den Geist der christlichen Nächstenliebe, der dritte bringt sie in Zusammenhang mit der Erbsünde und belehrt uns, unter Berufung auf ein bekanntes Bibelwort, daß es allezeit Arme und Reiche gegeben habe. Und ihnen schließt sich durchaus würdig an Onkel Bräsig aus Reuters „Stromtid“ mit dem wackern Ausspruch: „Die Armut kommt von der großen Powerteh.“ Schauen wir uns um in unserer Umgebung, so finden wir, daß der eine als armer Schlucker auf die Welt gekommen ist, daß einen zweiten und dritten Krankheit oder eine fehlgeschlagene Spekulation in Not gebracht, ein vierter endlich seinen Wohlstand verliederlicht hat. Wir wissen auch, daß nicht alle Arbeiter gleich gebettet sind. Die Schriftsetzer sind besser gestellt als die Textilarbeiter und der beruflich Tüchtige wird im allgemeinen bessere Chancen haben als der Untüchtige.

Aber weder mit jenen weisen Sprüchen noch mit diesen vereinzelten Beobachtungen ist für die Erklärung der Klassenlage der Arbeiterschaft irgend etwas gewonnen. Das wird uns sofort klar, wenn wir einmal annehmen, das Proletariat setze sich aus lauter braven Musterknaben zusammen, die mit all den Tugenden ausgestattet sind, die die Bourgeoisie heute an ihnen vermißt. Auch in diesem Falle wäre die Klassenlage des Proletariates genau dieselbe wie heute. Mancher Franken fände zwar eine rationellere Verwendung und manchem Manne bliebe eine unliebsame Erfahrung erspart; aber der Anteil der Lohnarbeiterschaft am gesellschaftlichen Reichtum wäre deshalb um keinen Deut größer, wie auch ihre Lage gegenüber den andern Klassen davon völlig unberührt bliebe.

Wir müssen die Erklärung nicht suchen in den persönlichen Eigenschaften der einzelnen Menschen, sondern in den Verhältnissen der Gesellschaft, der sie angehören, in der Wirtschaftsordnung, unter deren Herrschaft wir leben, das heißt: im modernen Kapitalismus. Worin besteht aber nun dessen Wesen und Eigenart? Sie wird uns am leichtesten verständlich, wenn wir sie mit der vorkapitalistischen Wirtschaft, der handwerksmäßigen Organisation vergleichen.

Das Wesen des Handwerks.

Wir versetzen uns in Gedanken noch einmal zurück ins 18. Jahrhundert, etwa in die Zeit, als Goethe zum erstenmal die Schweiz besuchte. Wir wissen, es gab damals noch keine Kraftmaschinen, keine Großindustrie, und nichts, was die spätere Entwicklung der Verkehrsmittel auch nur hätte ahnen lassen. Was die Menschen benötigten, Hausrat und Kleidung, Waffen und Werkzeug, das lieferte ihnen der Handwerker. Sehen wir aber näher zu, was das Wesen der handwerks-

mäßigen Organisation der Arbeit ausmacht im Gegensatz zur kapitalistischen Unternehmung, so fallen uns folgende Züge an ihrem Bilde auf:

Zum ersten: Der Handwerker wirkt mit seiner Hand. Nicht mit Hilfe von Maschinen und komplizierten Verfahren, sondern mit einfachem Werkzeug, das er mit der Hand beherrschte. Er verfügte über keine theoretischen Kenntnisse. Was den „Meister" ausmachte, das war der Besitz der praktischen Erfahrungen seines Berufes und die Geschicklichkeit der Hand. Er ist nicht, wie der heutige Industrielle, in erster Linie Kaufmann und Organisator eines mehr oder weniger ausgedehnten Unternehmens, er ist vor allem gewerblicher Arbeiter. Auf seiner Hände Arbeit — nicht auf der Arbeit anderer, beruht sein geschäftlicher Erfolg.

Zum zweiten: Das Handwerk hatte einen „goldenen Boden". Nicht in dem Sinne, als ob die damaligen Schuster, Schneider und Kerzenzieher Millionäre geworden wären, wohl aber in dem Sinne, daß es seinen Mann ernährte und ihm ein sicheres Auskommen bot. Und das hängt mit folgendem zusammen: Der Handwerker hatte ein sicheres Absatzgebiet für sein Arbeitsprodukt, sei es nun, daß er es am Orte selber verkaufte, sei es, daß er damit Messen oder Märkte besuchte. Er stand stets mit dem Konsumenten seiner Waren in enger Fühlung. Was die Ausdehnung seines Geschäftes und seine gewerbliche Tätigkeit nach Art und Umfang regelte, das war der Bedarf seiner Kunden. Das Handwerk war „Bedarfsdeckungswirtschaft". Der Handwerker kannte jene beiden Faktoren: die Kunden und deren Bedarf, genau; er war also stets in der Lage, sich ihnen anzupassen, und da die Zunftverfassung ihn vor der Konkurrenz schützte, blieb er vor der Gefahr der Verdienstlosigkeit ebenso bewahrt wie vor der Gefahr der Ueberproduktion. Wie er Eigentümer des Werkzeuges war, mit dem er arbeitete, und des Materials, das er verarbeitete, so gehörte ihm auch das Erzeugnis seines Fleißes. Sein Fortkommen und sein Wohlergehen hingen fast ausschließlich von seiner Tüchtigkeit ab. So lange Krieg und Pestilenz die Bevölkerung verschonten, blieben ihm die Fährlichkeiten fern, die den kapitalistischen Unternehmer von heute umgeben. Es ist die Zeit, wo der Ausdruck „verlumpen" im Sinne von verarmen seine Berechtigung hat. Man wurde nicht zum „Lump", weil man arm war, sondern man verarmte, weil man zu lumpen anfing.

Zum dritten: Neben dem Handwerksmeister treffen wir in der bescheidenen Werkstatt nicht selten den Lehrling und den Gesellen, aber Lehre und Gesellenzeit waren nur Durchgangsstufen zur Stellung des Meisters. Man wurde nicht Handwerksmeister, ohne vorher Lehrling und Geselle gewesen zu sein, aber jeder Geselle hatte auch Aussicht, einst an die Stelle des Meisters vorzurücken. Bis zu diesem Zeitpunkte pflegten die Gesellen mit der Gründung des eigenen Hausstandes zuzuwarten. Verheiratete Gesellen traf man selten. Der Geselle gehörte,

wie auch der Lehrling, zur Haushaltung des Meisters, dessen Wohlstand er mitgenoß. Und wenn sie auch zu Zeiten, wie die drei gerechten Kammacher in Gottfried Kellers Novelle, nur Sauerkraut auf dem Tische sahen, so kamen für jeden doch auch wieder die Tage, wo die Meistersfrau sich entschließen mußte, einen Schinken dazuzulegen. Die Zahl der Gesellen war regelmäßig kleiner als die Zahl der Meister und da zur Einrichtung der Werkstatt die Ersparnisse aus der Gesellenzeit ausreichten und der sichere und stabile Absatz ein größeres Betriebskapital überflüssig machte, fanden, wenn nicht alle, so doch die meisten, früher oder später einen gesicherten Platz im Leben. Noch im Jahre 1831 kamen in der Stadt Zürich auf 7170 Handwerksmeister nur 3313 Lehrlinge und Gesellen.

Das Wesen des Kapitalismus.

Wie grundverschieden ist nun das Bild, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung darbietet. Sie ist, im schärfsten Gegensatz zum Handwerk, Erwerbswirtschaft. Der Zweck der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht wie derjenige des Handwerks erreicht, wenn sie den Bedarf eines begrenzten Personenkreises befriedigt hat. Sie will „erwerben", Profit machen, und dafür gibt es keine Schranke. Ihr Leitmotiv ist der Warenumsatz zum Zweck des Gewinns; „ihre Seele ist das Hauptbuch". Für den kapitalistischen Unternehmer handelt es sich stets darum, sein Kapital so zu verwerten, daß es ihm um einen möglichst hohen Profit vermehrt zurückfließt. Dieser Erfolg hängt nicht mehr ab von seinem eigenen technischen Können. Er erreicht sein Ziel mit Hilfe der Maschinen und dadurch, daß er Leute in seinen Dienst nimmt und für sich arbeiten läßt, die über die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

> Wenn ich sechs Hengste zahlen kann,
> Sind ihre Kräfte nicht die meine?
> Ich renne zu und bin ein rechter Mann,
> Als hätt' ich vierundzwanzig Beine.

Der Spinnereibesitzer braucht nicht imstande zu sein, die Spinnmaschine selbst zu bauen oder zu bedienen; sein Platz ist nicht im Arbeitssaal, sondern im Kontor. Der kapitalistische Unternehmer ist vor allem Kaufmann und Organisator, der mit Vorteil einkauft und verkauft. Die für seine Zwecke geeignetste Betriebsform ist die Hausindustrie und der maschinelle Großbetrieb, die Fabrik. Hier finden wir also keine der Schranken wieder, die dem handwerksmäßigen Betrieb in den technischen Fertigkeiten des Meisters, seinen Betriebsmitteln und dem engen Absatzgebiete gezogen waren. Umgekehrt: in der kapitalistischen Wirtschaft drängt alles, sowohl der Zweck, den sie verfolgt, wie die Mittel, deren sie sich bedient, ins Ungemessene, Unbegrenzte.

Dem Kapitalisten ist es gleichgültig, ob er seinen Profit erzielt mit dem Verkauf von Heiligenbildern oder Zigaretten, ob er Geschäfte ab-

schließt mit der türkischen Regierung oder mit Zürcher Seidenhändlern. Im Mittelpunkt steht nicht mehr „die lebendige Persönlichkeit, sondern das tote Sachvermögen", das der Unternehmer mit Gewinn zu verwerten trachten muß. Während dem Handwerk ein gemütlicher Zug innewohnte und persönliche Beziehungen seine Verhältnisse zum Gesellen wie zum Kunden beherrschten, streift die kapitalistische Unternehmung alles Persönliche ab. Die Energie, mit der sie ihre Zwecke verfolgt, artet aus ins Gefühllose und Brutale. In welch unmenschlicher Weise der Kapitalismus in seinen Anfängen die damals noch wehr- und schutzlose Arbeiterschaft ausbeutete, ist früher schon erwähnt worden.

Im Handwerk arbeiteten Meister und Gesellen unter denselben äußern Bedingungen, im gleichen Raum und beide gleich lang. Und wenn auch ein Interessengegensatz zwischen ihnen bestand, so war er doch nicht allzu schroff und wollte auch deshalb nicht zu viel besagen, weil fast jeder der Gesellen die Möglichkeit hatte, Meister zu werden. Der kapitalistische Lohnarbeiter aber ist Lohnarbeiter auf Lebenszeit. Ein massenhaftes Proletariat bildet eine Lebensbedingung des Kapitalismus. Während früher die Handwerksmeister die Mehrheit der gewerblich tätigen Bevölkerung ausmachten, gehört heute die überwiegende Mehrheit dem Proletariate an, wogegen die kapitalistischen Unternehmer nur einen kleinen Bruchteil des Volkes bilden.

Der Untergang des Handwerks.

Begreiflich, daß der Kapitalismus nicht von Anfang an in der hochentwickelten Form auftrat, in der wir ihn kennen, wie er sich auch nicht auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens gleichzeitig geltend machte. Wir wissen, daß der Zustand von heute das Ergebnis einer Entwicklung ist, die zu Beginn des letzten Jahrhunderts einsetzte und namentlich seit 1850 gewaltige Fortschritte machte und seither die politischen und sozialen Zustände von Grund aus revolutioniert hat.

Von Anfang an bewies der kapitalistische Großbetrieb seine Ueberlegenheit in der Textil- und Metallindustrie. Auf andern Gebieten der gewerblichen Tätigkeit hatte es dagegen den Anschein, als ob er nicht Wurzel zu schlagen vermöchte. Man behauptete von einer ganzen Anzahl Handwerken, ihre Position sei uneinnehmbar, weil ihre Verrichtungen nur von Menschenhand besorgt und nicht der Maschine übertragen werden könnten.

Die Erfahrung hat uns eines anderen belehrt. Wir wissen: Es gibt kein Gebiet wirtschaftlicher Tätigkeit, das sich vor jenem gewalttätigen Eindringling zu schützen vermag. Wo immer Handwerk und kapitalistischer Großbetrieb in Konkurrenz traten, unterlag das erstere. Die Auffassung, daß dem Handwerk eine Zukunft beschieden sei, entspringt nur der Konfusion unserer Mittelstandspolitiker und steht mit der Wirklichkeit im grellsten Widerspruch.

Die Ueberlegenheit der kapitalistischen Wirtschaft beruht vor allem auf den Vorteilen des maschinellen Großbetriebes. Er produziert rascher und billiger als der handwerksmäßige Betrieb; er überblickt das Absatzgebiet besser, kann jede günstige Konjunktur ausnützen, billiger einkaufen und rascheren Umsatz erzielen, sich der Mode und dem wechselnden Bedarf des Publikums rasch anpassen. Der Großbetrieb hat den Nutzen der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung; die Möglichkeit, den Produktionsprozeß intensiver zu gestalten, Arbeit zu sparen und sich mit ungelernten und deshalb billigeren Arbeitskräften zu behelfen. Und wenn früher noch angenommen werden konnte, die Handarbeit habe wenigstens qualitative Vorzüge, sei solider oder schöner als die „Fabrikarbeit", so hat die Erfahrung auch das widerlegt.

Der Siegeszug des Kapitalismus.

Das Deutsche Reich veranstaltet regelmäßige Gewerbezählungen, an Hand deren die kapitalistische Entwicklung in den verschiedenen Berufen sich genau verfolgen läßt. Das gleiche gilt leider nicht von der Schweiz. Immerhin sind auch bei uns verschiedene Erhebungen gemacht worden, in deren Ergebnissen sich der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß deutlich widerspiegelt. So sind wir beispielsweise über die Größe der Betriebe unterrichtet, die im Jahre 1911 dem Fabrikgesetz unterstellt waren. In der folgenden Tabelle sind die Betriebe nach sechs Größenklassen ausgeschieden:

Es wurden beschäftigt		in soviel Fabriken	mit insgesamt soviel Arbeitern
1— 10	Arbeiter	2725 = 34.7 %	17,557 = 5.3 %
10— 20	„	1884 = 24.0 %	28,133 = 8.5 %
21— 50	„	1751 = 22.3 %	56,264 = 17.0 %
51—100	„	828 = 10.6 %	58,903 = 17,9 %
101—500	„	595 = 7.6 %	112,333 = 34.7 %
über 500	„	58 = 0.8 %	55,651 = 16.9 %
		7841 = 100 %	328,841 = 100 %

Im ganzen waren also 7841 Betriebe mit insgesamt 328,841 Arbeitern dem Fabrikgesetz unterstellt. Davon beschäftigten mehr als ein Drittel, nämlich 2725, nur 1—10 Arbeiter, während die Zahl der großen Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern sich nur auf 653, das sind 8,4 Prozent, belief. Allein — und das ist das unterscheidende — auf jene 2725 Kleinbetriebe entfielen nur 5 Prozent aller Fabrikarbeiter, nämlich 17,557, während die 653 Großbetriebe mehr als 50 Prozent der ganzen Fabrikarbeiterschaft, das heißt 167,984, auf sich vereinigten.

Ein sicheres Anzeichen der kapitalistischen Entwicklung ist die vermehrte Verwendung motorischer Kraft und das Eindringen der Maschine auch in solche Betriebe, die noch vor wenigen Jahrzehnten als sichere Domäne des Handwerks gegolten haben. Nun besitzen wir zwar

keine Statistik der Maschinen, aber eine Statistik der motorischen Kräfte, die zum Antrieb der Maschinen erforderlich sind. Daraus ergibt sich, daß die motorischen Kräfte sich in viel stärkerem Maße vermehrt haben als die in den Fabriken beschäftigen Arbeiter. In der folgenden Tabelle sind die Zahlen aus den Jahren 1888 und 1911 nebeneinandergestellt:

	1888	1911	Zunahme
Zahl der Betriebe	3,786	7,785	106 %
Davon verwendeten Motoren	2,360	6,595	180 %
Zahl der Pferdekräfte	82,393	712,622	765 %
Zahl der Fabrikarbeiter	159,543	328,841	106 %

Im Jahre 1888 behalfen sich also von den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben fast 40 Prozent ohne Motoren, im Jahre 1911 nur noch 15,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Fabrikarbeiter verdoppelt, die Zahl der motorischen Kräfte aber hat sich beinahe verzehnfacht. Es gibt kaum noch ein Gebiet gewerblicher oder industrieller Tätigkeit, auf dem heute nicht Maschinen und Motoren menschliche Arbeitskraft ersetzen.

Einige Illustrationen: Wie lange ist es her, als die Schusterei noch im Ruf eines altehrwürdigen Handwerks stand, dessen Bestand der maschinelle Großbetrieb nie gefährden werde. Die Fabrikstatistik von 1911 aber weist 83 Schuhfabriken auf, die 4611 Männer und 3852 Frauen beschäftigten, über 2723 Pferdekräfte verfügten und 1916 Schuhwaren im Werte von 40 Millionen Franken exportierten. Dem ehrsamen Buchbinderhandwerk macht die mechanische Buchbinderei und das Kartonnagegeschäft das Leben sauer. Im Jahre 1911 waren 141 Buchbindereien und Kartonnagegeschäfte dem Fabrikgesetz unterstellt, die 3892 Arbeiter und 686 Pferdekräfte verwendeten. Sogar die alte Waschfrau ist ihres Daseins nicht mehr sicher: 81 dem Fabrikgesetz unterstellte Wäschereien mit 1917 Arbeitern und 1063 Pferdekräften machen ihr die Kunden streitig. Der Milchmann alten Stils, der jeden Morgen seine 200 oder 300 Liter Milch in die Stadt führt, hat in der großen Molkerei einen gefährlichen Konkurrenten erhalten. Die Fabrikstatistik verzeichnet 28 Molkereien mit insgesamt 2049 Arbeitern und 1960 Pferdekräften. In der Brauerei-Industrie hat der kapitalistische Großbetrieb mit den kleinen Unternehmungen rasch aufgeräumt. Im Jahre 1883 zählte man in der Schweiz 423 Brauereien, im Jahre 1914 nur noch 132. Aber in diesen dreißig Jahren stieg die Produktion von 1 Million Hektoliter auf 2,811,464 Hektoliter. Die Zahl der kleinen Brauereien, die weniger als 4000 Hektoliter Bier im Jahre brauten, belief sich 1883 auf 327, im Jahre 1910 aber nur noch auf 53. Dafür ist die Zahl der großen Brauereien mit einer Jahresproduktion von mehr als 20,000 Hektoliter von 10 auf 33 angestiegen. In der Mühlen-Industrie die gleiche rapide Entwicklung: Der Großbetrieb

hat die zahlreichen kleinen Kundenmüller samt dem Mühlenrad im Tale und der schönen Müllerstochter grob auf die Seite gestellt. In der Metall- und Maschinen-Industrie, der Textilindustrie, der chemischen Industrie, der Uhrmacherei, im Transportwesen herrscht der kapitalistische Großbetrieb unbeschränkt. Im Baugewerbe — Maurer, Schlosser, Schreiner, Installationsgeschäft — hat sich die kapitalistische Neuordnung mit größter Energie durchgesetzt.

Auch der Sprachgebrauch hat sich dem neuen Zustand angepaßt: Wortbildungen, wie Brotfabrik, Kleiderfabrik, Schuhfabrik, Wurstfabrik, die vor 40 Jahren sinnlos gewesen wären, sind uns rasch geläufig geworden. Einer ganzen Anzahl von Berufen hat der maschinelle Großbetrieb den Garaus gemacht. In der Lebensgeschichte von Gottfried Keller erscheinen noch ein Knopfmacher, ein Kerzenzieher, ein Zinngießer. Wir wissen kaum mehr, worin die Hantierung dieser alten Knaben bestanden hat. Andererseits mehren sich die kapitalistischen Riesenbetriebe auch in der Schweiz. Das gilt namentlich von der Maschinenindustrie. Im Jahre 1911 beschäftigte sie in 328 Unternehmungen 30,000 Personen. Davon entfielen 13,000 auf die zehn größten Geschäfte.

Der kapitalistische Handel und die Aktiengesellschaften.

Die kapitalistische Entwicklung beschränkte sich aber nicht auf die Industrie. Sie hat auch den Handel ergriffen und modernen Betriebsformen gerufen, mit denen der altväterische „Laden" nicht mehr zu konkurrieren vermag: das Warenhaus, das Branchengeschäft, das Versandhaus, der Konsumverein. In dem Roman: Au Bonheur des Dames entwirft Zola eine ergreifende Schilderung von dem vergeblichen Kampf des kleinbürgerlichen Händlers gegen die Uebermacht des benachbarten Warenhauses.

Im Bankwesen tritt uns die Konzentrationstendenz des Kapitalismus besonders deutlich entgegen. Die letzten Jahre haben uns eine große Zahl von „Fusionen" gebracht. Die großen Banken saugen die kleinen und ihren Kundenkreis auf. Diese Geldinstitute sind mit den industriellen Unternehmungen aufs engste verbunden und zwar so, daß die Industrie in immere größere Abhängigkeit von den Banken und vom Finanzkapital gerät. So verdichtet sich das Netz von Beziehungen, das zwar die Freiheit des einzelnen Unternehmers einengt, aber Macht und Einfluß des Großkapitals fortwährend steigert.

Bezeichnend dafür ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften. Im Jahre 1850, als der Kapitalismus noch in den Kinderschuhen steckte, zählte man in der Schweiz ein paar Dutzend Aktiengesellschaften mit einem Gesamtaktienkapital von 53 Millionen Franken, das sind 39 Fr. auf den Kopf der damaligen Bevölkerung. Im Jahre 1890

überstieg das Aktienkapital schon die erste Milliarde: es belief sich auf 1190 Millionen, hatte also jedes Jahr um 40 Millionen zugenommen. Dann setzte eine stürmische Entwicklung ein. Es betrug

	die Zahl der schweizerischen Gesellschaften	das Aktienkapital
im Jahre 1901	2056	1881 Millionen
„ „ 1910	3914	2963 „
„ „ 1918	6256	4170 „

Im Jahre 1901 kamen durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung 536 Franken Aktienkapital, im Jahre 1916 über 1000 Fr. Unter den Aktiengesellschaften gibt es nun freilich nicht wenige mit einem nur unbedeutenden Aktienkapital. Aber andererseits eine sich mehrende Zahl von gewaltiger Kapitalkraft. Die 12 größten Aktiengesellschaften verfügen zusammen über ein Aktienkapital von 434 Millionen Franken. Damit halte man die Tatsache zusammen, daß im Jahre 1916 das Vermögen der Eidgenossenschaft sich nur auf 40 Millionen Franken belief.

Die Konfusion unserer Mittelstandspolitiker.

Was hier über den Niedergang des Handwerkes gesagt wurde, können nur diejenigen bestreiten, die den Unterschied zwischen einem handwerksmäßigen Betrieb und einer kapitalistischen Unternehmung nicht einzusehen vermögen, und zudem nicht verstehen wollen, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerkes nicht abhängt von der Zahl der Handwerker, sondern vom Anteil des Handwerkes an der nationalen Produktion. Machen wir uns das an einem Beispiel klar. Die Berufsgruppe „Herstellung von Schuhwaren“ umfaßt etwa 23,000 Personen, die sich auf rund 11,000 Betriebe verteilen. Davon sind nicht weniger als 7000 sogenannte Alleinbetriebe: so groß ist die Zahl der „Meister“, die sich in oft ungesunden, schlechtbeleuchteten Buden bei 12- und 13stündiger Arbeitszeit mit Flickarbeiten kümmerlich durchschlagen. Und auf der andern Seite finden wir etwa 80 Schuhfabriken mit 8000 bis 9000 Arbeitern, die täglich 5000 oder noch mehr Paar Schuhe herstellen.

Um die Bedeutung des „Handwerks und der Kleinindustrie“ für unsere Volkswirtschaft darzulegen, hat der Schweizerische Gewerbeverein im Jahre 1899 eine Berechnung über den Wert ihrer Produktion angestellt und herausgefunden, daß derselbe sich auf die ehrfurchtgebietende Summe von 1133 Millionen pro Jahr beläuft. Es hat aber keinen Sinn, sich mit Leuten auseinanderzusetzen, welche Glätterinnen, Schneiderinnen, Schuster, Bäcker mit Buchdruckereien, großen Baugeschäften, Bierbrauereien bis zu einer Jahresproduktion von 10,000 Hektoliter in einer Kategorie zusammenfassen, um dann dieses sinnlose Kunterbunt der „Großindustrie“ gegenüberzustellen.

Der lebenslängliche Lohnarbeiter.

Das Ergebnis der geschilderten Entwicklung ist somit das: Der kapitalistische Großbetrieb wird in der Industrie wie im Handel und im Verkehrswesen je länger je mehr die herrschende Betriebsform, die dem ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrückt. In dem gleichen Verhältnis, in welchem Handwerk und Kleinbetrieb zurückgeht, nimmt die Zahl der unselbständig Erwerbenden, das heißt der Arbeiter und Angestellten, zu. In einer Zeit mit vorherrschend handwerksmäßiger Produktion waren die einzelnen Betriebe von sehr bescheidenem Umfange; dafür war die Zahl der Betriebe und somit auch die Zahl der Betriebsinhaber sehr erheblich. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft konzentriert sich die Güterproduktion mehr und mehr in den großen Unternehmungen, zu deren Einrichtung und Betrieb stets erhebliche Mittel, in manchen Fällen gewaltige Kapitalien nötig sind. Damit verringert sich der Kreis der selbständigen Produzenten. Der Besitz der Produktionsmittel wird zum Monopol, der Arbeiter wird zum lebenslänglichen Lohnarbeiter. Die Fabrikstatistik vom Jahre 1911 wies 7785 Betriebe auf mit zusammen 328,841 Arbeitern. Von diesen Arbeitern mag es dem einen oder andern gelingen, sich ein eigenes Geschäft zu gründen und sich darauf zu halten. Allein das sind die seltenen Ausnahmen. Es ist das Schicksal dieser Drittelsmillion von Fabrikarbeitern, Zeit ihres Lebens besitzlose Proletarier zu bleiben.

Der Lohn des Arbeiters.

Wie sich das Schicksal des Proletariers in der kapitalistischen Gesellschaft gestaltet, das haben wir im zweiten Abschnitt gesehen. Was uns hier beschäftigt, ist die Frage: Wie kommt es, daß der Arbeiter, er, der all den Reichtum mitschaffen hilft, vom Genuß desselben ausgeschlossen bleibt? Nun hängt die soziale Lage des Arbeiters ab von der Höhe und Sicherheit seines Verdienstes; denn andere Mittel stehen ihm regelmäßig zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht zur Verfügung. Wir können deshalb die Frage auch so fassen: Wodurch wird die Höhe des Lohnes bestimmt?

Der oberflächlichen Betrachtung mag es wohl so vorkommen, als ob der Arbeiter im Lohn einen Teil seines Arbeitsertrages zurückerhielte, so daß mit der Größe der Arbeitsleistung auch der Lohn steigen müsse. Eine solche Auffassung war früher unter der Arbeiterschaft allgemein verbreitet, und deshalb erachtete sie die Verlängerung der Arbeitszeit als das beste Mittel zur Verbesserung ihrer Lage, wie sie umgekehrt von einer Verkürzung derselben eine Schmälerung ihres Verdienstes befürchtete. Wir wissen, daß die Bestrebungen für den gesetzlichen Arbeiterschutz nicht nur den Widerstand der Unternehmer zu überwinden hatten, sondern auch bei den Arbeitern auf Hindernisse stießen. Unter den 170,857 Stimmberechtigten, die im Jahre 1877

das Fabrikgesetz beinahe zu Fall gebracht haben (es ist nur mit dem kleinen Mehr von 10,347 Stimmen angenommen worden), haben sich sehr viele Arbeiter befunden.

Aber als die Arbeiterschaft nur einmal anfing, sich auf ihre eigenen Erfahrungen zu besinnen, konnte ihr der gefährliche Irrtum, in dem sie so lange sich befunden hatte, nicht länger verborgen bleiben. Die Tatsachen des täglichen Lebens vertrugen sich schlechterdings nicht mit der Annahme, daß der Arbeiter im Lohn einen Teil seines Produktes erhalte. Wäre dem so, so hätten doch die Arbeiter mit der längsten Arbeitszeit den größten Lohn beziehen müssen; der Lohn hätte steigen müssen in dem Verhältnis, in dem die Arbeit dank der Anwendung von Maschinen und der Verbesserung der Arbeitsmethoden produktiver wurde. Es hätten in diesem Falle Frauen und Kinder bei gleicher Arbeitsleistung ebensoviel verdient wie der männliche Arbeiter. Aber von allen diesen Erwartungen traf keine einzige zu. Die Erfahrung beweist das Gegenteil; je länger die Arbeitszeit, je dürftiger der Lohn. Frauen- und Kinderarbeit ist stets schlechter bezahlt als die Männerarbeit. Und die Aufstellung von neuen Maschinen bringt und brachte namentlich in früherer Zeit für den Arbeiter die Gefahr einer Schmälerung seines Verdienstes.

Sehen wir uns also nach einer „Lohntheorie" um, die mit den Tatsachen etwas besser im Einklang steht.

Der Arbeiter, der sich dem Unternehmer verdingt, verpflichtet sich, wie es in unserm Obligationenrecht heißt, „zur Leistung persönlicher Dienste". Er verkauft seine Arbeitskraft, über die nun der Unternehmer innerhalb gewisser, durch Gesetz und Sitte gezogenen Schranken zu verfügen berechtigt ist. Und der Lohn stellt nichts anderes dar als den Preis dieser Arbeitskraft. Die Arbeitskraft ist die Ware, die der Arbeiter verkauft, wie wir denn auch ganz sachgemäß vom „Arbeitsmarkt" reden. Die gleichen Gesetze, durch welche die Preise aller andern Waren bestimmt werden, gelten auch für die Arbeitskraft. Wir wissen, daß der Wert irgend einer Ware bestimmt wird durch ihre Herstellungskosten. So auch der Preis der Ware Arbeitskraft. Die Höhe des Lohnes hängt ab von den „Herstellungskosten" des Arbeiters, das heißt den Kosten seines Unterhalts und des Unterhaltes seiner Kinder. Was zum Unterhalt gehört, hängt ab von den notwendigen Bedürfnissen des Menschen. Diese Bedürfnisse selbst wieder sind nach Ort und Zeit verschieden. Bestimmend dafür sind die allgemeinen Lebensgewohnheiten und die Kulturhöhe eines Volkes. Ein englischer Arbeiter stellt ans Leben andere Ansprüche als ein polnischer Taglöhner. „Die Wertbestimmung der Arbeitskraft (sagt Marx) enthält ein historisches und moralisches Element." Innerhalb dieser Grenzen wird die Höhe des Lohnes reguliert durch Angebot und Nachfrage. Je größer im Verhältnis zur Nachfrage das Angebot, desto

mehr nähert sich der Lohn jener Grenze, unter welche er nicht dauernd sinken kann, wenn die Arbeiterschaft nicht völlig degenerieren soll.

Halten wir am Gesagten fest, so werden uns sofort alle jene Tatsachen, die uns sonst so widerspruchsvoll vorkommen müßten, in ihren Ursachen und in ihrem Zusammenhange verständlich. Vor allem vermögen wir nun die für den Proletarier verhängnisvollen Beziehungen zwischen dem Kapitalreichtum und der Lohnarbeit zu überblicken. Die Lage des Arbeiters ist eine so unsichere und gedrückte nicht trotz des gesellschaftlichen Reichtums, sondern wegen dieses Reichtums. Und wie das Kapital das Proletariat, dessen es zu seiner Existenz bedarf, erzeugt und vermehrt, so erzeugt auch der Ueberfluß der Wenigen mit Notwendigkeit die Armut der Vielen. Weil der Besitz der Produktionsmittel zum Monopol der Kapitalistenklasse geworden ist und der Lohnarbeiter seine Existenz auf den Verkauf seiner Arbeitskraft gründen muß, ist er von den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Der Kapitalist aber ist dadurch in die Lage gesetzt, sich fremde, unbezahlte Arbeit anzueignen und aus den Erträgnissen derselben stets neue Machtmittel zu schöpfen.

Mehrwert und Profit.

Im handwerksmäßigen Betrieb beruhte das Eigentum am Arbeitsprodukt auf der eigenen Arbeit, auf der Arbeit desjenigen, der das Erzeugnis mit seiner Hand „gewerchet" hatte. In der kapitalistischen Wirtschaft gehört das Arbeitsprodukt nicht demjenigen, der es erzeugt, dem Lohnarbeiter, sondern dem Besitzer der Produktionsmittel, dem Unternehmer. Der Arbeiter erhält lediglich eine Vergütung dafür, daß er dem Unternehmer seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Diese Vergütung, das heißt also der Lohn, ist aber, auch wenn die Arbeitskraft nach ihrem wahren Werte bezahlt wird, regelmäßig geringer als der Wert des Arbeitsproduktes, mag dieses nun in Stiefeln oder Klavieren oder was immer bestehen.

Den Ueberschuß des Wertes des Arbeitsproduktes über den Lohn nennen wir Mehrwert, und den Teil des Mehrwertes, der dem Unternehmer verbleibt, den Profit. Einen Teil des Profites kann er nun verwenden zur Vergrößerung (Akkumulation) des Kapitals, so daß es ihm möglich ist, die Produktion auf immer höherer Stufenleiter, das heißt rationeller, umfassender zu betreiben. Diese Verwandlung des vom Arbeiter geschaffenen Mehrwertes in Kapital befördert dann jenen andern Prozeß, den wir die Konzentration des Kapitals nennen: Die Aufsaugung des kleinen, rückständigen, weniger konkurrenzfähigen Betriebes durch den kapitalkräftigen, besser ausgestatteten Großbetrieb; ein Vorgang, der sich unter unsern Augen tagtäglich wiederholt. Hunderte von Handwerkern und Kleingewerbetreibenden werden so alljährlich vom Großkapital expropriiert und ins Proletariat herabgedrückt — was sie freilich nicht hindert, nicht den Kapitalismus, sondern die Arbeiterschaft für ihre Lage verantwortlich zu machen.

Hand in Hand mit dieser Akkumulation und Konzentration des Kapitals geht aber nun noch eine andere wirtschaftliche Veränderung: Die Verbilligung der Produktion. Zu dieser Verbilligung nötigt den Unternehmer die Konkurrenz. Er steht nicht allein auf dem Markte, sondern hat den Wettbewerb anderer Unternehmer auszuhalten. Je leistungsfähiger die Großindustrie wird, je mehr Waren auf den Markt geworfen werden, desto leidenschaftlicher gestaltet sich der Kampf um das Absatzgebiet. Die Unternehmer suchen sich auf die mannigfaltigste Art über Wasser zu halten; sie suchen Absatzgebiete, schwärmen für Schutzzölle, jagen sich die Kunden ab, entfalten eine ungeheuerliche Reklame.

Aber am Ende sehen sie sich immer wieder auf eine Verbilligung der Produktion angewiesen, wenn sie sich nicht vom Konkurrenten unterboten und dadurch vom Markte verdrängt sehen wollen. Die wichtigsten Mittel hiezu sind die Verkürzung der Löhne, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Von diesem Punkte aus ist nun am leichtesten zu begreifen, welche Bewandtnis es hat mit der vielbesprochenen Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeit und des Kapitals.

Die Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital.

Eine Verbilligung der Produktion läßt sich am einfachsten erreichen durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne. Dieses probate und in der Anwendung einfache Mittel stand namentlich zu jener Zeit in Ansehen, als die Arbeiterschaft noch jeder Organisation ermangelte und wehrlos der Profitgier des damaligen Unternehmertums ausgeliefert war. Die erschütternden Szenen, die der Leser vielleicht aus Gerhard Hauptmanns Schauspiel „Die Weber“ kennt, sind ein getreues Abbild der Zustände, die in den 30er und 40er Jahren in der Textilindustrie herrschten. Die dramatische Schilderung des Brandes von Uster, welche Jakob Stutz uns hinterlassen hat, hält die Erinnerung an jene unseligen Zeiten fest. Aber seither haben die Dinge sich geändert. Die gewerkschaftliche Organisation macht die Versuche, den Profit auf Kosten des Arbeitslohnes zu steigern, wenn nicht aussichtslos, so doch immer schwieriger.

Das zweite Mittel, die Produktion zu verbilligen, ist die Verlängerung der Arbeitszeit. Auch davon hat das Unternehmertum, namentlich in den Anfängen der Industrie und noch bis in die 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, den rücksichtslosesten Gebrauch gemacht; nach einem treffenden Ausdruck von Marx verlängerte es die Arbeitszeit des Arbeiters auf Kosten seiner Lebensdauer. Ist doch noch im Jahre 1858 in der von der zürcherischen Regierung eingesetzten Kommission für Vorberatung eines Fabrikgesetzes von den Industriellen mit Nachdruck behauptet worden: „Eine 14stündige

Arbeitszeit für Kinder im Alter von 12 bis 16 Jahren ist durchaus angemessen."

Diese Zeiten sind nun freilich vorbei. Das neue Fabrikgesetz sieht den zehnstündigen Maximalarbeitstag vor. Manche Gewerkschaften haben die neunstündige Arbeitszeit erreicht und für einige Arbeitergruppen ist die Forderung des Achtstundentages verwirklicht.

Je weniger gangbar diese beiden Wege — Lohnreduktion und Verlängerung der Arbeitszeit — sich erweisen, desto größere Bedeutung gewinnt das dritte Mittel zur Verbilligung der Produktion: die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Von ihm gilt nicht weniger als von den beiden andern, daß seine Anwendung dem Arbeiter zum Unheil gereicht.

Die Produktivität der Arbeit wird gesteigert durch zweckmäßige Organisation des Arbeitsprozesses und rationelle Verfahren, durch die Vervollkommnung der Maschinerie und die Verdrängung der menschlichen Arbeit durch die Maschine: Vom Standpunkt der Gesellschaft aus ein notwendiger Fortschritt. Aber seine Wirkungen auf die Lage des besitzlosen Lohnarbeiters sind verhängnisvoll; sie bestehen in der Entwertung und Entgeistigung der menschlichen Arbeit. Die Maschine macht die Geschicklichkeit der menschlichen Hand überflüssig und ermöglicht den Ersatz des „gelernten Arbeiters" durch den billigeren, ungelernten Arbeiter, den Handlanger, der sich in wenigen Wochen die paar Griffe anlernt, die zur „Bedienung" der Maschine nötig sind. Sie ermöglicht eine fortschreitende Teilung der Arbeit, so daß die Tätigkeit des Arbeiters immer eintöniger wird; der Zusammenhang der Arbeit mit dem Ergebnis des Arbeitsprozesses wird gelockert und damit der Reiz, der mit der schöpferischen Tätigkeit des Handwerkers verbunden war, zerstört. Durch die Maschine wird aber nicht nur die technische Fertigkeit entbehrlich, sondern — wenigstens im weiten Umfange — auch die menschliche Arbeitskraft. Die wichtigste Kraftquelle ist nicht mehr die Muskelkraft des Menschen, sondern das fließende Wasser und der Dampf. Ueber so viel Kraft, als zur Bedienung der Maschine erforderlich ist, verfügt aber auch die Frau und das Kind. So schafft die Maschine die Möglichkeit, Frauen und Kinder in der Fabrik zu beschäftigen. Nach der letzten Fabrikstatistik (1911) setzte sich die schweizerische Fabrikarbeiterschaft zusammen aus 51,155 jugendlichen Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren, 90,078 Frauen und 187,608 Männern. In der Textilindustrie — also derjenigen Industrie, die sich durch die längste Arbeitszeit und die schlechtesten Löhne auszeichnet — entfielen von den 100,175 Personen, die sie insgesamt beschäftigte (ohne Hausindustrie), 70,480, also mehr als 70 Prozent, auf die Jugendlichen und die Frauen.

Aber nicht nur, daß die Maschine es dem Unternehmer ermöglicht, den gelernten Arbeiter durch den ungelernten, durch Frauen und Kin-

der zu ersetzen, sie macht menschliche Arbeit überhaupt entbehrlich und verdrängt den Arbeiter. So erzeugt der kapitalistische Großbetrieb durch die immer ausgedehntere Verwendung arbeitsparender Maschinen die Arbeitslosigkeit als ständige Erscheinung. Sie wird um so fühlbarer, als gleichzeitig der Zuzug ungelernter Arbeiter mit niedrigen Ansprüchen vom Lande in die Stadt rasch zunimmt und die Verbilligung der Verkehrsmittel die Ansammlung großer Menschenmassen in den Industriezentren erleichtert. Es bildet sich eine industrielle Reservearmee, deren der Kapitalismus mit seiner sprunghaften Entwicklung bedarf. Er beschäftigt sie in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, um sie, wenn die Konjunktur abflaut, auf die Gasse zu stellen. Sie mögen dann selber schauen, wie sie sich, vielleicht mit Hilfe der Wohltätigkeit oder der Armenpflege, durchschlagen, bis das Unternehmertum wieder für sie Verwendung hat.

b) Die Landwirtschaft und die Lage der Bauern.

In der Industrie, im Handel und Verkehrswesen führt die wirtschaftliche Entwicklung zum Sieg des Großbetriebs über die handwerksmäßigen Betriebsformen. Von der Landwirtschaft läßt sich das nicht behaupten. Hier haben sich die Grundbesitzverhältnisse seit einem Jahrhundert wenig verändert. In der Schweiz sind vom gesamten Grund und Boden etwa zwei Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzt. Davon entfällt weitaus der größte Teil auf die kleinen und mittleren Gewerbe. Unterscheiden wir Zwergbetriebe mit nicht mehr als 3 Hektar, kleine Betriebe mit 3 bis 10 Hektar, mittelgroße Betriebe mit 10,1 bis 30 Hektar und große Betriebe mit mehr als 30 Hektar, so erhalten wir, nach der Betriebszählung von 1905, folgende Uebersicht über die Größenklassen:

bis 3 Hektar	100,390 Betriebe	= 40 %
3,1 „ 10 „	101,529 „	= 40 %
10,1 „ 30 „	34,507 „	= 14 %
über 30 „	7,284 „	= 16 %
Total	243,710 Betriebe	= 100%

Dabei ist zu beachten, daß sich von den großen Betrieben mit mehr als 30 Hektar 1744 im Eigentum des Staates oder der Gemeinden befinden und nur 5540 im Privatbesitz. An Zahl fallen sie gegenüber den 200,000 kleinbäuerlichen Betrieben kaum in Betracht.

Unterscheiden wir die landwirtschaftlichen Betriebe danach, ob sie nur vom Eigentümer und seinen Familienangehörigen bewirtschaftet werden oder unter Mithilfe von fremdem Personal, ferner nach der Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen, so erhalten wir wiederum ein Bild, das von demjenigen wesentlich verschieden ist, welches uns die Industrie bietet. Es betrug die Zahl der Betriebe

mit nur 1 darauf tätigen Person	36,526 =	15,9 %
mit 2 bis 3 Personen	130,363 =	53 %
„ 4 „ 5 „	56,062 =	30 %
„ 6 „ 9 „	19,529 =	8 %
„ 10 und mehr Personen	2,546 =	1 %

Im ganzen waren in der Landwirtschaft 745,422 Personen beschäftigt. Nach ihrer sozialen Stellung gruppieren sie sich folgendermaßen: Es waren

Eigentümer und Familienangehörige von solchen	614,710 Personen =	82,4 %
Knechte und Mägde	87,620 „ =	11,8 %
Tagelöhner	43,092 „ =	5,8 %

Die Zahl der Lohnarbeiter ist also viel kleiner als die Zahl der Betriebsinhaber. Die Großzahl aller Betriebe — 153,493 — sind Familienbetriebe.

Diese Zahlen bestätigen im Großen, was uns die persönliche Beobachtung im Kleinen zeigt: daß auch innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung die Wohlstandsverhältnisse Abstufungen aufweisen von drückender Armut bis zum Ueberfluß: hier ein Heer von verschuldeten Kleinbauern, die ausschließlich auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind und vom Kapitalisten gerade so stark — wenn auch auf andere Art — ausgebeutet werden wie der Lohnarbeiter, dort die viel kleinere Schicht der Bauern mit mittlerem und großem Grundbesitz, deren Einkommen nicht bloß im Arbeitslohn, sondern auch in Zins und Rente besteht.

Diese sozialen Unterschiede kommen auch in der Verteilung des Rindviehbestandes auf die einzelnen Betriebe zum Ausdruck. Die letzte Viehzählung vom Jahre 1916 ergab einen Rindviehbestand von 1,615,893 Stück, die sich auf 207,523 Viehbesitzer verteilten. Davon besaßen:

79,472 oder 38,3 %	nur 1 bis 4 Stück Vieh
80,095 oder 38,6 %	5 bis 10 Stück Vieh
47,932 oder 23,1 %	mehr als 10 Stück Vieh

Auf die rund 88,000 Bauern der ersten Klasse entfallen zusammen nur 222,789 Stück Vieh, auf die 38,792 vermöglichen Besitzer dagegen 665,008 Stück.

Wenn nun auch in der Landwirtschaft die Entwicklung nicht zur Vorherrschaft des Großbetriebs und zum Untergang der kleinbäuerlichen Wirtschaft geführt hat, so beweist das durchaus nicht, daß nicht auch hier, wie in der Industrie, der größere Betrieb der rationellere ist: seine technische Ueberlegenheit steht außer allem Zweifel. Daß der Kleinbetrieb sich zu erhalten vermochte, hängt nicht zum kleinsten Teile damit zusammen, daß der bäuerliche Betrieb von der Haushaltung nicht gesondert ist. Dieser Umstand ermöglicht es dem Bauern, die mit der Kleinheit seines Betriebes verbundenen Nachteile bis zu einem gewissen Grade wieder auszugleichen. Er erreicht das namentlich

durch Einschränkung seiner Lebenshaltung, durch lange Arbeitszeit und durch Verwendung der Familienangehörigen an Stelle fremder Arbeitskräfte, ferner durch den Nebenerwerb derselben in der Hausindustrie.

Die Betriebszählung von 1905 ergab für die ganze Schweiz nicht weniger als 70,873 Heimarbeitsstätten mit 92,162 Beschäftigten, die fast ausnahmslos der landwirtschaftlichen Bevölkerung angehören. Von den heutigen abnorm hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte profitiert der Kleinbauer nur in bescheidenem Maße — der Geldstrom, der jetzt aufs Land hinausfließt, versickert in den Taschen der Mittel- und Großbauern. Je ungünstiger das Verhältnis ist zwischen der Warenmasse, die der Bauer kauft, und derjenigen, die er verkauft, desto mehr wird er von der allgemeinen Teuerung betroffen. Nach dem Friedensschlusse werden nicht allzu viel Jahre vergehen, bis auf das jetzige Behagen der Katzenjammer folgt.

Wenn nun auch die Besitzverhältnisse in der bäuerlichen Bevölkerung sich nicht stark verändert haben, so bleibt doch wahr, daß auch die Landwirtschaft in anderen Richtungen durch den Kapitalismus umgewälzt worden ist. Auch sie hat die Wandlung von der Bedarfsdeckungswirtschaft zur Erwerbswirtschaft durchgemacht. Bestand früher der Zweck der bäuerlichen Wirtschaft in der Deckung des eigenen Bedarfs, so produziert sie jetzt vorwiegend zum Zwecke des Verkaufs. Der Bauer führt seine Erzeugnisse auf den Markt, um auf diese Weise die Mittel zu seinem Lebensunterhalt und zur Verzinsung seiner Schulden zu gewinnen. Nun ist er abhängig vom Markt und leidet unter dessen Schwankungen. Infolge der hochentwickelten Verkehrsmittel und der niederen Frachten, auch für überseeische Transporte, findet er in allen Erdteilen Konkurrenten. Diese Konkurrenz nötigte die schweizerische Landwirtschaft, den Körnerbau mehr und mehr einzuschränken und dafür zur intensiveren Milchwirtschaft und in die Viehzucht überzugehen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Schweiz für mehr als 100 Millionen Käse und kondensierte Milch ausführt, andererseits aber ans Ausland für Brotgetreide und Mehl über 200 Millionen bezahlt, also hinsichtlich eines der wichtigsten Nahrungsmittel in eine gefährliche Abhängigkeit vom Ausland geraten ist. Damit änderte sich die Lage des Bauern von Grund aus. Hing früher sein Wohlbefinden ab von hohen Bruttoerträgen, so entscheiden jetzt ausschließlich die Marktpreise über sein Schicksal. So lange der Bauer das, was er und seine Familie an Nahrung und Kleidung, zum Teil auch an Hausrat und Geschirr benötigte, in der eigenen Wirtschaft herstelle, war sein Geldbedarf gering. Vom Ueberfluß der guten Jahre konnte er einen Vorrat häufen für die mageren Zeiten. Jetzt, unter der Herrschaft der Geldwirtschaft, kommt alles auf den Geldertrag an, und es ist möglich, daß der Bauer Not leidet, nicht weil das Jahr schlecht geraten ist, sondern trotz, ja vielleicht gerade wegen seiner reichlichen

Ernte. So bekommt auch der Bauer die Widersprüche des Kapitalismus am eigenen Leibe zu spüren.

Die intensive Wirtschaft, zu der der Bauer übergegangen ist, erfordert ein größeres Betriebskapital, als es früher in der Zeit der Naturalwirtschaft nötig gewesen war. Das führte zu einer Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes, die durch andere Momente noch gesteigert wird. Ueber das Maß dieser Verschuldung sind wir nur sehr ungenügend unterrichtet. Aber sicher ist, daß sie den kleinen, mittellosen Landwirt schwer drückt. Er ist gegenüber dem Kapitalismus in die gleiche Lage gekommen, wie der besitzlose Lohnarbeiter: er wird ausgebeutet gleich diesem. Die Frucht seines Fleißes wird zu einem guten Teile von seinen Gläubigern eingeheimst. Er muß den Ertrag seiner Arbeit vor allem zur Verzinsung seiner Schulden verwenden. Mag er schauen, wie er sich und seine Familie mit dem Rest durchzuschlagen vermag. Nebenverdienst (Hausindustrie), Ueberarbeit, auch von Frau und Kind, ungenügende Ernährung — das sind die Aushilfsmittel, zu denen der Kapitalismus den Bauern nötigt.

---

4. Kapitel.

Die Anarchie im Wirtschaftsleben.

Wenn unser Programm von der Ausbeutung des Lohnarbeiters spricht, so fällt es ihm nicht ein, damit einen persönlichen Vorwurf an die Adresse des einzelnen kapitalistischen Unternehmers zu richten. Der Sinn des Satzes: „Die Monopolisierung der Produktionsmittel in den Händen des Unternehmertums macht den Arbeiter zum Gegenstand der Ausbeutung" ist der, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem auf der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht. Die Ausbeutung würde im ganzen genommen um nichts gemildert, auch wenn das Unternehmertum der gesamten Arbeiterschaft das Wohlwollen bewiese, dessen sich jetzt etwa der Streikbrecher erfreut. Die Kritik des Sozialismus richtet sich nicht gegen den Kapitalisten, sondern gegen den Kapitalismus; nicht gegen die Person, sondern gegen das System, das den Kapitalisten erst erzeugt und seine Existenz an bestimmte Bedingungen knüpft.

Nun kann man den Kapitalismus von zwei Standpunkten aus beurteilen. Der Unternehmer mag sagen: Ich und meine Frau Gemahlin gedeihen bei diesem Wirtschaftssystem ganz vorzüglich, und wir haben deshalb keinen Grund, eine Veränderung zu wünschen, worüber denn auch weiter nichts zu sagen ist. Man kann sich aber auch auf den

Standpunkt der Gesellschaft stellen, und dann lautet die Frage so: Wie erfüllt der Kapitalismus seine sozialen Funktionen? Verschafft er der Nation dasjenige Maß von gesichertem Wohlstand, das der Stand der Technik und die Fruchtbarkeit des Bodens ermöglicht?

Wenn die Bourgeoisie die sozialistische Bewegung bekämpft, so tut sie es natürlich mit dem Anspruch, daß der Kapitalismus nicht etwa nur vom Standpunkt des Kapitalisten, sondern auch vom Standpunkt der Gesamtheit aus einer sozialistischen oder genossenschaftlichen Organisation überlegen sei. Wie es sich mit dieser Ueberlegenheit verhält, davon wissen unsere fünfhunderttausend Proletarier, wissen die Schuldenbauern und ruinierten Kleinmeister ein Liedlein zu singen.

Nein, der Kapitalismus hat sich unfähig erwiesen, für eine geordnete Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft zu sorgen. Er hat Widersprüche gezeitigt, unter denen der größere Teil des Volkes auf das schwerste leidet; Widersprüche, welche sogar die Existenz eines Teiles der Kapitalisten stetsfort bedrohen.

Der Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit besteht im letzten Grunde darin, uns mit den tausendfältigen Dingen zu versehen, deren Leib und Seele, Kind, Mann und Greis bedarf. Heute geschieht die Verteilung all dieser Güter fast ausschließlich auf dem Wege des Kaufes und Verkaufes. Der eine verkauft seine Arbeitskraft, der andere verkauft Waren, beide, um mit dem Erlös ihre Bedürfnisse, so gut oder so schlecht es geht, zu befriedigen. Voraussetzung eines geordneten Ganges des Wirtschaftslebens ist, daß alle notwendigen Güter in ausreichender Menge hergestellt und auf den Markt gebracht werden. Das Zuviel ist ebenso vom Uebel, wie das Zuwenig; das eine wie das andere führt zu Störungen, unter denen das Volk aufs schwerste leidet. Bleibt das Angebot hinter dem Bedarf zurück, so besteht die Folge in einer Preissteigerung, die den Aermeren, und das heißt die größere Hälfte des Volkes, zu Einschränkungen und Entbehrungen nötigt. Und wenn die Produktion den Bedarf übersteigt, so daß ein Teil der Waren keine Käufer findet, so treten Stockungen im Handel und Wandel ein, von denen wiederum der Lohnarbeiter betroffen wird.

Nun sehen wir aber, daß der Kapitalismus in diesem bedeutsamen Punkt mehr und mehr versagt. Nach seinem innersten Wesen ist er nicht imstande, diese erste Voraussetzung einer geordneten Wirtschaft zu erfüllen. Das hat im wesentlichen zwei Ursachen.

Zunächst hängt es damit zusammen, daß sich der Markt, das Absatzgebiet, allmählich so sehr erweitert hat, daß ein Ueberblick über dasselbe nicht mehr möglich ist. Die Faktoren, nach denen der einzelne Unternehmer sich sollte richten können — Größe der Warenvorräte, Kaufkraft der Konsumenten, Ernteerträgnisse usw. — entziehen sich mehr und mehr seiner Kenntnis. Im Jahre 1918 belief sich der Wert der aus der Schweiz ausgeführten Waren auf zirka 1963 Millionen Franken. Davon gingen für 1109 Millionen Franken Waren nach den vier Grenz-

ländern, für 268 Millionen Franken nach England, für 5 Millionen Franken nach Rußland, für 54 Millionen Franken nach Spanien, für 165 Millionen Franken nach Amerika.

Wie die Schwierigkeit, all diese Absatzgebiete zu erhalten, wächst, so ist auch unsere schweizerische Volkswirtschaft immer häufigeren Störungen ausgesetzt. Es hat nicht erst des Weltkrieges bedurft, um uns darüber aufzuklären.

Die andere Quelle der Störungen unseres Wirtschaftslebens bildet das Bedürfnis des Kapitalismus nach Ausdehnung und Steigerung der Produktion. Von den Ursachen derselben haben wir oben schon gesprochen, und als solche kennen gelernt die Konkurrenz, durch welche die Unternehmer sich gegenseitig zwingen, in immer größerem Maße zu produzieren, um die Produktion zu verbilligen und den Absatz zu steigern. Nun lassen sich aber die Absatzgebiete nicht ins Ungemessene ausdehnen. Und so weit sie einer Erweiterung fähig sind, hält die letztere mit der stetigen Ausdehnung und Steigerung der Produktion nicht Schritt. Länder, die bisher auf unsere Produkte angewiesen waren, entwickeln sich zu Industriestaaten und fangen an, ihren Bedarf selbst zu decken; ja selbst zu exportieren. Unsere einheimischen Kapitalisten legen ihr Geld in auswärtigen Ländern an, oder errichten dort Unternehmungen, fördern so die kapitalistische Entwicklung und ziehen die Konkurrenten groß, die unserer Industrie die alten Absatzgebiete verengern. So wird die Gefahr, der Konkurrenz zu unterliegen und vom Markte verdrängt zu werden, stets drohender. Wie kann der Unternehmer ihr begegnen? Am sichersten dadurch, daß er die Produktion noch mehr verbilligt und ausdehnt, um die Konkurrenz auszuhalten und wenn möglich zu unterbieten. Das Mittel hierzu ist die Verbesserung und umfassendere Anwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen. Nur schade, daß der Konkurrent dieselben Anstrengungen macht und mit den gleichen Mitteln seinen Platz zu behalten und den andern zu überflügeln sucht. So entbrennt der wirtschaftliche Kampf immer von neuem, und die Machtmittel, die er erfordert, wachsen ins Riesenhafte. Schließlich verliert das Unternehmertum jede Herrschaft über die Produktionsmittel und die Produktion. Von einer planmäßigen Leitung, von einer Anpassung der wirtschaftlichen Tätigkeit an den gesellschaftlichen Bedarf ist keine Rede. Jeder Unternehmer wirtschaftet drauf los, nur auf das Eine bedacht, sein Kapital mit Profit umzusetzen. Steigt auf irgend einem Gebiete die Nachfrage, so wirft sich sofort das Kapital auf diesen Industriezweig, um die Konjunktur auszunützen. Die industrielle „Reservearmee", die jederzeit vorhandenen Arbeitslosen, die modernen Verkehrsmittel und der hohe Stand der Technik machen es möglich, in kürzester Zeit neue Unternehmungen zu gründen oder alte zu erweitern. Die unausbleibliche Folge ist eine Ueberproduktion. Der Markt ist mit Waren überfüllt, die keine Abnehmer finden. Die geschäftliche Tätigkeit kommt ins Stocken, die Fabriken sind genötigt, ihren Betrieb einzu-

schränken; andere Industriezweige werden in Mitleidenschaft gezogen, das ganze wirtschaftliche Leben ist gestört und unterbunden. Die Krise ist da mit all ihren Begleiterscheinungen: Massenentlassungen, Verdienstlosigkeit, Bankrotte, Bevölkerungsrückgang, Zunahme von Elend und Not in allen Formen.

Wahrhaftig, eine verhexte Welt! Die ganze Gesellschaft leidet — aber sie leidet nicht an Mangel, sondern an Ueberfluß; sie erstickt in ihrem eigenen Fett. Alles ist vorhanden, was die leibliche Notdurft erfordert, was zu geordneter wirtschaftlicher Tätigkeit nötig ist. Es fehlt nicht an Menschen, die durch ihrer Hände Arbeit ihren Unterhalt verdienen möchten; es fehlt nicht an Maschinen und Rohstoffen, die der Verarbeitung harren; es fehlt in den Verkaufsmagazinen nicht an Kleidern und Nahrungsmitteln, an denen viele Tausende Mangel leiden: aber diese Dinge kommen nicht zusammen. Es ist, wie wenn eine unsichtbare, geheimnisvolle Macht zwischen ihnen stände und hinderte, daß das, was zusammengehört, sich findet! Wir kennen des Rätsels Lösung; sie liegt darin, daß die Produktionsmittel Eigentum der Kapitalisten sind. Der Zweck der kapitalistischen Unternehmung ist die Erzielung von Profit. Der Unternehmer darf, will er sich nicht ruinieren, seine Produktionsmittel nur in Tätigkeit setzen, wenn er Aussicht hat, seine Waren zu verkaufen. Der Bedarf an sich, und mag er noch so groß und dringend sein, ist nicht imstande, der Maschine über den toten Punkt hinwegzuhelfen.

Allmählich löst sich der Bann, in dem Handel und Verkehr erstarrt war. Durch die Krise wird auf gewaltsame Weise und mit großen Opfern das Angebot mit der Nachfrage wieder in Einklang gebracht, die wirtschaftliche Tätigkeit dem gesellschaftlichen Bedarf wieder angepaßt. Nicht auf lange. Der wirtschaftliche Aufschwung, der sich anbahnt, erzeugt mit Notwendigkeit die Bedingungen eines neuen Krachs. Aber die Situation hat sich mittlerweilen verändert. Hunderte von kleinen Unternehmungen sind ruiniert, vom Großbetrieb aufgesogen oder in seine Abhängigkeit geraten. In den neu ausbrechenden Kämpfen stehen sich nur noch gewaltigere Gegner gegenüber, die Wirkungen des nächsten Krachs drohen noch verderblichere zu werden.

Neben den großen Handelskrisen, welche ganze Länder und Erdteile erschüttern, gehen Krisen in einzelnen Industriezweigen einher und Schwankungen in den Absatzverhältnissen, mit oft ebenso verderblichen Folgen. Alle unsere Exportindustrien wissen davon zu erzählen. Vor allem die Stickerei- und die Uhrenindustrie, in denen regelmäßig Zeiten des Aufschwungs von Stockungen abgelöst werden, die Tausende um ihren Verdienst bringen. Der Wert der Ausfuhr in der Stickerei schwankte in den Jahren von 1897 bis 1912 zwischen 80 und 210 Millionen Franken. Die Ausfuhr silberner Taschenuhren nach England ging in der Zeit von 1901 bis 1904 von 12 Millionen auf 3½ Millionen zurück.

Zu wiederholten Malen erhielt die Bevölkerung der Stadt Zürich einen sehr anschaulichen Unterricht über Wesen und Verlauf einer lokalen Krisis auf dem Wohnungsmarkt.

Von 1893 bis 1896 hatte die Einwohnerzahl Zürichs rapid zugenommen und sich alljährlich um etwa 12,000 vermehrt. Dadurch war die Bautätigkeit stark angeregt worden. Die Liegenschaftenpreise gingen in die Höhe und weite Kreise der Bevölkerung wurden vom Spekulationsfieber erfaßt. In ruhigen Zeiten hatte sich der Umsatz an städtischen Liegenschaften auf 60 bis 70 Millionen Franken pro Jahr belaufen. Im Jahre 1895 aber wurden für 228 Millionen Franken Liegenschaften verkauft! Bevor der Bau- und Kaufschwindel auf seinem Höhepunkt angelangt war, machten sich schon die ersten Anzeichen der nahenden Krise bemerkbar. Die Bevölkerungsvermehrung, die im Jahre 1896 12,000 betragen hatte, belief sich im Jahre 1897 noch auf 6433, im Jahre 1899 nur noch auf 1068 und in den beiden folgenden Jahren ging die Einwohnerzahl um 2700 zurück. Die Spekulation vermochte sich aber den veränderten Verhältnissen nicht anzupassen, und so kam es, daß im Jahre 1900 an die 2000 Wohnungen leer standen. Erst als die Ueberproduktion diesen Grad erreicht hatte, kam die Bautätigkeit ins Stocken. Die Krisis im Baugewerbe hatte die verderblichsten Rückwirkungen auf das ganze wirtschaftliche Leben. Ein Konkurs reihte sich an den andern. Während früher nur für etwa eine Million Franken Liegenschaften jährlich auf die Zwangsversteigerung gekommen waren, wurden im Jahre 1900 für 26 Millionen Franken Liegenschaften versteigert. Am schwersten litten die Arbeiter, diejenigen, die von den voraufgegangenen fetten Jahren am wenigsten zu spüren bekommen hatten. Nach 1900 setzte der neue industrielle Aufschwung ein. Die Bevölkerung wuchs wieder an. Aber das Kapital wendete sich andern Erwerbszweigen zu und verspürte zunächst wenig Lust, sich am Baugeschäft, an dem es sich soeben die Finger verbrannt hatte, zu beteiligen. So kam es, daß der frühere Wohnungsüberfluß durch eine starke Wohnungsnot abgelöst wurde. In den drei Jahren 1895, 1896 und 1897 waren für 1139 neue Gebäude Bezugsbewilligungen erteilt worden, in den drei Jahren 1902, 1903 und 1904 nur für 275. Die Folge war eine starke Nachfrage nach Wohnungen. Die Hausagrarier aber machten sich die Situation zunutze und steigerten die Mietzinse um 10, 20 und mehr Prozent, so daß die Zürcher jährlich etwa 2 Millionen Franken mehr Mietzins zu bezahlen hatten als kurze Zeit zuvor. Jahre vergingen, bis auf dem Wohnungsmarkt normale Verhältnisse zurückkehrten und Nachfrage und Angebot ins Gleichgewicht kamen. Aber gegenwärtig ist es wieder in der empfindlichsten Weise gestört. Seit 1914 ist die Bautätigkeit völlig ins Stocken geraten, während der jährliche Mehrbedarf sich durchschnittlich auf etwa 1000 Wohnungen beläuft, sind in den drei Jahren 1916, 1917 und 1918 zusammen nur 381 Häuser mit 1250 Wohnungen erstellt worden. Hätte die Stadt nicht mit einem Kosten-

aufwand von mehr als 14 Millionen ein paar hundert Wohnungen gebaut, so wären ebensoviele Familien obdachlos geblieben.

Kartell und Trust.

Nun machen die Unternehmer der verschiedensten Industriezweige Anstrengungen, den ihnen nachteiligen Folgen dieser Anarchie unseres Wirtschaftslebens dadurch zu begegnen, daß sie die Konkurrenz einschränken oder beseitigen. Dahin gehören zunächst die Vereinbarungen über die Preise. Statt sich gegenseitig zu unterbieten, einigen sich die Unternehmer über die Höhe der Preise. Heute sind es die Buchdrucker, morgen die Bäcker, Metzger und Milchhändler, übermorgen die Schuhmacher und Maler, die dem tit. Publikum zu Stadt und Land mitteilen, daß sie sich genötigt sehen, die Preise um 5 oder 10 Prozent zu erhöhen. Wichtiger sind jene Unternehmerverbände, die den Zweck verfolgen, nicht nur die Preise zu normieren, sondern die ganze Produktion zu regulieren und sie dem Bedarf anzupassen. Beispiele für solche „Ringbildungen" bietet uns die Schweiz schon in großer Zahl. Eine noch höhere Stufe der Organisation stellt der Trust dar: Die Verschmelzung der einzelnen Unternehmungen in einen Riesenbetrieb, wie ihn der berüchtigte amerikanische Standart-Oil-Trust darstellt, oder der amerikanische Stahl-Trust, der ein paar hunderttausend Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Zweck aller dieser Kartelle ist der, den Fall der Profitrate aufzuhalten und den Unternehmerprofit zu steigern. Das kann nun allerdings nicht nur geschehen durch Preiserhöhungen, sondern durch die Erzielung von Ersparnissen, die Verbilligung der Produktion, die Sicherung des Absatzes usw.

Aber das Kartell wird den Konsumenten an den Vorteilen, welche die Regulierung der Produktion mit sich bringt, nur so weit teilnehmen lassen, als es durch die Konkurrenz dazu gezwungen wird oder sein Interesse an der Steigerng des Absatzes dazu rät. Im einen wie im andern Falle erreicht das Kartell seinen Zweck: die Erhöhung seines Anteils am Mehrwert, nur auf Kosten des Konsumenten.

Dazu kommt aber noch ein anderes: Die Kartellierung bedeutet großkapitalistische Entwicklung. Wie sie auf der einen Seite den Untergang des Kleinbetriebes beschleunigt, so stärkt sie die Macht des Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft. Und da in der kartellierten Industrie die Versachlichung des ganzen Produktionsprozesses, die Ausschaltung der persönlichen Beziehungen und des persönlichen Verantwortungsgefühles weitere Fortschritte macht, wird das Kartell von seinen Machtmitteln einen noch viel rücksichtsloseren Gebrauch gegen die Arbeiter machen als der einzelne Unternehmer.

So sehen wir, daß durch die Kartelle die Widersprüche und Interessengegensätze, welche die kapitalistische Wirtschaft erzeugt, noch mehr verschärft werden. Sie lösen zeitweilig die Konflikte zwischen den Unternehmern einzelner Industrien und einzelner Gebiete, um dafür auf

höherer Stufe der kapitalistischen Entwicklung neuen Konfliktne zu rufen und die Kluft zwischen Lohnarbeiter und kapitalistischem Unternehmer noch mehr zu vertiefen.

---

5. Kapitel.

Der Kapitalismus als kulturfeindliche Macht.

Von keiner Seite ist vielleicht die große geschichtliche Aufgabe des Kapitalismus so klar erkannt worden, wie von Seite des Sozialismus. Wir verdanken ihm die Entfaltung ungeheurer Produktivkräfte und eine Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, wie sie kein anderes Zeitalter kennt. Der Leser denke an die unabsehbare Summe von Arbeit, die sich in den Eisenbahnen, in den Fabrikanlagen, in Kraft- und Arbeitsmaschinen, in den Wasser- und Elektrizitätswerken, in unsern öffentlichen und privaten Gebäuden, in den Beleuchtungsanstalten, in unsern Wasserversorgungen, in Krankenhäusern, in Kunstsammlungen und Bibliotheken verkörpert. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die materielle und geistige Kultur zu verfeinern und zu verbreitern, die reichen Schatzkammern der Kunst und Wissenschaft allen zu öffnen; die Möglichkeit, dem Leben noch einen andern, reicheren Inhalt zu geben, als den Kampf ums nackte Dasein; die Möglichkeit, tausend harte Notwendigkeiten abzuschütteln, die uns heute noch drücken und erniedrigen. Aber doch nur die Möglichkeit — weiter bringt uns der Kapitalismus nicht. Das Mögliche zum Wirklichen zu gestalten, ist er nicht imstande. Ein großer Teil des Volkes führt inmitten des gesellschaftlichen Reichtums sein kümmerliches, nur an Sorgen reiches Dasein. Von der Unsicherheit der Existenz werden nicht nur die Armen, sondern weite Schichten der Begüterten bedroht. Die Klassengegensätze, die der Kapitalismus schafft, führen zur Erbitterung und vergiften das öffentliche Leben, wie anderseits die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes uns einseitig macht und uns vielen Gebieten entfremdet, auf denen reiche Schätze ungenützt verderben. Eine große Summe guten Willens, den sozialen Schäden zu wehren, die der Kapitalismus in seinem Gefolge hat, bleibt unbelohnt. Tausende von wohlmeinenden Menschen setzen ihr Bestes daran, um zu helfen und zu heilen. Aber der Aufrichtige und Wahrheitsmutige kann es sich nicht verhehlen, daß auf dem Boden des Kapitalismus keine jener Unheilsquellen sich zuschütten läßt. Das gilt von den großen Problemen wie von den kleinen, an denen die bürgerliche Gesellschaft sich abmüht; es gilt von den Problemen der Erziehung und der sexuellen Hygiene, von der Volksernährung, von der Bekämpfung der Armut, des Verbrecher-

tums, der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten, von der künstlerischen Bildung, vom Kampf gegen die Tuberkulose, von der Sorge für gesunde Wohnung, für Wöchnerinnen und Neugeborene. Was hier und was dort erreicht worden ist, mag wohl dem zur Befriedigung gereichen, der dabei mitgearbeitet hat. Aber all diese Erfolge sind und bleiben dürftig, sobald wir sie messen an dem, was sich beim heutigen Stande der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung erreichen ließe, wenn die Früchte dieser Entwicklung für das ganze Volk nutzbar gemacht wären.

Und nicht nur das: Der Kapitalismus ist beim heutigen Stande seiner Entwicklung ein Hindernis des wirtschaftlichen Fortschrittes, damit aber auch ein Hindernis der Kultur geworden. Die Produktionsmittel haben einen Umfang angenommen, daß der private Unternehmer sie nicht mehr zu meistern und zu leiten vermag. Eine zweck- und planmäßige Verwendung derselben ist zur Unmöglichkeit geworden. Der sprunghafte Gang des Wirtschaftslebens hängt von Momenten ab, die dem Einfluß des einzelnen Unternehmers völlig entzogen sind. Die Verhältnisse des Weltmarktes treten ihm als eine Schicksalsmacht entgegen, die kein Fleiß und keine List bezwingt. Handel und Verkehr wird immer mehr zur Spekulation. Heute werden alle Kräfte aufs äußerste angespannt, um eine Konjunktur auszunützen; morgen folgen Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen. Eine Unsumme motorischer Kräfte liegt brach. Die Fähigkeiten von Tausenden bleiben ungenützt. Rückständige, unwirtschaftliche Betriebsmethoden werden oft auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter beibehalten. Der Zwischenhandel verteuert die Waren. Und die Konkurrenz nötigt zu Auslagen für Reklame und Kundenfang, die sich alljährlich in die vielen Millionen belaufen.

Die Macht, die sich gegen den Kapitalismus erhoben hat, ist der Selbsterhaltungstrieb der von ihm ausgebeuteten Massen. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist eine Kulturbewegung erster Ordnung; er leitet einen der großen Wendepunkte in der Geschichte der Menschheit ein. Daß diejenigen, die am Fortbestande der kapitalistischen Bewegung interessiert sind, das leugnen, und nicht imstande sind, „im Widerwärtigen große Züge“ zu erkennen, ist menschlich und begreiflich. Aber um in der Arbeiterbewegung nichts anderes zu sehen, als das Werk einiger Hetzer und die Ausschreitung einer irregeleiteten Masse, muß man schon von allen guten Geistern verlassen sein.

Nicht die Tatsache wird dem Kulturhistoriker einer späteren Zeit der Erklärung bedürftig erscheinen, daß die Arbeiterschaft auf dem „Irrweg“ des Sozialismus ihr Heil suchte; vielmehr wird die Beantwortung der andern Frage ihm Schwierigkeiten bereiten: warum erst nach so langen Kämpfen das ganze Volk sich auf dem Boden des Sozialismus gefunden hat.

II. Teil.

Die sozialistische Gesellschaft.

Ein großer Vorsatz scheint im Anfang toll

„Manches können wir nicht versteh'n."
Lebt nur fort, es wird schon geh'n.

Göthe.

1. Kapitel.

Die Grundgedanken des Sozialismus.

a) Die Fragestellung und das Problem.

Was unserer Zeit ihr besonderes Gepräge gibt, ja recht eigentlich den Inhalt der Epoche ausmacht, die sich an das siegreiche Vordringen der Demokratie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts anschloß, das ist die Entwicklung zum Sozialismus. Es mag befremden und ist doch nicht schwer zu erklären, daß es dennoch kaum ein Gebiet gibt, auf dem sonst wohl unterrichtete Leute sich so schwer zurecht finden wie auf dem der sozialen Bewegung. Ist die Politik an sich schon die eigentliche Domäne des Dilettantismus, so verliert sich gegenüber dem Sozialismus erst recht das Gefühl, daß er ein geschichtliches Problem erster Ordnung darstellt, welches mit Fleiß und Respekt ergründet sein will. Gesellt sich dann zu dieser naiven Unkenntnis noch die im bürgerlichen Klasseninteresse wurzelnde Voreingenommenheit, so ergibt sich ein Gedankenbild, dessen Absurdität nicht leicht übertroffen werden kann: Die Vorstellungen Zuchthausstaat, Revolution, Schlaraffentum, Gleichheitsfanatismus, Vielweiberei fließen darin zu einem wüsten Durcheinander zusammen.

Aber auch wer versucht, ein unbefangeneres Verhältnis zum Sozialismus zu gewinnen, gerät leicht schon nach den ersten Schritten in eine Wirrnis. Er erschwert sich das Verständnis durch die Vorstellung, daß der Sozialismus, wenn nicht ein bloßes Hirngespinnst, so doch eine Idee sei, die außer allem Zusammenhang stehe sowohl mit der geschichtlichen Erfahrung wie mit der Eigenart menschlichen Wesens. So wird dem Betrachter der Sozialismus leicht zu einem willkürlichen, von der Phantasie aufgeputzten Gedankenbild, daß nach seiner Meinung nur auf einer Welt Realität gewinnen kann, die von Menschen mit anderer

Denk- und Empfindungsweise bewohnt ist. Er drückt das trivial so aus: Da müßten die Menschen zuerst Engel werden.

So verständnislos wie dem Sozialismus steht die Bourgeoisie freilich auch dem Kapitalismus, also demjenigen Wirtschaftssystem gegenüber, dessen Träger und Geschöpf sie ist. Der gleiche weise Kritiker, der das sozialistische Programm als unhistorisch und willkürlich verwirft, hat doch wieder keine Ahnung von der historischen Bedingtheit des Kapitalismus: Die kapitalistische Wirtschaft ist in seinen Augen die einzig „vernünftige" Wirtschaftsform; der kapitalistische Staat der „natürliche" Staat; das kapitalistische Eigentum bildet einen Bestandteil der „ewigen sittlichen Weltordnung" und entspricht „der menschlichen Natur", wie der Angehörige der freisinnig-demokratischen Partei für ihn der Normalbürger und das Maß aller Dinge ist. Daß aber der Kapitalismus nur geschichtlich verstanden werden kann, daß ihm *andere* Wirtschaftssysteme vorausgegangen sind, daß jedes dieser Wirtschaftssysteme eine ihm eigentümliche Kultur und Weltanschauung, eine besondere soziale Schichtung und Machtverteilung erzeugt hat — das bleibt dem Manne, der voll Ueberlegenheit über den „Allerweltsozialismus" aburteilt, bis an sein seliges Ende ein düsteres Geheimnis.

*

Versuchen wir, das Problem des Sozialismus auf seinen allgemeinsten Ausdruck zu bringen.

Alle wirtschaftliche Tätigkeit, wie immer sie geartet und organisiert sein mag, *dient letzten Endes zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse*. Von den Dingen, welche die Natur uns bietet, können die wenigsten in der Form und der Beschaffenheit verwendet werden, in welcher der Mensch sie vorfindet; sie bedürfen vorerst der Bearbeitung oder Verarbeitung: Das Korn wird in Mehl, das Mehl in Teig und Brot gewandelt; aus der Baumwolle stellen wir das Gespinnst, aus diesem den Stoff und das Kleid her. Nun sind aber die Gegenstände unseres täglichen Bedarfes viel zu mannigfaltig, als daß jeder sich — auch wenn ihm die technischen Einrichtungen zu Gebote stünden — alle Fertigkeiten aneignen könnte, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind. Andererseits finden wir nicht alles, was wir zum Leben bedürfen, in unserer Umgebung und manches kann unter andern klimatischen Verhältnissen besser oder billiger hergestellt werden als bei uns. Daraus ergibt sich eine fortschreitende Arbeitsteilung und Hand in Hand damit ein Güteraustausch, anfänglich nur zwischen den Angehörigen desselben engen Wirtschaftsgebietes, dann aber, dank der Vervollkommnung der Verkehrsmittel, zwischen allen Nationen und Erdteilen. An der Erzeugung der Bedarfsgüter, welche auch im aller-

bescheidensten Haushalt verzehrt werden, — Kaffee, Mehl, Baumwolle, Petroleum, Kohle — sind die entferntesten Länder beteiligt. So werden die Einzelnen wie die Völker immer mehr auf einander angewiesen; auch die Schweiz ist durch ein dichtes Netz von Beziehungen nicht nur mit ihren Nachbarstaaten, sondern mit fast allen Ländern der Erde verknüpft.

Die Art, wie diese tausendfältigen Güter hergestellt werden, und die Art ihrer Verwertung — die Betriebsformen und die Wirtschaftssysteme — haben im Laufe der Zeiten starke Wandlungen durchgemacht. Bis zum Anfang des letzten Jahrhunderts ging fast alles, was das Volk zum Leben brauchte, aus der Werkstatt des kleinen Handwerkers hervor. Heute wird das wirtschaftliche Leben vom fabrikmäßigen Großbetrieb und von allmächtigen Handelsbanken beherrscht. Gab früher das Handwerk der ganzen Zeit ihr Gepräge, so ist es heute der Kapitalismus, der dem Staat und der Gesellschaft seinen Stempel aufdrückt.

Der Entscheid darüber, welche Güter und in welcher Menge sie hergestellt werden sollen, liegt — wenn wir von den staatlichen und Gemeindebetrieben absehen — ausschließlich in der Hand der einzelnen Unternehmer und der Direktoren der Aktiengesellschaften und Banken. Sie bestimmen, was produziert werden soll, sie erstellen neue Fabrikanlagen, kaufen das Rohmaterial und schließen die Lieferungsverträge ab.

Das Fatale ist aber nun, daß, was von der Volkswirtschaft als solcher gilt, nicht auch zutrifft auf die einzelnen kapitalistischen Unternehmer. Das Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit im ganzen besteht darin, dem Volke alles zum Leben Nötige zu liefern. Der Zweck jedoch, den die Kapitalisten im Auge haben, der einzig und allein für ihre Entschließungen und Anordnungen maßgebend ist, ist ein ganz anderer: sie wollen Profit machen, wollen verdienen. Wie sie dieses Ziel erreichen, ist für das Gedeihen der kapitalistischen Unternehmung völlig gleichgültig: Ob sie den einheimischen Markt oder die Zulukaffern in Afrika mit Waren versieht, ob sie Klaviere herstellt oder Schwefelsäure, Heiligenbilder oder Eismaschinen, Qualitätswaren oder Schundartikel, Dinge, an denen das Volk Mangel leidet oder die nur dem Luxusbedürfnis reicher Nichtstuer dienen: das alles ist für die Prosperität der Industrie an sich belanglos. Die kapitalistische Unternehmung ist lebensfähig, so lange das Geschäft rentiert, auch wenn sie die geringwertigsten Artikel auf den Markt bringt. Und sie geht unrettbar zugrunde, mag sie auch die nützlichsten Dinge erzeugen, wenn sie nicht mit Profit arbeitet.

Dabei gehen die Unternehmer nicht etwa nach einem gemeinsamen Plane vor. Umgekehrt: sie stehen sich als feindliche Konkurrenten gegen-

über. Jeder fühlt sich vom andern bedroht, und jeder versucht, den andern mit mehr oder weniger loyalen Mitteln aus dem Felde zu schlagen, sein eigenes Absatzgebiet und seinen Kundenkreis auszudehnen. So erhält man das Bild von zahlreichen Unternehmern und Unternehmergruppen mit gegensätzlichen Interessen, die selbständig und unabhängig von einander ihrem privaten Vorteil nachjagen.

Allein durch alle diese Erscheinungen dürfen wir uns nie die Tatsache verdunkeln lassen: daß der letzte Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit nicht der Profit des kapitalistischen Unternehmers ist, sondern die Versorgung des Volkes mit den Gegenständen, deren es zur Befriedigung seiner geistigen und leiblichen Bedürfnisse bedarf. Mögen auch die einzelnen Kapitalisten sich fühlen „als unabhängige Warenproduzenten, die keine andere Autorität anerkennen als die der Konkurrenz" — vom Standpunkt des ganzen Volkes aus gesehen haben sie eine gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Und der Kapitalismus — wie jedes andere Wirtschaftssystem — kann seine Rechtfertigung nur darin suchen und finden, daß er die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, das heißt das ganze Volk mit den nötigen Bedarfsgütern so reichlich zu versehen vermag, als das im gegbenen Zeitpunkt die Fruchtbarkeit des Bodens und der Stand der Technik ermöglichen.

Der Schweizerische Handels- und Industrieverein gibt alljährlich einen Bericht heraus, aus dem wir erfahren, wie sich das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Unternehmer bewährt hat: will sagen, ob und welche Profite in den verschiedenen Industriezweigen erzielt worden sind. Eine ganz andere und unendlich viel wichtigere Frage ist die: wie sich das Schicksal des ganzen Volkes unter der Herrschaft des Kapitalismus gestaltet hat; wie die „Gewinn- und Verlustrechnung" für die Gesellschaft als solche, und nicht nur für ein paar tausend Unternehmer abschließt. Die Antwort auf diese Frage ist selbstverständlich nicht in dem Nachweis enthalten, daß im letzten Jahre niemand vor Hunger gestorben oder im Winter erfroren ist; daß sich die Zahl der Kinderkrippen um ein Dutzend vermehrt hat und daß zehn neue Suppenanstalten gegründet worden sind. Und ebenso wenig kann sich der Kapitalismus mit der Feststellung verantworten, daß der Arbeiter heute sein Zimmer nicht mehr mit Unschlittkerzen beleuchtet, daß die tägliche Arbeitszeit nicht mehr zwölf Stunden beträgt und daß er sich besser ernährt als sein Vater und Großvater.

Nicht um den Vergleich mit der Vergangenheit handelt es sich, sondern darum, ob der Kapitalismus das ganze Volk zu dem Maß von Wohlstand, Gesittung und Freiheit hat gelangen lassen, das nach dem gesellschaftlichen Reichtum und den technischen Hilfsmitteln heute als möglich erscheint.

Und daß das nicht der Fall ist, werden auch die Kostgänger des Kapitalismus nicht leugnen. Das Bild, das uns die Wirklichkeit heute bietet, müßte unsere Volksgenossen jeden Morgen von neuem mit Entsetzen und brennender Scham erfüllen, wäre unser Empfinden nicht durch die Gewohnheit abgestumpft.

Welcher Anblick bietet sich uns, wohin immer wir unsern Blick richten?

Auf der einen Seite: ein fast ins Unermeßliche gesteigerter gesellschaftlicher Reichtum, Kraftwerke, die der Industrie und der Landwirtschaft Treibkräfte in jedem verlangten Maß zu liefern vermögen; Arbeitsmaschinen, die die Produktivität der Arbeit in ungeahnter Weise steigerten und mit nimmermüden eisernen Armen die gröbste wie die feinste Arbeit verrichten; ein Boden, dessen Fruchtbarkeit sich nicht nur verdoppelt, sondern verdrei- und vervierfacht hat.

Und auf der andern Seite: ein in Klassen gespaltenes gehetztes und verhetztes Volk, in dem hier die Sucht nach Reichtum, dort der harte Kampf ums nackte Dasein das Beste im Menschen ertötet oder doch zum Schweigen bringt, schmutziges Elend und schmutziger Reichtum; Unternehmer und Handwerker, denen stets die Konkurrenz im Nacken sitzt und die Gefahr droht, durch die Störungen im Wirtschaftsleben ruiniert zu werden, Hunderttausende von Lohnarbeitern und Kleinbauern, die durch die schwere Fronde eines ganzen Lebens sich von Sorgen und Nöten nicht loszukaufen vermögen; ungezählte Mütter, die im Kampf mit häuslichen Sorgen vor der Zeit verblühen, junge Frauen, die ihren Leib verkaufen, Kinder, die um das Glück einer sorglosen Jugend betrogen werden —. Das ist das Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung in den letzten hundert Jahren.

Wir verkennen nicht, daß viel Wohlwollen am Werke ist, die Wunden zu heilen, die der Kapitalismus dem Volke schlägt. Aber die „soziale Hilfstätigkeit“, in der dies Wohlwollen sich vertut, gelangt nirgends an die Wurzeln und ist nie imstande, die Quellen des Elends zu verschütten. So viel Not im einzelnen Falle beseitigt werden kann: an der Lage des Volkes im ganzen wird dadurch nichts geändert.

Die Frage, die uns auf der Seele brennt und Antwort heischt, lautet so: ob es nicht möglich ist, durch eine a n d e r e O r g a n i s a t i o n d e s w i r t s c h a f t l i c h e n L e b e n s den unheilvollen Widerspruch zu beseitigen, an dem es heute krankt? Ob es nicht in unserer Macht liegt, die wirtschaftliche Tätigkeit ihrem eigentlichen und letzten Zweck, der Versorgung des Volkes mit Bedarfsgütern, besser anzupassen und dienstbar zu machen?

Erinnern wir uns: Der Kapitalismus ist nicht die „natürliche“, ein für allemal gegebene Wirtschaftsordnung. Seine Anfänge reichen nur wenig mehr als hundert Jahre, in die Zeit unserer Großväter zurück, die unter ganz andern wirtschaftlichen Verhältnissen herangewachsen sind.

Und auf der andern Seite kann uns nicht entgehen, daß der Kapitalismus heute schon nicht mehr unbeschränkt herrscht: seine Unfähigkeit, den Anforderungen der Gesamtheit zu genügen, bildete den Grund, daß schon heute, im bürgerlichen Staat, die Befriedigung wichtiger gesellschaftlicher Bedürfnisse der „freien Konkurrenz" entzogen und zur Aufgabe des Staates und der Gemeinden gemacht wurde: das gilt vom Verkehrswesen, von der Wasser- und Lichtversorgung und andern bedeutsamen Zweigen wirtschaftlicher Tätigkeit. Der Kapitalismus hat hier abdanken müssen zugunsten eines „Staats- und Kommunalsozialismus", dessen Grenzen sich ständig erweitern.

Nun ist richtig, daß der Kapitalismus von den Menschen nicht mit Bewußtsein und nach einem vorbedachten Plane geschaffen worden ist: wir sind in ihn hineingewachsen und er hatte sogar schon eine hohe Stufe erreicht, bevor wir ihn in seiner Wesensart und Besonderheit erkannten und ihn von andern, der Vergangenheit angehörigen Wirtschaftsformen unterscheiden lernten. So lange uns diese Einsicht mangelte, mochte es den Anschein haben, als ob ein unentrinnbares Verhängnis diese wirtschaftlichen Zustände geschaffen habe. Aber seit wir Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge gewonnen haben, ist die Frage nicht mehr verstummt: Können wir nicht bewußt eingreifen in den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung? Die Herrschaft über die Mächte erlangen, deren Spielball wir bis jetzt waren? Die wirtschaftliche Tätigkeit und die Verwenndung der Kraftwerke, Maschinen, Rohstoffe — alles dessen, was wir unter dem Namen P r o d u k t i o n s m i t t e l zusammenfassen — so ordnen, daß die gewaltigen technischen Errungenschaften voll und zweckmäßig ausgenützt werden und der Gesamtheit zugute kommen und nicht nur einer kleinen Schicht? Vermögen wir nicht, „den bisher sich selbst überlassenen Produktionsprozeß unter die planmäßige Kontrolle der Gemeinschaft zu stellen, und so aus einem ungeordneten, elementaren Wirken ökonomischer Kräfte eine Organisation zu schaffen, die erst den Namen einer menschlichen Gesellschaft wirklich verdienen wird?"

Der Sozialismus kein nationales Problem.

Der Leser mag jetzt schon ermessen, welche Bewandtnis es mit dem oft gehörten Einwand hat: der Sozialismus sei „ausländisches" Gewächs, sei unschweizerisch, passe nicht in unsere Verhältnisse — und wie all diese dürftigen Redensarten subalterner Köpfe lauten. Es hätte keinen Sinn, darauf mit der Gegenfrage zu antworten: ob denn etwa der K a p i t a l i s m u s als Ausdruck schweizerischer Eigenart gelten könne. Denn wir sehen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung von der handwerksmäßigen Wirtschaft zum kapitalistischen Großbetrieb allüberall rücksichtslos und unbekümmert um den nationalen Charakter, um die

politische Verfassung und die religiösen Anschauungen der Nationen durchsetzt. Diejenigen aber, die für den heimatlichen Erdgeruch eine besonders feine Nase haben, sollten nicht verkennen, daß alles, was sie als schweizerisch anzusprechen geneigt sind, vorab die demokratische Gesinnung und Gesittung aufs schwerste gefährdet ist, wenn es uns nicht gelingt, unser Volk von dem Druck und den Abhängigkeiten zu befreien, die mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden sind.

Aus der richtigen Fragestellung ergibt sich ohne weiteres noch etwas anderes: Der Sozialismus ist nicht etwas, was jenseits der Erfahrung liegt; was man nur mit Hilfe einer Menge schwerverständlicher Fremdwörter erklären kann. Umgekehrt, es ist die tägliche Erfahrung, die Praxis, die uns immer wieder auf das Problem des Sozialismus stößt und aus der heraus er allein verstanden werden kann.

Die Frage, ob die Menschen nicht imstande sind, bewußt das wirtschaftliche Leben, das heißt die Erzeugung und Verteilung der Güter, so zu ordnen, daß allen Volksgenossen ein glücklicheres und reicheres Dasein ermöglicht wird, hat seit Jahrhunderten die edelsten Geister beschäftigt. Zwei Betrachtungsweisen haben sich im Laufe der Zeit abgelöst. Wir pflegen sie als utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus von einander zu unterscheiden. Von ihnen soll zunächst die Rede sein.

b) Der utopische Sozialismus.

Sozialisten und Kommunisten hat es gegeben, lange bevor es eine sozialistische Arbeiterbewegung im modernen Sinne gab. Es waren kühne Denker, die sich gegen die Wirklichkeit mit ihren Härten und Nöten auflehnten und ihr das Bild eines glücklich-tätigen, gesunden und genußfreudigen Volkes entgegensetzten. Dabei erschien ihnen der neue Staat nach dem sie sich sehnten, als ein Kunstwerk, als eine Erfindung des schöpferischen Menschengeistes. Sie fühlten sich in der Stellung eines Architekten: wie der Baumeister ein altes Haus niederreißt um an dessen Stelle nach den im voraus ausgearbeiteten Plänen ein neues Gebäude zu erstellen, so konstruierten sie sich aus ihrer Phantasie heraus ein ideales Staatswesen, nach vernünftigen und gerechten Grundsätze, so wie eben jeder von ihnen Vernunft und Gerechtigkeit verstand. Es sei hier erinnert an die Schriften des griechischen Philosophen Plato (400 Jahre vor Christi Geburt); an die „Staatsromane" von Thomas Morus („Die Utopia" 1516), von Companella („Der Sonnenstaat" 1623), von Cabet („Die Reise nach Ikarien 1842), von Bellamy („Ein Rückblick aus dem Jahre 2000"), von Morris („Kunde von Nirgendheim"); sodann an die Arbeiten von Proudhon (gestorben 1865) und die Schriften Weitlings („Garantien der Harmonie und Freiheit" 1842).

Der Sozialismus dieser Denker weist diese Züge auf: Er ist an keinerlei geschichtliche Voraussetzungen geknüpft und deshalb überall

und jederzeit realisierbar. Zu seiner Verwirklichung ist nichts erforderlich als der gute Wille. Es handelt sich nur darum, die Besten und Mächtigsten im Volke für den schönen Plan zu gewinnen. Das geschieht durch den Appell an ihre Vernunft und ihre Gerechtigkeit:Sie müssen davon überzeugt werden, daß das neu zu erschaffende Staatswesen allen seinen Angehörigen das größtmögliche Glück verbürgt und von keinem einen Verzicht fordert. Darin, daß in dem neuen Staat Freiheit und Gerechtigkeit triumphieren, erblicken die utopischen Sozialisten die Gewähr, daß die Wirklichkeit nach ihrem Rezept umgemodelt werden kann. Von Fourrier wird erzählt, er habe jahrelang auf den reichen Wohltäter gewartet, der ihm die Million schenke, die nötig sei, um ein Phalansterium — seinen „Zukunftsstaat" im Kleinen — einzurichten. Proudhon war von der siegreichen Macht der bloßen Idee so sehr überzeugt, daß er sich vom Erscheinen seiner Schrift: „Was ist das Eigentum?" (1840) den Anbruch einer neuen Zeit versprach. „Das Eigentum ist besiegt — so schrieb er in der Vorrede — und wird nie wieder auferstehen. Ueberall, wo dies Buch gelesen wird, wird ein Todeskeim auf das Eigentum aufgepflanzt werden und früher oder später werden dort die Privilegien und die Knechtschaft verschwinden." Weitling erkannte zwar deutlich das Klasseninteresse als Hebel der sozialen Bewegung. Aber auch er trug sich mit der leisen Hoffnung, daß es ihm gelingen könnte, durch die Glut seiner Worte einen Mächtigen als Bundesgenossen zu gewinnen. Am Schluß seiner „Garantien" ruft er aus: „In Sparta waren es zweimal die Könige, welche die Gemeinschaft der Güter einführten. Sollte sich in dem Zeitraum von 3000 Jahren keiner finden, der in seine Fußstapfen tritt?"

Da diese Utopien — so pflegen wir die geschilderten sozialistischen Systeme zu nennen — frei erfunden, gleichsam auf den blauen Himmelsgrund gezeichnet sind, losgelöst vom geschichtlich Gewordenen und ohne jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit, sind ihre Verfasser genötigt, die Organisation des neuen Gemeinwesens genau zu beschreiben, nicht nur einen Grundriß zu geben, sondern auch mit großer Sorgfalt die Werkpläne auszuarbeiten, so daß die Ausführung sofort in Angriff genommen und ohne Zögern zu Ende geführt werden kann. Weitling gibt in seinen „Garantien der Harmonie und Freiheit" auf allerhand kitzlige Fragen Antwort, wie z. B. die: „Wie würde man es mit den verschiedenen Plätzen im Theater halten, auf die doch alle ein gleiches Recht haben?" Ferner beschäftigt er sich eingehend mit der Behördenorganisation seines Staatswesens. An die Spitze desselben setzt er das Trio, den Dreimännerrat, dem die Zentralmeisterkompagnie, die Meisterkompagnien und die Werkvorstände als Verwaltungsbehörden untergeordnet sind. Und vorsorglich ordnet er auch schon das Wahlverfahren in einem Reglement von 23 Artikeln.

In einem Punkt geht Weitling über die Utopisten hinaus und bildet

den Uebergang zu einer neuen Richtung: für ihn ist das Elend nicht nur der ungerechte Zustand, der beseitigt werden soll. Er erblickt in der Not und der Armut noch etwas anderes: nämlich die Triebkraft in der gesellschaftlichen Entwicklung: das gemeinsame Elend erzeugt in den Armen nicht nur das Gefühl der brüderlichen Solidarität, und nicht nur den Wunsch, die Fesseln der geistigen und leiblichen Not zu brechen, sondern auch die dazu erforderliche revolutionäre Energie — falls eben nicht der neue Heiland erscheint, nach dem die Armut Ausschau hält. Aber insofern ist Weitling Utopist geblieben, als er einen fertigen Gesellschaftsplan in der Tasche trug, um ihn jedem vorzuweisen, der sich für seinen Sozialismus interessierte.

c) Der wissenschaftliche Sozialismus.

In zwei Punkten — die freilich wieder unter sich in engem Zusammenhang stehen — weicht der moderne Sozialismus von den Anschauungen der Utopisten ab: er hat eine andere Auffassung vom Gang der sozialen Entwicklung und er sucht die Triebkräfte, welche ihre Richtung und ihr Tempo bestimmen, an einem andern Orte als jene.

Nach der Auffassung der Utopisten — die freilich auch die Auffassung mancher bürgerlicher Geschichtschreiber ist — sind es die großen Männer, welche die Weltgeschichte machen. Die starken, überragenden Persönlichkeiten drücken ihrer Zeit nicht nur den Stempel auf, sind nicht nur ihre Wortführer, sondern recht eigentlich ihre Schöpfer, die das Schicksal der Völker bestimmen. Danach würde sich das Weltgeschehen im Grunde aus lauter Zufälligkeiten zusammensetzen: wenn der Frau des Bergmannes Hans Luther in Eisleben, die am 10. November 1483 ein Knäblein gebar, eine ungeschickte Hebamme beigestanden hätte und die Geburt unglücklich verlaufen wäre, so wäre es nicht zur Reformation gekommen; wenn Marx, Engels und Lassalle nicht gelebt hätten, so würde die Arbeiterbewegung einen andern Verlauf genommen haben und dem Bürgertum viel Verdruß erspart geblieben sein. Mit einer solchen Erklärung mag ein frommer Kalendermann auskommen. Wir stellen an die Geschichtsforschung andere Ansprüche: sie soll uns den ursächlichen Zusammenhang der geschichtlichen Vorgänge und ihre Gesetzmäßigkeit verständlich machen. Wie im Pflanzen- und Tierreich, so reihen sich auch in der menschlichen Gesellschaft die Veränderungen zu einem Entwicklungsprozesse aneinander, in welchem der Zufall ausgeschlossen und alles durch das Gesetz von Ursache und Wirkung verknüpft ist.

Die Geschichtsforschung der letzten Jahrzehnte, der Karl Marx neue Bahnen gewiesen hat, hat uns den Schlüssel zum Verständnis der gesellschaftlichen Vorgänge geliefert: sie sind bedingt durch die Ver-

änderungen auf *wirtschaftlichem Gebiete*, durch die veränderten Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Was die Richtung der sozialen und politischen Entwicklung bestimmt, sind nicht ethische Ideale, und am allerwenigsten sind es religiöse Vorstellungen: Das Christentum hat sich mit allen Wirtschaftssystemen und allen politischen Verfassungen — mit der Sklavenwirtschaft und mit dem Kapitalismus, mit dem russischen Despotismus und mit preußischem Junkertum — aufs allerbeste abgefunden. Das Bestimmende sind die jeweiligen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, ist die Art, wie die Menschen die Güter herstellen und austauschen. Diese Verhältnisse erzeugen Klassengegensätze, die in den Klassenkämpfen ihren Ausgleich suchen.

Wir haben früher gesehen, daß sich in der Geschichte der Schweiz der enge Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Zuständen und der politischen Verfassung ganz besonders leicht nachweisen läßt. Die politischen Umwälzungen, die sich im letzten Jahrhundert in den Kantonen und in der Eidgenossenschaft vollzogen, finden ihre Erklärung in der gleichzeitigen wirtschaftlichen Revolution.

War es früher der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen der städtischen Aristokratie und den rechtlosen, ausgebeuteten Bauern, welcher in grausam geführten und oft blutigen Klassenkämpfen überwunden werden mußte, so erkennen wir heute in dem Gegensatz zwischen Unternehmertum und dem industriellen Proletariat die Kraft, die die Entwicklung über die bürgerliche Gesellschaft hinaustreibt. Das Ziel der Entwicklung besteht darin, die *gesellschaftliche Ordnung in Einklang zu bringen mit den veränderten ökonomischen Bedingungen, unter denen das Volk heute lebt.* Wie der bürgerliche Staat das Ergebnis der vorausgegangenen Entwicklung ist, so erzeugt er auch die Keime der neuen Gesellschaft und die Bedingungen persönlicher und sachlicher Art, an welche diese künftige Gesellschaft geknüpft ist.

Daraus ergibt sich klar die Aufgabe des Proletariats und aller derjenigen Schichten, deren Lebensinteresse die Ueberwindung des Kapitalismus verlangt: es handelt sich für sie nicht darum, die heute herrschenden Zustände zu kritisieren und zu verurteilen, um nach Art wohlmeinender Weltverbesserer der Menschheit irgend ein Hausmittelchen zu verschreiben, oder ein neues „gesellschaftliches System" zu erfinden. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, in den Gang der sozialen Entwicklung Einsicht zu gewinnen, die Tendenzen dieser Entwicklung zu begreifen, um ihnen die gesellschaftlichen Zustände anzupassen und an dem „unter unsern Augen vor sich gehenden Umwälzungsprozeß der Gesellschaft bewußt teilzunehmen."

Um es noch einmal hervorzuheben: Der Sozialismus ist nicht in dem Sinne etwas Neues, daß er den radikalen Bruch mit der Vergangenheit fordert, uns gleichsam auf eine neue Welt versetzt; neu ist

er nur insofern, als er eine höhere Stufe im Entwicklungsgang der Gesellschaft darstellt. „Es wird sich zeigen," sagt Marx, „daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit." Und an einer andern Stelle: „Die Menschen bauen sich also ihre neue Welt nicht aus Gedanken und Wünschen oder nach willkürlichen Plänen, sondern aus geschichtlichen Errungenschaften ihrer untergehenden Welt. Sie müssen im Laufe der Entwicklung die materiellen Bedingungen einer neuen Gesellschaft selber erst produzieren, und keine Kraftanstrengung der Gesinnung oder des Willens kann sie von diesem Schicksal befreien."

d) Die Zielpunkte proletarischer Politik.

Halten wir an dieser Einsicht fest: jedes soziale und politische Programm, das im Widerspruch zu den Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung steht, das nicht in der Richtung dieser Entwicklung liegt, ist von vorneherein zur Aussichtslosigkeit verdammt.

Nun hat sich nicht nur die Arbeiterschaft ein Programm gegeben. Auch die bürgerlichen Parteien haben Programme aufgestellt, aus denen sich ergibt, in welcher Weise sie auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einzuwirken suchen. Jeder Partei schwebt ein Ideal vor, dem sie dadurch näher zu kommen sucht, daß sie Anhänger wirbt und ihre wirtschaftliche und politische Macht zur Geltung bringt. Diese Ideologien und Programme sind nicht etwas zufälliges und willkürliches, sondern ergeben sich aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen und widerspiegeln die wirklichen oder vermeintlichen Klasseninteressen der einzelnen Parteien. Wer vom Ertrag seiner Arbeit leben muß, stellt an die Zukunft andere Forderungen als der Rentenbezüger, der von der Arbeit anderer lebt. Und ebenso verständlich ist es, daß der kleine Krämer und der Warenhausbesitzer, der Handwerker und der Großindustrielle nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Die Zielpunkte der proletarischen Politik ergeben sich ohne weiteres aus der Klassenlage des Arbeiters. Sein Interesse wie dasjenige aller ausgebeuteten Volksklassen ist naturgemäß gerichtet auf eine soziale Ordnung, die allen Volksgenossen ein auskömmliches, gesichertes und unabhängiges Dasein gewährt und damit auch die Grundlage eines gesunden und starken Gemeinwesens bildet. Ein auskömmliches Dasein: Die Arbeit soll zur Quelle eines gesunden Wohlstandes werden und jedem ein Anrecht geben auf den Mitgenuß der Schätze und Schönheiten dieser Welt. Ihr Ertrag soll aber groß genug sein, daß über den Bedarf des Einzelnen hinaus dem Gemeinwesen das verbleibt, was es zur Erfüllung seiner Kulturaufgaben benötigt. Ein gesichertes Dasein: Der Proletarier will von der Ungewißheit befreit sein, ob er morgen

noch Arbeit und Verdienst hat; er will die Beruhigung haben, daß solange er bereit ist, der Gesellschaft gegenüber seine Pflicht zu tun und seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit auf sich zu nehmen, seine Existenz und seine Zukunft gesichert ist. Ein unabhängiges Dasein: unabhängig von der Gunst und Ungunst der anderen, unabhängig aber auch in dem Sinne, daß niemand in Versuchung gerät, seines Vorteils willen die Freiheit der anderen beschränken zu wollen oder seine eigene Freiheit preiszugeben. Das sind die drei Forderungen, in denen sich zugleich das alte Sehnen erfüllt, das in dem Losungswort Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wiederklingt.

Wie aber muß eine Gesellschaftsordnung beschaffen sein, die die Erfüllung dieser Forderungen ermöglicht und verbürgt?

Die erste Anforderung, die wir an sie stellen, ist die: die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit (Produktivität) muß nach Möglichkeit gesteigert werden. Das Mittel hiezu ist die Beseitigung veralteter, unzweckmäßiger Maschinen und Arbeitsmethoden und die rationelle Ausbeutung aller technischen Errungenschaften, so daß mit einem möglichst geringen Arbeits- und Kostenaufwand ein möglichst hoher wirtschaftlicher Nutzeffekt erreicht wird. Das ist der einzige, aber auch der sichere Weg, um bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit die Lebenslage der großen Masse zu heben und einen allgemeinen Wohlstand zu begründen. Die besitzlosen Volksklassen können ihr Heil und ihr soziales Ideal nur suchen in der Richtung des größtmöglichen wirtschaftichen Fortschrittes. In einem vernünftigen sozialpolitischen Arbeitsprogramm dürfen deshalb jene Bestrebungen keinen Platz finden, die darauf gerichtet sind, das Handwerk „zu konservieren", d. h. rückständige Betriebsformen künstlich zu erhalten. Diese Forderungen — man pflegt sie unter dem Namen der Mittelstandspolitik zusammenzufassen — mögen dem Interesse kleiner Gruppen entsprechen. Vom Standpunkt der Gesamtheit, der allgemeinen Wohlfahrt, sind sie schädlich. Alles Gute und Schöne, was wir von der Zukunft erhoffen, ist an den technischen Fortschritt gebunden.

Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß die kapitalistische Wirtschaft nach der technischen Seite hin Ungeheures geleistet hat: wir haben Wunderwerke der Technik entstehen sehen. Neue Erfindungen und Entdeckungen haben nicht nur die Ergiebigkeit der Arbeit, sondern auch die Fruchtbarkeit des Bodens in einer früher nie geahnten Weise gesteigert. Wenn trotzdem die größere Hälfte des Volkes ein dürftiges und unfreies Dasein führt, viele Tausende sogar am Notwendigen Mangel leiden und in ständiger Abhängigkeit leben, so liegt die Ursache nicht in der Unvollkommenheit der technischen Hilfsmittel oder im Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sondern ganz ausschließlich in der Art ihrer Verwendung und dem Zwecke, dem

sie dienen, d. h. in der heutigen Wirtschaftsordnung. Deren Kern und Wesen besteht darin, daß die Produktionsmittel sich im Privateigentum befinden und von den Besitzern — dem kapitalistischen Unternehmertum — in ihrem Interesse verwendet werden. Das Interesse des Kapitalisten ist aber nicht dasjenige der Gesamtheit. Gegenstand seiner Sorge ist ausschließlich das Gedeihen seiner Unternehmung, sein Profit.

Worauf beruht nun objektiv die Möglichkeit, auf Kosten des Arbeiters Profit zu erzielen? Sie beruht darauf, daß die Produktionsmittel sich im Besitze einer privilegierten Klasse, der Kapitalisten, befinden. Der Arbeiter kann sein Leben nur auf die Art fristen, daß er seine Arbeitskraft — seinen einzigen Besitz — dem Unternehmer verkauft. Dafür erhält er eine Vergütung, den Lohn, während das Arbeitsprodukt dem Unternehmer gehört. Die Höhe des Lohnes bestimmt sich, wie der Preis jeder andern Ware, nach den Herstellungskosten, das sind in diesem Falle die Kosten des Unterhaltes des Arbeiters. Der Lohn macht regelmäßig nur einen Teil des Wertes aus, den der Arbeiter erzeugt. Der Ueberschuß, der „Mehrwert", fällt dem Unternehmer zu. „Die Aneignung unbezahlter Arbeit ist die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise." Es ist nicht „Profitgier" und Habsucht, die den Unternehmer zum „Ausbeuter" macht. Vielmehr beruht die kapitalistische Wirtschaftsordnung als solche auf der Ausbeutung des Arbeiters. Mag ein Unternehmer von noch so großem Wohlwollen für seine Angestellten erfüllt sein und sich mit einem kleinen Profite begnügen, um „anständige" Löhne bezahlen zu können: auch diesen bescheidenen Gewinn kann er nur dadurch erzielen, daß er die Arbeiter „ausbeutet", d. h.: ihnen im Lohn nur einen Bruchteil desjenigen Wertes zurückgibt, den sie ihm erzeugten.

Wäre dem Lohnarbeiter nun wenigstens dieses dürftige Einkommen gesichert. Aber auch das ist nicht der Fall: Beständig ist er der Gefahr ausgesetzt, arbeitslos und damit von allen Lebensquellen abgeschnitten zu werden. Auch diese Unsicherheit, die mit dem Alter des Arbeiters wächst, ist eine unabwendbare Folge der kapitalistischen Eigentumsordnung. Der Zusammenhang liegt klar auf der Hand: In den einfachen Verhältnissen der handwerksmäßigen Produktion ergab sich die Anpassung der wirtschaftlichen Tätigkeit an den Bedarf der Gesellschaft von selbst. Die kapitalistische Entwicklung hat aber die Produktion und die Absatzgebiete ins Ungemessene erweitert. Je schwieriger der Ueberblick über Angebot und Nachfrage, über die Bedürfnite des Weltmarktes, die vorhandenen Rohstoffvorräte und die Ernteerträge wird, desto mehr steigert sich die Anarchie in der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit und die damit verbundene Gefahr von Absatzstockungen und Betriebsstörungen. Die Konkurrenz nötigt jeden Unternehmer, sich alle ihm erreichbaren technischen

Verbesserungen nutzbar zu machen und durch die Steigerung der Produktivität den Betrieb zu verbilligen. Aber damit hält die Erweiterung des Kundenkreises und Absatzgebietes nicht Schritt. Es kommt ein Zeitpunkt, in dem der Unternehmer für seine Waren keine Käufer mehr findet. Dadurch kommt die ganze wirtschaftliche Tätigkeit ins Stocken. „Der Ueberfluß wird zur Quelle der Not und des Mangels." Das Volk leidet Mangel — nicht weil es an Nahrungsmitteln und Kleidern fehlt, oder an den zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohprodukten, oder den Arbeitskräften und Maschinen — alles ist in Hülle und Fülle vorhanden. Erst allmählich werden Produktion und Austausch wieder ins Gleichgewicht und in Gang gebracht. Aber mittlerweile sind zahlreiche Existenzen geschädigt, wenn nicht zerstört worden. Und der nun folgende wirtschaftliche Aufschwung ist nur das Vorspiel zu neuen Krisen, in denen der Widerspruch zwischen der hochentwickelten Technik und der Art, wie heute die Güter hergestellt und ausgetauscht werden, noch klarer zutage tritt.

So sehen wir: das Schicksal des Arbeiters ist aufs engste verknüpft mit der kapitalistischen Wirtschaft. Sein innerstes Lebensinteresse und alle schlimmen Erfahrungen seiner Klasse machen ihn zum Gegner dieser Wirtschaftsordnung. Der Kampf gegen die Ausbeutung ist ein Gebot des elementaren Selbsterhaltungstriebes des Proletariates: sein ganzes Trachten muß darauf gerichtet sein, den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern zu überwinden und dadurch die Ausbeutung des Arbeiters aus der Welt zu schaffen.

Wie ist die Ueberwindung dieses Gegensatzes möglich?

Denkbar sind nur zwei Wege. Wenn sich das Privateigentum an den hochentwickelten modernen Produktionsmitteln nicht mehr mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Interessen verträgt, so müssen wir entweder auf den Gebrauch dieser Produktionsmittel verzichten, oder wir müssen die letztern aus der Fessel des Privateigentums befreien und sie ins Eigentum der Gesellschaft und ihrer Organe — Staat und Gemeinde — überführen.

Verzicht auf die modernen Produktionsmittel: das hieße, an Stelle der heutigen Großindustrie wieder die kleinen handwerksmäßigen Betriebe der mittelalterlichen Stadt setzen; also Rückkehr um ein paar hundert Jahre, etwa zu den Zuständen zur Zeit Zwinglis. Das hieße: Ersatz der Maschine durch das einfache Handwerkszeug, der großen Fabrik durch die kleine Werkstatt, in welcher neben dem Meister ein Geselle arbeitet, der selber früher oder später in die Stellung eines Meisters vorrückt. Es gäbe dann keine Kapitalisten und keine lebenslänglichen Lohnarbeiter, also auch keine kapitalistische Ausbeutung. Allein, daß dieser Weg nicht gangbar ist und daß alle Bestrebungen, die in dieser Richtung verlaufen, törichte Phantastereien darstellen, bedarf keiner weiteren Darlegung. Denn darum gerade handelt es sich

ja: die Möglichkeit der Ausbeutung und den Gegensatz zwischen Kapitalisten zu beseitigen, ohne daß wir die großen technischen Errungenschaften, die wir dem Kapitalismus zu verdanken haben, preisgeben oder sonstwie die Produktivität der Arbeit beeinträchtigen müssen.

Somit drängt uns alles auf den andern Weg: Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum; Ersatz der kapitalistischen Privatwirtschaft durch eine genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Wir müssen mit den Produktionsmitteln, die heute noch im Besitze der kapitalistischen Unternehmer sind, so verfahren, wie wir bereits mit den Eisen- und Straßenbahnen, den Gas- und Elektrizitätswerken, mit Post und Telegraph verfahren sind: wir überführen sie ins Eigentum von Staat oder Gemeinde, allgemeiner gesprochen: der öffentlichrechtlichen Wirtschaftsgenossenschaften, denen wir alle als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Bürger angehören. Dann existiert der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Lohnarbeiter, zwischen dem privaten Interesse des Unternehmers und dem gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht mehr. Aber wir haben dann den Gegensatz überwunden, ohne daß wir zu rückständigen, unwirtschaftlichen Betriebsformen zurückzukehren brauchten. Im Gegenteil: Damit wird dem wirtschaftlichen Fortschritt die Bahn freigemacht. In der Hand des kapitalistischen Unternehmers sind die Produktionsmittel vor allem ein Mittel, um sich durch Aneignung fremder Arbeit zu bereichern. In der Hand der Gemeinschaft werden sie nur dem einen Zwecke dienen, alle Bedarfsgüter mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand in ausreichender Menge herzustellen.

Hier, im Wesen und in den sozialen Wirkungen der modernen Produktionsmittel, liegt der Schlüssel zum Verständnis des Sozialismus. „Ein jeder lebt's, nicht jedem ist's bekannt." Der Zusammenhang der Dinge kann aber dem nicht verborgen bleiben, dem der Unterschied zwischen dem Arbeitsmittel des Handwerkers und den Produktionsmitteln der Großindustrie zum klaren Bewußtsein gekommen ist. Aeußerlich betrachtet: nur ein technischer Fortschritt, der allerdings zu einer riesigen Steigerung der Produktivität führte. In Wahrheit aber liegt zwischen ihnen die Grenze, die zwei Welten voneinander scheidet.

Das Handwerksgerät des Handwerksmeisters hat einen individuellen Charakter: der Eigentümer arbeitete selber damit, ohne daß er auf die Mitwirkung anderer angewiesen war. Solange er fleißig und tüchtig war, fehlte es ihm nicht am nötigen; und wenn er seine Kunden vernachlässigte oder schlechte Ware lieferte, so hatte nur er die Folgen davon zu tragen.

Die technisch hochentwickelten Produktionsmittel der Großindustrie bilden dazu den schärfsten Gegensatz: alle Wirkungen, die von ihnen ausgehen, gehen ins Weite und Breite. Sie werden nicht vom Eigentümer in Bewegung gesetzt, sondern von Lohnarbeitern, die zu Dutzenden, zu

Hunderten, zu Tausenden in der Fabrik planvoll zusammen wirken. Sie verleihen dem Unternehmer eine ungeheure Macht. Davon, welchen Gebrauch er von den Produktivkräften macht, was er produziert, wo er für seine Waren Absatz sucht, auf welche Art er die Unternehmung leitet, hängt nicht nur sein Geschick, sondern das Schicksal von Hunderten ab; hier sind die Mächte am Werk, die über Wohl und Wehe nicht nur der Arbeiter der einzelnen Unternehmung, sondern großer Teile des Volkes entscheiden. Die Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung — vor allem der Widerspruch zwischen der ungeheuren Produktivität der Arbeit und der gedrückten, unsicheren Lage weiter Schichten — hängt damit zusammen, daß es uns bis heute nicht gelungen ist, die soziale Ordnung mit dem gesellschaftlichem Charakter der Produktionsmittel in Einklang zu bringen. Das kann dadurch und nur dadurch geschehen, daß wir die letzteren aus dem Eigentum einzelner, der Gesellschaft nicht verantwortlicher Personen in den Besitz der Gesellschaft überführen. Der Natur des individuellen Handwerksgerätes entsprach der individuelle Besitz. Die Natur der gesellschaftlichen Produktionsmittel verlangt deren Verwaltung durch die Gesellschaft. Anders ausgedrückt: an die Stelle der Profitwirtschaft des kapitalistischen Eigentümers tritt die von den Organen der Gesellschaft geleitete Bedarfsdeckungswirtschaft. Die wirschaftliche Tätigkeit dient dann unmitelbar und ausschließlich der Befriedigung der gesellschaflichen Bedürfnisse — und nicht, wie heute, bloß insoweit, als es sich mit dem privaten Interesse des Unternehmers verträgt.

Um zusammenzufassen: Beseitigung der Ausbeutung und Steigerung der Produktivität sind die notwendigen Zielpunkte jeder proletarischen Sozialpolitik, notwendig in dem Sinne, daß sie sich zwingend aus der Klassenlage aller ausgebeuteten Schichten, vorab der Arbeiter und Schuldenbauern, ergeben. Sobald das Proletariat sich über seine Existenzbedingungen klar wird, kann es seine Befreiung nur in der angedeuteten Richtung suchen. Würden heute alle sozialistischen Gedanken aus dem Bewußtsein der Arbeiter ausgelöscht und das Proletariat an den Anfang seines Befreiungskampfes zurückversetzt, so würde es durch seine Erfahrungen wieder auf denselben Weg und zu denselben Forderungen gedrängt, die es heute vertritt.

e) Die Möglichkeit des Sozialismus.

Eine ganz andere Frage ist nun die, ob eine Gesellschaftsordnung, die diesen Anforderungen entspricht, möglich ist.

Der Umstand, daß eine Gesellschaftsordnung „vernünftig" ist, bildet durchaus noch keine Gewähr dafür, daß sie realisierbar und lebensfähig ist — sie kann trotz ihrer Vernünftigkeit durchaus utopisch sein. Wir haben bereits gesehen: ob ein soziales Programm praktisch verwirklicht werden kann, hängt ausschließlich davon ab, ob es mit den Ent-

wicklungstendenzen und Triebskräften des wirtschaftlichen Lebens im Einklang steht. Ist aber eine Forderung in diesem Sinne möglich, dann ist sie auch *notwendig*. Alle gesellschaftlichen Notwendigkeiten ergeben sich aus dem Selbsterhaltungstrieb des Einzelnen und der Gemeinschaft, der er angehört, aus dem Drange, sich zu entwickeln und zu höheren Daseinsformen emporzusteigen. Schafft die wirtschaftliche Entwicklung die Möglichkeit für einen solchen Aufstieg, so wird die Möglichkeit durch den Lebensdrang der ausgebeuteten Klassen zu einer sozialen Notwendigkeit erhoben. Das ist der Sinn jenes Wortes von Marx: „Die Menschheit stellt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann. Denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind."

Die Erforschung der Entwicklungsgesetze und der Wesensart der kapitalistischen Wirtschaft hat uns nun in der Tat zur Erkenntnis verholfen, *daß der Kapitalismus selbst die Voraussetzungen für eine soziale Ordnung schafft*, die den Anforderungen der ausgebeuteten Schichten entspricht, daß „die Lebensinteressen der Arbeiterklasse mit den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zusammenlaufen."

Um klarer zu sehen, unterscheiden wir zwischen den sachlichen und den persönlichen Voraussetzungen des Sozialismus.

Die sachlichen Voraussetzungen des Sozialismus.

Es ist nicht etwas zufälliges, daß die sozialistische Forderung nach der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel erst heute, im Zeitalter des Kapitalismus, erhoben wird, und nicht schon vor 200 Jahren, also zu einer Zeit, wo der handwerksmäßige Betrieb vorherrschte. Wer hätte ein Interesse haben sollen, die Hobelbank des Schreiners, den Ambos und die Zangen und Hämmer des Schlossers in den Besitz der Gesamtheit überzuführen und an die Stelle der vereinzelten privaten Betriebe eine genossenschaftliche Organisation zu setzen? Ganz gewiß nicht die Handwerker und ihre Gesellen; und ebenso wenig ihre Kunden. Der ehrsame Schlosser arbeitete im Schutze seiner Zunft mit seinem eigenen Werkzeug. Niemand machte ihm den Ertrag seiner Arbeit streitig, wie auch er seine Existenz nur auf seinen eigenen Fleiß und nicht auf den Ertrag fremder Arbeit gründen konnte. Mit einem Worte: die Art der Aneignung des Arbeitsproduktes stand im Einklang mit der Produktionsweise und die soziale Ordnung entsprach dem damaligen Stande der technischen Entwicklung.

Nach der Erfindung der Dampfmaschine und des mechanischen Webstuhles — zu Anfang des vorigen Jahrhunderts — setzte jene Entwicklung ein, die mit dem völligen Sieg der Großindustrie und der

Proletarisierung weiter Schichten, die früher im Handwerk und in der Landwirtschaft ihr Auskommen gefunden hatten, endet. Die großen Unternehmungen saugen die kleinen auf. Unter unseren Augen vollzieht sich der Konzentrationsprozeß in der Industrie, im Handel und im Verkehr. Die Fabrik, das Warenhaus, die Handelsbank dominieren und graben dem Handwerk und dem bescheidenen Handel den Boden ab.

Das darf nun freilich nicht dahin verstanden werden, daß die handwerksmäßigen Betriebe im Verschwinden begriffen seien. Ihre Zahl ist auch heute noch in der Schweiz eine recht erhebliche. Darüber unterrichtet uns die im Jahre 1905 durchgeführte (seither leider nicht wiederholte) Betriebszählung. Sie erfaßte im ganzen 124,692 industrielle und gewerbliche Betriebe. Wie sie sich auf die einzelnen Größenklassen verteilen und wie viele Personen (Betriebsinhaber und Arbeiter) auf jede derselben entfallen, ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Größenklasse	Zahl der Betriebe	Zahl der darin beschäftigten Personen
Kleinbetriebe mit 1—5 Personen	110,956 = 89,1 %	196,353 = 31,4 %
Mittelbetriebe mit 6—49 Personen	11,919 = 9,5 %	165,143 = 26,4 %
Großbetriebe mit mehr als 50 Personen	1,817 = 1,4 %	263,803 = 42,2 %
Total	124,692 = 100 %	625,299 = 100 %

Die überwiegende Mehrzahl aller Betriebe, fast neun Zehntel, gehörten also dem Handwerk an; auf die Mittelbetriebe entfällt nicht ganz ein Zehnteil, und die Großbetriebe machten wenig mehr als den hundertsten Teil aus. Der oberflächlichen Betrachtung mag es wohl scheinen, als ob durch diese Zahlen die Behauptung von der Vorherrschaft des kapitalistischen Großbetriebes gründlich widerlegt würde. In der Tat pocht man im Schweizerischen Gewerbeverband gewaltig auf sie, um damit die große soziale Bedeutung zu beweisen, die auch heute noch dem Handwerk zukomme. Allein dieser Beweisführung liegt eine naive Verwechslung zugrunde. Sie verkennt, daß die soziale Bedeutung des Handwerks nicht von der Zahl der Handwerker abhängt, sondern von seinem Anteil an der Befriedigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes. Wie groß dieser Anteil ist, läßt sich zahlenmäßig nicht nachweisen. Aber außer allem Zweifel steht, daß er geringfügig ist gegenüber dem Anteil der Großindustrie. Wir können darauf schließen aus der Zahl der Arbeiter, welche auf die drei oben unterschiedenen Größenklassen entfallen, und aus den technischen Hilfsmitteln, über welche sie verfügen. Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß in den 110,956 handwerksmäßigen Betrieben nur 196,353 Personen tätig sind, so daß auf einen Betrieb im Durchschnitt nicht einmal zwei Personen entfallen. Die 13,736 Mittel- und Großbetriebe beschäftigten dagegen 428,946 Personen, also im Durchschnitt

31. Noch schwerer fällt ins Gewicht, daß die Arbeitsmethoden des Handwerks unwirtschaftlich sind, während die kapitalistische Unternehmung sich alle technischen Hilfsmittel und rationellen Verfahren zunutze macht und dadurch die Produktivität unaufhörlich zu steigern vermag. Halten wir damit zusammen, was an einem andern Orte (S. 66) über den Siegeszug des Kapitalismus ausgeführt worden ist, so wird dem Unbefangenen klar, daß und warum der kapitalistische Großbetrieb das ganze wirtschaftliche Leben beherrscht. Mit andern Worten: die technische Entwicklung führte zur Vorherrschaft derjenigen Betriebsform, welche eine neue Wirtschaftsordnung, die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft, ermöglicht.

Die persönlichen Voraussetzungen des Sozialismus.
Die Entbehrlichkeit des Kapitalisten.

Die wirtschaftliche Entwicklung schuf aber nicht nur die sachlichen Voraussetzungen für eine sozialistische Organisation der Volkswirtschaft — nämlich die hochentwickelte Technik und die Konzentration der Produktionsmittel in den großen Betrieben und Verkehrsanstalten; sie hat auch die persönlichen Voraussetzungen erzeugt, an welche dieselbe geknüpft ist.

An eine Sozialisierung der Produktion konnte so lange nicht gedacht werden, als zu einer rationellen Leitung und Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kapitalist unentbehrlich war. Notwendig war er vor allem in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung. Heute aber ist der Kapitalist als Eigentümer der Produktionsmittel durchaus entbehrlich geworden. Der Frage, wer der Eigentümer einer Unternehmung ist, kommt in der Großindustrie nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Der kapitalistische Großbetrieb hat einen solchen Umfang angenommen, daß einem einzelnen die Leitung desselben nicht mehr möglich ist. Der Eigentümer ist oft auf ein Heer von Beamten und Angestellten angewiesen, von deren Tüchtigkeit und Pflichttreue der Erfolg der Unternehmung viel mehr abhängt als von den persönlichen Eigenschaften des Eigentümers. Ja, der letztere ist oft genug für den Betrieb eine völlig gleichgültige Person. Das gilt vor allem von den Aktiengesellschaften. Machen wir uns das Verhältnis an einem Beispiel klar: Die Aluminium-Industrie A.-G. Neuhausen verfügt über ein Atienkapital von 35 Millionen Franken, das sich auf 35,000 Aktien verteilt. Das Aktienkapital der Chamer Milchfabrik beträgt 80 Millionen, eingeteilt in 200,000 Aktien. Die Schokoladefabriken Peter, Cailler und Kohler weisen ein in 210,000 Aktien zerlegtes Kapital von 21 Millionen aus. Alle diese 445,000 Aktien lauten auf den Inhaber. Man wird also dadurch ohne weiteres Aktionär, d. h. Miteigentümer einer dieser Unternehmungen, daß man eine Aktie erwirbt. Niemand kennt Namen und Wohnort der Aktionäre:

vielleicht sind sie über die ganze Welt verstreut. Auch die Organe der Gesellschaft wissen nicht, aus welchen Personen sie sich zusammensetzt. „Société anonyme" nennt sie der Franzose. Die Aktionäre sind zwar Eigentümer und Nutznießer der Unternehmung; aber am Betrieb und seinen Verrichtungen sind sie in keiner Weise beteiligt. Sie setzen nie einen Fuß in die Fabrik- oder Bureauräume und verstehen von der dort verrichteten Arbeit weniger als der jüngste Angestellte. Die Beziehung der Mitglieder zur Gesellschaft erschöpft sich, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich im Bezug der Dividende; ihr ganze Tätigkeit besteht dain, daß sie alljährlich die Coupons abschneiden und einlösen, falls sie nicht auch diese Arbeit ihrem Bankier überlassen.

Diese Tatsache würde wenig besagen, wenn die Zahl der Aktiengesellschaften und ihr Anteil an der ganzen Volkswirtschaft geringfügig wäre. Allein das Gegenteil trifft zu: auch in der Schweiz ist die Zahl der in Aktiengesellschaften umgewandelten Unternehmungen in steter Zunahme begriffen; fast alle großen Unternehmungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs sind „auf Aktien" gegründet und nicht auf die Tätigkeit und das fachmännische Wissen des Eigentümers. Im Jahre 1902 zählte man bei uns erst 2203 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 1801 Millionen Franken. Bis Ende 1917 ist die Zahl dieser Gesellschaften auf 6395 angewachsen und ihr Aktienkapital auf 5812 Millionen. Davon entfallen auf Industrie und Verkehr 2090 Gesellschaften mit 1582 Millionen Franken Aktienkapital. Nun ist richtig, daß sich darunter viele kleine Gesellschaften mit einem Kapital von nur 100- oder 200,000 Franken befinden, deren Leiter in der Regel zugleich die Hauptaktionäre sind. Allein ihre volkswirtschaftliche Bedeutung verschwindet gegenüber der wirtschaftlichen Macht der großen Unternehmungen, deren Betrieb von der Person der Eigentümer, das heißt der Aktionäre, völlig losgelöst ist. Sie werden von den Direktoren und Angestellten geleitet und gehen ihren ungestörten Gang, auch wenn die Aktien Gegenstand einer wilden Spekulation bilden und siebenmal im Jahr den Besitzer wechseln. Es wird ihn auch nicht berühren, wenn an die Stelle der Aktionäre der Staat oder die Gemeinde tritt. Der Unterschied wird sich darauf beschränken, daß die Angestellten und Arbeiter nicht mehr zur Aktiengesellschaft, sondern zum Gemeinwesen in einem Vertragsverhältnis stehen. Die Frage der Verstaatlichung und Kommunalisierung hat aufgehört, eine betriebstechnische Frage zu sein. Sie ist im Verhältnis zur Kapitalistenklasse zu einer reinen Macht- und Geldfrage geworden.

Die fortschreitende Proletarisierung.

Die andere Voraussetzung einer erfolgreichen sozialistischen Bewegung ist, daß die Mehrzahl der Volksgenossen zu den Ausgebeuteten gehört, daß heißt, vom Besitz an den Pro-

duktionsmitteln ausgeschlossen und ausschließlich oder doch in der Hauptsache auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen, also gezwungen ist, gegen Lohn im Dienste anderer zu arbeiten. In einer kleinbürgerlichen Gesellschaft, in welcher Handwerker, Krämer und Bauern die große Mehrheit bilden, kann begreiflicherweise die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht als eine Notwendigkeit empfunden werden. Der Drang nach Ueberwindung des Kapitalismus wird aber um so unwiderstehlicher sein, je mehr sich das Verhältnis zwischen Kapitalisten einerseits und Lohnarbeitern und Angestellten andererseits zugunsten der letzteren verschiebt. Die Aussichten der sozialistischen Bewegung werden also bestimmt durch den Grad, den die Proletarisierung des Volkes erreicht hat — wobei der „Stehkragenproletarier" ebenso mitzählt wie der industrielle Lohnarbeiter. Das Heer der in den kapitalistischen Betrieben beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten bildet nicht einen neuen „Mittelstand". Auch sie gehören nach ihrer sozialen Stellung zu den „Ausgebeuteten". Und wenn sie, um sich die Illusion, daß sie zu den „besseren Ständen" gehören, zu erhalten, lange Zeit auf jede berufliche Kampforganisation verzichtet haben, so hat sich auch das in der letzten Zeit gründlich geändert.

Versuchen wir, uns an Hand der Volks- und Betriebszählung eine Vorstellung darüber zu machen, wie weit der Proletarisierungsprozeß in der Schweiz vorgeschritten ist, mit andern Worten, wie groß derjenige Teil des Volkes eingeschätzt werden muß, der am Fortbestand des Kapitalismus kein Interesse mehr hat.

Wir nehmen zunächst die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 zur Hand und stellen fest, wie sich diejenigen Personen, die damals in irgend einem Berufe tätig waren, auf die verschiedenen Berufsklassen verteilen und wie viele von ihnen zu den selbständig Erwerbenden gehörten (als Betriebsinhaber usw.), wie viele zu den unselbständig Erwerbenden (als Angestellte, Arbeiter, Dienstboten) usw.:

Berufsklassen	Erwerbende im ganzen	Davon sind Betriebsinhaber [2]	Davon sind Arbeiter, Angestellte 2c. [3]
Landwirtschaft [1] . . .	483,194	214,364 = 44 %	268,830 = 56 %
Industrie und Gewerbe	809,114	221,409 = 27 %	587,705 = 73 %
Handel	194,105	66,031 = 34 %	128,074 = 66 %
Verkehr	84,734	6,366 = 7,5%	78,368 = 92,5%
Oeffentl. Verwaltung, Wissenschaft, Kunst .	97,310	35,583 = 36 %	61,727 = 64 %
Persönl. Dienste, Taglöhner 2c.	25,133	569 = 2,3%	24,564 = 97,7%
Im ganzen	1,693,590	544,322 = 32 %	1,149,268 = 68 %

[1] Inbegriffen sind Bergbau, Jagd, Fischerei.

[2] Zu den Betriebsinhabern ist hier auch das in leitender Stellung befindliche Personal gezählt (Fabrikdirektoren, höhere technische Beamte 2c.).

[3] Inbegriffen die im Betrieb tätigen Familienangehörigen.

Es sind also im ganzen 1,693,590 erwerbstätige Personen gezählt worden, von denen sich ein Dritteil in selbständiger Stellung befand, zweit Dritteile in unselbständiger Stellung. Diese Zahlen bedürfen nun freilich noch einiger Erläuterungen und Korrekturen, wenn sie nicht zu unrichtigen Schlüssen verleiten sollen. Zunächst die Landwirtschaft:

Hier ist zu beachten, daß unter den Arbeitern auch die Familienangehörigen der Landwirte, ferner Anstaltsinsassen und -beamte mitgezählt sind. Ihre Zahl beläuft sich auf 162,743. Von den rund 212,000 schweizerischen Landwirten werden also nur etwa 100,000 Dienstboten und Tagelöhner beschäftigt. Die Zahl der Betriebsinhaber ist somit in der Landwirtschaft etwa doppelt so groß wie die Zahl der Lohnarbeiter. Das beweist — und die Sozialdemokratie hat das nie verkannt —, daß die Landwirtschaft infolge ihres kleinbäuerlichen Charakters der Sozialisierung widerstrebt. Aber es beweist — und das wird von der Bourgeoisie fast immer verkannt — gar nichts gegen die Sozialisierung anderer Gebiete des Wirtschaftslebens. Und zwar deshalb, weil die bäuerliche Bevölkerung nur einen Bruchteil des Volkes ausmacht und die soziale Gliederung in den übrigen Berufsklassen ein ganz anderes Bild darbietet, wie wir gleich sehen werden. Seit einem halben Jahrhundert ist der von der Landwirtschaft lebende Teil des Volkes in starkem Rückgang begriffen. Wie sich die Verhältnisse verschoben haben, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	1860	1910
Gesamtbevölkerung	2,510,494	3,753,293
Davon entfallen auf die Landwirtschaft	1,599,373	1,040,887
	= 46,2 %	= 27,7 %

In den 50 Jahren von 1860 bis 1910 hat sich also die Bevölkerung um 1,242,799 Seelen vermehrt. In eben diesem Zeitpunkt hat die Zahl der von der Landwirtschaft ernährten Personen um 119,286 abgenommen. Machten die Bauern mit ihren Angehörigen und Dienstboten vor einem halben Jahrhundert fast die Hälfte des Volkes aus, so bilden sie heute wenig mehr als ein Viertel. Der ganze Zuwachs von 1¼ Millionen hat in den anderen Berufsklassen Unterkunft gesucht und gefunden.

In Industrie, Handel und Verkehr waren 1,087,953 Personen tätig. Und zwar belief sich die Zahl der Betriebsinhaber (inbegriffen das in leitender Stellung befindliche technische und kaufmännische Personal) auf 293,806, die Zahl der Angestellten und Lohnarbeiter auf 794,147 (wobei 61,816 Familienangehörige der Betriebsinhaber mitgezählt sind). Die Zahl derer, die ihre Existenz ganz oder doch im wesentlichen auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft gründen müssen, ist also mehr als doppelt so groß wie die Zahl der Betriebsinhaber. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Statistik zu den

Betriebsinhabern auch die Inhaber von sogen. Alleinbetrieben rechnet: die Kundenschneiderinnen, Wäscherinnen, Glätterinnen, ferner Handwerker ohne Gesellen, die sich mit Flickarbeiten kümmerlich genug durchs Leben schlagen und, wenn man nicht auf ihre scheinbare Selbstständigkeit, sondern auf ihre Daseinsbedingungen abstellt, dem Proletariat zugeteilt werden müssen.

Wir sehen also: die Zahl derjenigen, die verurteilt sind, als Lohnarbeiter ein kümmerliches Dasein zu fristen, die von allen Schwankungen des Arbeitsmarktes abhängig sind und nur so lange sich über Wasser halten können, als der Kapitalist ihnen Beschäftigung gibt, für die deshalb die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel der einzige Weg ist, der sie aus Not und Abhängigkeit heraus zu einer höheren Daseinsform führt — ihre Zahl schwillt beständig an. So erzeugt die heutige Wirtschaftsordnung selbst im Proletariat die Macht, die den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verlangen muß und erzwingen kann.

Ein Zugeständnis.

Das Bürgertum sträubt sich, die Deutung, die wir den besprochenen Erscheinungen gegeben haben, als richtig anzuerkennen. Um so beweiskräftiger ist die Tatsache, daß es sich trotzdem genötigt gesehen hat, den gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktions- und Verkehrsmittel und dessen Unverträglichkeit mit dem Privateigentum wenigstens in einem gewissen Umfange anzuerkennen. Der bürgerliche Staat hat zuerst die Post, dann Telegraph und Telephon, und später die Eisenbahnen in seinen Besitz gebracht. Die Gemeinden haben die Straßenbahnen übernommen, sie bauen und betreiben Gaswerke, Elektrizitätswerke, Wasserversorgungsanstalten, Schlachthöfe, beteiligen sich am Wohnungsbau, an der Milch- und Fleischversorgung. Die Verstaatlichung ist noch kein Sozialismus, am wenigsten dann, wenn sie nur aus fiskalischen Gründen, zum Zweck der Vermehrung der Staatseinnahmen erfolgt. Aber sie ist ein bedeutsames Zugeständnis an den Sozialismus, sie enthält die Anerkennung, daß auf jenen Gebieten der Kapitalismus nicht mehr imstande ist, das gesellschaftliche Bedürfnis zu befriedigen; daß das Gemeinwohl sich mit dem kapitalistischen Betrieb nicht mehr vertrug.

Die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft.

Die sozialistische Gemeinwirtschaft würde schon dann einen ungeheuren Fortschritt bedeuten, wenn sie jegliche Art der Ausbeutung verunmöglicht und die Gesellschaft vor Krisen bewahrt. Sie wird sich aber auch darin dem Kapitalismus überlegen zeigen, daß sie die Produktivität der Arbeit außerordentlich erhöht und trotzdem eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht und uns damit zunächst die äußere

Freiheit — die Befreiung von materiellen Sorgen und die gesellschaftliche Unabhängigkeit sichert. Daß das nicht bloß eine Hoffnung ist, lehrt uns schon folgende kurze Ueberlegung: Geht das Eigentum an den Produktionsmitteln und die Organisation und Leitung der wirtschaftlichen Tätigkeit von der Kapitalistenklasse auf die Gesellschaft über, so ändert sich damit auch der Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit: er besteht nicht mehr in der Erzielung von Profit, sondern in der Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs. Was jetzt nur mittelbarer Zweck ist und nur unter sinnlosen Opfern und auf Irrwegen erreicht wird, wird unmittelbarer Zweck: die Produktion wird nach der Art und Menge planmäig dem Bedürfnis angepaßt. Die Gesellschaft hat nur das eine Interesse: alles, was die Volksgenossen und das Gemeinwesen benötigen, in ausreichender Menge, in guter Qualität und mit dem geringsten Arbeits- und Zeitaufwand herzustellen. In Wegfall kommen wird die Produktion von Schundware und von schlechten Surrogaten. Man wird nichts mehr wissen von den Fälschungen und Verfälschungen und anderweitigen Kniffen, gegen die heute die Lebensmittelpolizei die Konsumenten nur ungenügend zu schützen vermag. Die sozialistische Gesellschaft wird in der Lage sein, die Produktionsmittel voll auszunutzen, alle Arbeitskräfte und Talente nützlich und am richtigen Orte zu verwenden. Sie wird die veralteten Betriebsformen beseitigen und die ganze Produktion zweckmäßig organisieren. Sie wird nicht, wie es heute geschieht, neue Erfindungen durch ein ganzes System von Strafbestimmungen vor „unbefugtem Gebrauch" schützen; sie wird nur das entgegengesetzte Interesse haben: jeden technischen Fortschritt zu verallgemeinern und der Gesamtheit dienstbar zu machen. Die Werke, die Dichter und Musiker uns schenken, werden nicht mit einer Schranke umgeben, die sich erst öffnet, wenn man sich das „Recht der Aufführung" erkauft. Und die Teilnahme des ganzen Volkes an künstlerischen Bestrebungen wird die künstlerische Produktion befruchten und gesund erhalten — eine vornehmere Belohnung des Künstlers, als die heutige Tantieme. Der Sozialismus wird unser Dasein nicht nur erleichtern, er wird es uns vor allem auch verschönern und ihm einen reicheren Inhalt geben. Er wird uns befreien von der Berufssklaverei und allem Philisterwesen. Jeder wird seinen Anteil an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit übernehmen müssen. Aber dank der rationellen Ordnung der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Ausnützung aller technischen Errungenschaften wird die Arbeitszeit ein vernünftiges Maß nicht überschreiten. Und auch das Tempo der Arbeit wird eine gesundes sein. Nicht nur die Ueberanstrengung, sondern auch die Jagd, die Hetze, die nervöse, aufreibende Hast, die das kapitalistische Erwerbsleben charakterisiert, wird ein Ende finden. Noch wird das Wort wahr bleiben:

„Nur der erwirbt sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

Auch in der sozialistischen Gesellschaft werdendie Menschen kämpfen: aber nicht gegeneinander, sondern miteinander; nicht um ein kärgliches Dasein, sondern um ein reiches Leben. Und weil jeder sein Auskommen finden und frei sein wird von den erbärmlichen Sorgen, die uns heute plagen, wird der Beruf das Menschliche in uns nicht mehr unterdrücken und ersticken. Die Figur des ewig rechnenden Kleinbürgers, des verärgerten Handwerkers, des eingetrockneten, gelehrten Stubenhockers, all die Krämer- und Kellnerseelen, die Kleber und Streber werden verschwinden. Und diese schöne Welt wird wieder belebt sein von freien Menschen, die den Mut haben, zu hassen und zu lieben, die das Leben nicht nach seiner Dauer, sondern nach seinem Inhalt schätzen. Unsere Kinder werden ein Leben führen in Freiheit und Schönheit, mit edleren Freuden und edleren Leiden, als sie uns beschieden sind.

Die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe.

Den Grundgedanken des Sozialismus können wir auf eine einfache Formel zurückführen: Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in den Besitz der Gesellschaft zum Zwecke einer rationellen Organisation der Güterproduktion und einer gerechten Verteilung. Oder noch kürzer: Ersatz der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft. Die Einfachheit dieser Formel darf uns aber nicht täuschen über die Schwierigkeit der Aufgabe. Auch das soll durch sie nicht verschleiert werden, daß der Sozialismus nicht nur eine Sache der äußern Ordnung, sondern eine Frage menschlicher Wirksamkeit ist, und daß das glückliche Gelingen ein großes Maß von Pflichtbewußtsein und ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl voraussetzt. Unter zwei Voraussetzungen wäre die Aufgabe verhältnismäßig einfach, nämlich dann: wenn die Schweiz ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet darstellte, das alles selbst erzeugt, was seine Bewohner benötigen, sie also weder etwas einzuführen noch auszuführen brauchte; ferner, wenn die ganze wirtschaftliche Tätigkeit heute schon in einer kleinen Zahl von Großbetrieben konzentriert wäre. Von diesen Voraussetzungen trifft indes keine zu. Die Schweiz ist in ganz außerordentlichem Maße auf den internationalen Güteraustausch angewiesen. Sie führt für Millionen von Franken Nahrungsmittel ein, die sie im eigenen Lande nicht zu erzeugen vermag. Anderseits gibt sie für noch weit größere Beträge fertige Produkte ab, zu deren Herstellung sie Kohle, Eisen, Edelmetalle, Baumwolle, Seide, also Rohstoffe, benötigt, die ihr wiederum vom Auslande geliefert werden müssen. In der Industrie stehen wir nicht etwa „wenigen Usurpatoren" gegenüber, die es nun zu expropriieren gilt. Neben einigen Hundert großen Unternehmungen verzeichnet die Betriebsstatistik weit über 100,000 kleine und Mittelbetriebe, denen sich in der Urproduktion 200,000 bäuerliche Gewerbe

anreihen. Ist der Anteil jener kleinen und mittleren Betriebe an der gesamten nationalen Produktion ein verhältnismäßig bescheidener und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Großkapital nicht zu verkennen, so verkörpert sich in ihnen doch eine große Summe von persönlichen Widerständen und sachlichen Schwierigkeiten. So stellt auch unsere Volkswirtschaft einen überaus komplizierten Organismus dar, ein dichtes Gewebe von Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben, Industrien und Ländern. Die Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus kann nur das Ergebnis einer gewaltigen schöpferischen Arbeit sein, wie sie von der Menschheit noch nie hat geleistet werden müssen. Zum erstenmale sieht sie sich vor die Aufgabe gestellt, bewußt und planmäßig das Wirtschaftsleben auf einer neuen Grundlage zu organisieren. Eine solche Wandlung unterscheidet sich nicht nur dem Grade, sondern dem Wesen nach von allen politischen Revolutionen. Wie einfach war die Aufgabe der großen französischen Revolution: sie bestand darin, die Standesunterschiede aufzuheben und die feudalen Schranken zu beseitigen, welche der Warenproduktion im Wege standen. Das konnte die Konstituante leisten mit einem Federstrich. Der Sozialismus aber verlangt eine reiche schöpferische Tätigkeit. Er wirkt sich nicht in Worten und Resolutionen aus, sondern in Einrichtungen und Unternehmungen, die stufenweise ins Leben gerufen werden müssen. „Die neue Gesellschaft wird — um mit Marx zu reden — noch in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich und geistig, behaftet sein mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus der sie hervorkommt." So zeigt sich uns der Sozialismus als das Ende einer Entwicklung, in der die Arbeiterschaft „eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände von Grund auf umgewandelt werden."

---

2. Kapitel.

Der Sozialismus und das Privateigentum.

Nun sind wir auf dem Punkte angekommen, von dem aus wir das Verhältnis des Sozialismus zum Privateigentum deutlich zu überblicken vermögen. Manche glauben, dies Verhältnis durch den Satz richtig zu bezeichnen: „Die Sozialisten wollen das Eigentum abschaffen." Dieser Satz trägt aber viel mehr zur Verwirrung als zur Verständigung bei. Er erweckt die Vorstellung einer primitiven Gütergemeinschaft und dient als Ausgangspunkt für sehr tiefsinnige Betrachtungen über „die sittlichen und kulturellen Gefahren", die der Gesellschaft von seiten des Sozialismus drohen.

Versuchen wir, den wahren Kern aus jenem Worte herauszuschälen. Es wird uns das leicht gelingen, wenn wir nicht mit einem abstrakten Eigentumsbegriff operieren, wie er nur im Lehrbuch des Juristen existiert, sondern daran denken, daß das Eigentumsrecht zu verschiedenen Zeiten einen ganz verschiedenen Inhalt und eine verschiedene Bedeutung hatte und deshalb auch nur aus der geschichtlichen Entwicklung heraus begriffen werden kann. Drei Tatsachen sind es, die unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die erste: die Dinge, welche die Menschen benötigen, die der Boden uns schenkt, die menschlicher Fleiß erzeugt, sind so unendlich mannigfaltig, dienen so verschiedenen Zwecken, haben für das Leben des Einzelnen wie für die Gesamtheit eine so verschiedene Bedeutung, daß mit allgemeinen Urteilen über das Privateigentum offensichtlich nichts anzufangen ist: es sind leere Redensarten. Eine Untersuchung über die Notwendigkeit oder die Nützlichkeit oder die Schädlichkeit des Privateigentums darf sich nicht auf das Eigentum schlechthin beziehen. Was von einem Winterüberzieher oder einer Zahnbürste gilt, braucht nicht auch für ein Elektrizitätswerk zu gelten. Was auf das Handwerksgerät eines Kleinmeisters zutreffen mag, wird sich nicht auch auf eine Fabrikanlage anwenden lassen, die vielleicht Millionen gekostet hat. Also: man muß unterscheiden nach der Zweckbestimmung wie nach der Verwendungsart der Dinge.

Das zweite, was uns ins Auge fällt: Ein großer Teil derjenigen Sachen, die an sich wohl Gegenstand des Privateigentums sein können und früher auch Einzelpersonen gehörten, sind jetzt im Eigentum des Staates oder der Gemeinden: Eisenbahnen, Post, Telegraph und Telephon, Straßenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke; Schlachthöfe, Wohnhäuser, Krankenanstalten, Waldungen und Baugründe. Der Wert dieser Staats- und Kommunalbetriebe in der Schweiz beträgt viele hundert Millionen Franken. Daraus ergibt sich: Die Frage, ob Staats- oder Privateigentum, hat für die bürgerliche Gesellschaft schon längst aufgehört, eine grundsätzliche Frage zu sein, die mit Ja oder Nein beantwortet wird. Sie ist schon heute eine Frage der Zweckmäßigkeit, nur daß die herrschenden Parteien die Zweckmäßigkeit bloß soweit anerkennen, als es sich mit ihrem bürgerlichen Klasseninteresse verträgt.

Und die dritte Tatsache, von der aus auf unsere Untersuchung Licht fällt: Die im Privateigentum befindlichen Güter verteilen sich heute nach Menge und Art auf die einzelnen Personen und Klassen außerordentlich ungleich. Sie verteilen sich ungleich nach der Menge: Es leben in der Schweiz Hunderttausende, deren ganzes Besitztum in einem dürftigen Hausrat und, wenn's gut geht, ein paar hundert Franken Erspartem besteht, und diesen stehen gegenüber zwei- oder dreitausend reiche Familien, deren Vermögen zusammengerechnet mehr ausmacht, als die Vermögen von 500,000 Lohnarbeitern. Das im Kanton Zürich ver-

steuerte Vermögen machte im Jahre 1912 die Summe von 1793 Millionen Franken aus, so daß auf jeden Steuerpflichtigen etwa 10,000 Franken entfallen. Die Wirklichkeit aber bietet folgendes Bild: 93,000 Personen versteuern gar kein Vermögen, 55,000 Personen ein kleines Vermögen bis 10,000 Fr., und nur 20,000 Personen ein Vermögen von mehr als 10,000 Fr.

Ebenso ungleich ist die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach der Art der Vermögensgegenstände: Diejenigen Produktionsmittel, die (wenn wir von Grund und Boden absehen) für unsere Volkswirtschaft die entscheidende Bedeutung haben — die Fabriken, Maschinen, Krafterzeugungsanlagen —, sind im Besitze einer ganz kleinen Zahl von Personen; die überwiegende Mehrheit des Volkes ist vom Besitz an denselben ausgeschlossen, so daß wir mit Fug und Recht von einem tatsächlichen Besitzesmonopol der Kapitalistenklasse reden. Wir sehen: In der „Abschaffung des Eigentums" hat der Kapitalismus ganz Hervorragendes geleistet. Er hat einen großen Teil des Volkes expropriiert, freilich nicht, um unsern Reichtum an Produktionsmitteln der Gesamtheit dienstbar zu machen, sondern um ihn im Klasseninteresse einer kleinen Gruppe zu verwenden.

Fragen wir uns nun zunächst, welche Lösung des Eigentumsproblems im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt liegt, so kann die Antwort nur so lauten: Wir müssen unterscheiden zwischen den Gegenständen des persönlichen Bedarfs — Kleider, Hausrat, Bücher usw. — und den Produktionsmitteln, die zur Herstellung jener Bedarfsgüter dienen.

Voraussetzung und Grundlage der Kultur und Gesittung und einer gesunden Entwicklung der Persönlichkeit ist das Privateigentum an einer dem Bedürfnis genügenden Menge von Bedarfsgütern, will sagen an all dem, was wir zur Bekleidung und Ernährung, zur Einrichtung und zum Schmuck unserer Wohnung, in einem gewissen Umfange auch zur wissenschaftlichen und künstlerischen Betätigung und manche andere Lebensäußerung benötigen: es sind Dinge, die ganz persönlichem Gebrauche dienen, dem persönlichen Geschmack angepaßt sind, auf die gleichsam etwas von der Persönlichkeit des Besitzers übergeht. Wir können andere am Gebrauch und Genuß dieser Bedarfsgüter teilnehmen lassen, ohne daß sie von ihrem Werte verlören; aber sie können nach unserer Empfindungsart nicht Gemeingut sein. Wir wünschen uns im angedeuteten Umfange ein ausschließliches Benutzungsrecht.

Ganz anders verhält es sich mit den Produktionsmitteln: ob sie einem Einzelnen gehören oder der Gesamtheit, ist an sich für unser persönliches Leben, für Kultur und Gesittung durchaus gleichgültig; nur das erscheint notwendig, daß jeder über diejenigen Gebrauchsgüter verfügt, die er zur Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse, für die Auswirkung seines Lebens bedarf. Ob mein Hausrat, meine Kleider, meine Bücher in einem kapitalistischen oder in einem genossenschaftlichen

Betriebe hergestellt worden sind, ist für die Brauchbarkeit dieser Dinge ohne Belang. Von Bedeutung ist nur, daß sie jedem in guter Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Daraus ergibt sich nun ohne weiteres die Stellung des Sozialismus zum Eigentumsproblem: Nur wer den Sozialismus von Grund aus verkennt, kann zu der verkehrten Annahme gelangen, zu seinen Forderungen gehöre die „Abschaffung" des Privateigentums schlechthin. Der Sozialismus bekämpft das Privateigentum nur insoweit, als es unverträglich geworden ist mit der leiblichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes, als es ein Hindernis und eine Gefahr bildet für jeden kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt. Insoweit aber das Privateigentum eine notwendige Voraussetzung für ein ungebrochenes Menschentum, für die freie Entwicklung und Betätigung des Menschen ist, will der Sozialismus es erhalten und sichern.

Unverträglich geworden mit den Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit ist das Privateigentum an denjenigen Produktionsmitteln, die heute schon einen gesellschaftlichen Charakter angenommen haben und deshalb Mittel der Ausbeutung der besitzlosen Klassen geworden sind. In diesem und nur in diesem Umfange will der Sozialismus das Privateigentum ersetzen durch das gesellschaftliche Eigentum.

Notwendig dagegen ist das Privateigentum, das heißt ein individuelles und ausschließliches Benutzungsrecht an den **Gebrauchs- und Genußgütern.** Und der Sozialismus sucht und findet seine Rechtfertigung gerade darin, daß er uns den reichlichen Besitz dieser Bedarfsgüter sichert und die Grundlage schafft, auf der ein reicheres, schöneres Leben erblühen kann.

Um diesen Zustand herbeizuführen, strebt der Sozialismus die Vergesellschaftlichung der kapitalistischen Produktionsmittel an. Sie ist das einzige, aber auch erfolgreiche Mittel, um den materiellen Wohlstand zu schaffen, der den kulturellen Aufstieg des ganzen Volkes ermöglicht. Die sozialistische Gesellschaft erreicht das durch die Anpassung der Produktion an den Bedarf und die gleichzeitige Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Gerade umgekehrt verhält es sich mit der kapitalistischen Gesellschaft: sie verteidigt leidenschaftlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit dessen Hilfe sie das Privateigentum an den Gütern des persönlichen Bedarfs für einen großen Teil des Volkes in einem unerträglichen Maße einschränkt. Der Kapitalismus setzt Hunderttausende auf eine dürftige Notration; verurteilt sie bei kärglichem Lohn zu lebenslänglicher, eintöniger Arbeit, zwingt sie in den Mechanismus des kapitalistischen Betriebes und degradiert sie zu bloßen Arbeitsinstrumenten, zu „Arbeitern" in dem übeln und grausamen Sinn, daß die Menschen sich abracken müssen, gleichviel, womit und in wessen Dienst, nur um die Mittel für das nackte Leben zu gewinnen.

Es wird der hohe Beruf des Sozialismus sein, das ganze Volk wieder einzusetzen in den Besitz der Bedarfsgüter, von denen der Kapitalismus es entblößt hat, die Grundlage zu schaffen für eine höhere Daseinsform, von der keiner ausgeschlossen sein wird, der sich nicht selbst von ihr ausschließt.

---

3. Kapitel.

Der Sozialismus als Kulturbewegung.

Der Sozialismus nimmt nicht nur das Verdienst für sich in Anspruch, daß er durch die planmäßige Regelung der Gütererzeugung eine ausreichende Befriedigung aller unserer Bedürfnisse möglich machen und auch der Gesellschaft die zur Lösung ihrer Kulturaufgaben nötigen Mittel in reichem Maße zur Verfügung stellen wird. Er wird durch „die Lösung der Magenfrage" aller Kulturarbeit neue Erfolge verheißen, uns von schweren Leiden befreien und uns die Lösung jener zahlreichen „Fragen" bringen, mit der die bürgerliche Gesellschaft sich vergeblich abquält. Das ist nicht eine unbestimmte Hoffnung, sondern eine Zuversicht, die sich auf die sicheren Ergebnisse der soziologischen Forschungen stützt.

Noch vor wenigen Dezennien hat man die zahlreichen Leiden und Krankheiten, von denen die Menschen heimgesucht werden, nur als Einzelfälle behandelt. Man bemühte sich, die Uebel, nachdem sie zutage getreten waren, zu heilen und, wenn sie sich nicht heilen ließen, wenigstens zu mildern. Man sah in ihnen eine Heimsuchung nach dem unerforschlichen Willen Gottes oder des Schicksals, oder einen Ausfluß der Sündhaftigkeit der Menschen, gegen die man mit Ermahnungen und Strafen ankämpfen müsse.

Der erste Fortschritt über diese naive Betrachtungsweise hinaus wurde erzielt, als man die Gesetzmäßigkeit dieser Uebel und Leiden erkannte. Zunächst freilich nur eine Gesetzmäßigkeit im Sinne der regelmäßigen Wiederkehr. Die Statistik lehrte, daß alljährlich so und so viel Verbrechen verübt werden, so und so viel uneheliche Kinder zur Welt kommen, eine bestimmte Anzahl Personen Selbstmord verübt. Ein genaueres Eingehen auf diese Zahlen und der Vergleich der Zahlen aus verschiedenen Zeiten und verschiedenen Ländern ließ dann doch wieder gewisse Schwankungen erkennen. Sowohl die Beständigkeit wie die Abweichungen wiesen darauf hin, daß man den beobachteten Erscheinungen nicht gerecht wird, wenn man sie nur als Einzelfälle, also nur als rein persönliche Ereignisse betrachtete und aus den persönlichen Eigenschaften des Verbrechers, des Selbstmörders usw. heraus zu erklären suchte. Alles wies darauf hin, daß sie mit anderen Tatsachen, die vom

Wollen des Einzelnen unabhängig sind und außerhalb seiner Person liegen, in ursächlichem Zusammenhange stehen müssen. Diese Tatsachen mußten in der Gesellschaft gesucht werden, der wir angehören, im Milieu, d. h. der Umgebung, in der wir aufwachsen. Zwar stellt der Mensch bei seiner Geburt nicht ein leeres Blatt dar, das erst von den Erziehern und vom Schicksal beschrieben wird. Er bringt vielmehr, als Erbteil seiner Vorfahren, eine Summe von Eigenschaften, Neigungen, Fähigkeiten, Trieben mit auf die Welt. Wie und ob aber nun diese Eigenschaften sich entwickeln oder gehemmt werden, hängt zum großen Teil von den Einflüssen ab, denen der Mensch von seiner frühesten, wehrlosen Jugend an ausgesetzt ist. Und nicht nur das: viele körperliche und seelische Eigenschaften sind nicht angeboren, sondern „erworben“, d. h., sie entstehen und bilden sich erst unter dem Einfluß äußerer Verhältnisse oder sind die Folgen bestimmter Ereignisse. Ernährung, Krankheiten, Unfälle, starke psychische Einwirkungen können den Charakter und das Triebleben des Menschen bestimmen und ihm wie zum Glück so zum dauernden Verhängnis gereichen. Diese Erkenntnis ist unendlich wertvoll und tröstlich: sie gibt uns die Verheißung, daß nicht ein unentrinnbares Verhängnis der Menschheit ein bestimmtes Maß von Leid und Unglück beschieden hat, und daß ebenso wenig der kulturellen Entwicklung eine Grenze gezogen ist, über die die Menschen nicht hinaus gelangen.

Wenn die Gebrechen und Krankheiten des Einzelnen auf soziale Mißstände zurückweisen und in diesen wurzeln, so können wir einen erfolgreichen Kampf gegen jene Gebrechen dadurch führen, daß wir die gesellschaftlichen Zustände verbessern. Wir stellen die sozialen Bedingungen her, unter denen das Uebel nicht oder doch nicht mehr im früheren Umfange entstehen kann. Wir warten nicht ab, bis das Uebel ausgebrochen ist, um dann einen oft aussichtslosen Kampf gegen dasselbe zu führen, sondern sehen unsere Aufgabe darin, dem Ausbruch des Uebels vorzubeugen und seine Quellen abzugraben.

Diese Erkenntnis hat namentlich in der öffentlichen Gesundheitspflege praktische Verwertung gefunden. Wenn heute die durchschnittliche Lebensdauer eine längere ist als vor hundert Jahren, so liegt die Ursache nur zum kleineren Teil darin, daß die Heilerfolge der ärztlichen Behandlung größer sind. Wir verdanken das in der Hauptsache der öffentlichen Gesundheitspflege, die durch verbesserte Kanalisation, Versorgung mit gutem Trinkwasser, durch baupolizeiliche Vorschriften und Maßnahmen der Schulhygiene die Gefahr der Erkrankung für alle vermindert hat.

Die wichtigste Ursache der Gebrechen und Mängel, der Mißstände und Verirrungen, unter denen wir heute leiden, sind in der wirtschaftlichen Not und Abhängigkeit und in der Unsicherheit der Existenz zu suchen. Indem der Sozialismus jedem einen gesunden Wohlstand

sichert, verstopft er die Hauptquelle der Mißstände, die in der kapitalistischen Gesellschaft unausrottbar sind. Und andererseits schafft er dadurch die äußeren und inneren Bedingungen, unter denen erst die Kulturarbeit reiche Früchte zeitigen kann. Daß wir zu dieser Erwartung berechtigt sind, läßt sich unschwer an den wichtigsten gesellschaftlichen Problemen nachweisen.

Die Stellung der Frau.

Zu diesen Problemen gehört die Stellung der Frau: zunächst in der Gesellschaft und im Staate, dann aber auch in der Ehe gegenüber dem Mann. In dreifacher Hinsicht erscheint die Frau heute benachteiligt. Sie ist politisch fast völlig rechtlos; unsere „Volksrechte" sind in Wahrheit nur Männerrechte. Im wirtschaftlichen Leben ist sie der Ausbeutung durch den Kapitalismus noch wehrloser ausgeliefert als der Mann; die Berufe, in denen die Frauenarbeit überwiegt, weisen regelmäßig auch die ungünstigsten Arbeitsbedingunngen auf, neben der längsten Arbeitszeit die niedersten Löhne. Und zum dritten: Zu der Lohnknechtschaft gesellt sich häufig genug noch die Haussklaverei, zur Erwerbsarbeit die Last des Haushaltes und der Kinderpflege. „In der Familie ist der Mann der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat."

Der oberflächlichen Betrachtung mag es scheinen, als ob man es in allen diesen Beziehungen nur mit Ausstrahlungen des Gegensatzes zwischen den beiden Geschlechtern zu tun hätte. Auf diesem Standpunkte stehen in der Tat manche bürgerliche Frauenrechtlerinnen: für sie ist „der Mann" das böse Prinzip, der Unterdrücker, der der Frau den Platz an der Sonne verwehrt. Und die ganze Frauenfrage reduziert sich für sie auf ein einfaches politisches Problem, das, wenn die Männer nur wollten, von heute auf morgen durch einen Akt der Gesetzgebung gelöst werden könnte: durch die Anerkennung der „politischen Gleichberechtigung" der Frau. Das Schiefe und Unzulängliche dieser Auffassung kann die Lohnarbeiterin deutlich genug am Schicksal ihres männlichen Klassengenossen erkennen: die demokratischen Volksrechte dienen ihm wohl als Waffe im Kampf ums Dasein, aber an seiner Klassenlage im ganzen haben sie nichts geändert. Nehmen wir an, die Männer verzichteten in einer edlen Aufwallung auf ihre politische Alleinherrschaft: sie übertrügen auf die Frauen Stimmrecht und Wählbarkeit und öffneten ihnen die politische Karriere, die mit der Bürde des Stimmenzählers beginnt und der Würde des Regierungsrates endet, so wäre damit gewiß nicht wenig gewonnen. Manche Interessen der Frauen würden besser gewahrt und die Anschauungen der Frauen und ihre Art, die Dinge zu betrachten und zu beurteilen, würden sich im öffentlichen Leben gewiß zum allgemeinen Nutzen geltend machen. Auch würde die Frau wohl in der Ehe gegenüber dem Manne größere Selbständigkeit gewinnen, allein die Klassengegensätze würden nichts von ihrer Schärfe verlieren und die

Lebenslage der großen Mehrzahl der Frauen bliebe ebenso gedrückt, wie sie es heute ist. Auch die Frau muß sich das recht klar machen: sie ist nicht nur Frau, sondern auch Angehörige einer sozialen Klasse. Ihr Schicksal wird — soweit es sich um die Möglichkeit freier und gesunder Entwicklung handelt — vielmehr durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht der Gesellschaft bestimmt. Sie hat also nicht nur Fraueninteressen, deren sie sich bewußt werden muß, sondern auch, und in allererster Linie, Klasseninteressen. Bringt sie die Wahrung ihrer Fraueninteressen unter Umständen in einen Gegensatz zum Manne, so kann sie ihre ungleich wichtigeren Klasseninteressen nur in treuer Kameradschaft und Schulter an Schulter mit ihren männlichen Klassengenossen verteidigen. Hier handelt es sich nicht um den Gegensatz von Mann und Frau, sondern um den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, und letzten Endes um die Ueberwindung des Kapitalismus. Und soweit hier eine Verschiedenheit zwischen Mann und Frau besteht, so kann sie nur darin gefunden werden, daß der Sozialismus für die Frau eine noch viel tiefere und umfassendere Bedeutung hat als für den Mann. Denn auch das Unrecht und die Zurücksetzung, das die Frau heute außerhalb des Arbeitsverhältnisses, also im staatlichen Leben, in der Gesellschaft, im Hause seitens ihres Mannes erfährt, wurzelt schließlich in ihrer wirtschaftlichen Unfreiheit und Not.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, daß die Stellung der Frau zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten eine sehr verschiedene war und daß auch die Familie in ihrer heutigen Form das Ergebnis einer langen Entwicklung ist. Will der Leser sich überzeugen, daß die Einehe nicht eine göttliche und ewige Einrichtung ist, so nehme er seine Bibel zur Hand und lese die nicht ganz unverfängliche Liebesgeschichte Jakobs und der Rahel, der Tochter Labans, nach, die im ersten Buch Mose, Kapitel 29 und 30, aufgeschrieben steht.

Was die geschichtliche Forschung uns lehrt, ist das: Jede tiefgreifende Veränderung in den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, d. h. in der Art und Weise, wie die Menschen die von ihnen benötigten Güter erzeugen und austauschen, hatte auch eine Veränderung in der Form und Ordnung der Familie und im Verhältnis der Geschlechter zur Folge. Das gilt nicht zuletzt vom Kapitalismus. Die Stellung der Frau ist heute eine ganz andere als vor hundert Jahren. Wer aufmerksam das Leben betrachtet, erkennt, das unter unseren Augen sich auf diesem Gebiete wichtige Wandlungen vollziehen. Alle diese Veränderungen stellen sich dar als Anpassungen an den Kapitalismus.

Der Leser erinnert sich an das anschauliche Bild, das Schiller im „Lied von der Glocke" entwirft: Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirken und streben, muß wetten und wagen, das Glück zu erjagen. Die züchtige Hausfrau aber, die Mutter der Kinder, herrscht

weise im häuslichen Kreise; auch sie regt ohne Ende die fleißigen Hände, aber sie erwirbt nicht wie der Mann, sondern erzieht die Kinder und besorgt das Haus. Die Teilung der Arbeit zwischen Mann und Frau entsprach der kleinbürgerlichen, vorkapitalistischen Gesellschaft mit vorwiegend handwerksmäßiger Produktion. Aufgabe des Mannes war die Erwerbsarbeit, Aufgabe der Frau die Besorgung des Haushaltes. Eine solche Arbeitsteilung, die der Frau eine sehr bescheidene Stellung und einen engen Wirkungskreis anwies, führte naturgemäß zu einer starken Unterordnung der Frau. Der Mann ist, in jedem Betracht, „das Haupt der Ehe". Die Interessen der Frau waren eingeschlossen in den engen Bereich ihrer häuslichen Tätigkeit, und sie empfand deshalb ihren radikalen Ausschluß vom öffentlichen Leben und allen politischen Rechten und die bevorrechtete Stellung des Mannes nicht als Zurücksetzung und Rechtlosigkeit, sondern als einen natürlichen Zustand. Und ebenso empfinden auch heute noch in kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen nicht alle, aber sehr zahlreiche Frauen.

Aber auf dem sich stetig erweiternden Gebiete, das sich der Kapitalismus erobert hat, ist dieses häusliche Idyll von Grund aus zerstört. Zuerst und am nachhaltigsten und rücksichtslosesten griff er ein in die Familie des Lohnarbeiters. Die Einführung der Maschine, die weder besondere Fertigkeiten noch große körperliche Kraft erforderte, ermöglichte die Beschäftigung von Frauen und Kindern in der Industrie. Und aus der Möglichkeit wurde sofort eine grausame Notwendigkeit. Hatte das Einkommen des Arbeiters zur Bestreitung des Unterhaltes der ganzen Familie ausgereicht, so sank nun der Verdienst des Fabrikarbeiters und Tagelöhners weit unter das „Existenzminimum" einer Familie. Jetzt muß auch die Frau „hinaus ins feindliche Leben", und zur Last des Haushaltes gesellt sich nun noch die Erwerbsarbeit. Sie kauft zwar heute manches in fertigem Zustande, was sie früher selbst hergestellt hat, und einen anderen Teil der Sorgen nehmen ihr die Kinderkrippen und der Jugendhort und wie all diese kläglichen Surrogate für Haus und Heim heißen, ab. Aber trotzdem muß sie ihren Arbeitstag über den Feierabend hinaus oft in die tiefe Nacht hinein verlängern, nicht um „mit Schätzen die duftenden Laden" zu füllen und „im reinlich geglätteten Schrein die schimmernde Wolle, den schneeigten Lein" zu sammeln, sondern um in zehnmal geflickte Kleider neue Hosenböden einzusetzen und in den alten, schadhaften Hemden und Strümpfen die Löcher zuzustopfen.

Aber auch in den Schichten des bürgerlichen Mittelstandes vollzieht sich eine Wandlung. Zwei Tatsachen fallen uns hier in die Augen, die nur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung verständlich sind. Auch in den wohlhabenden Kreisen legt man Wert darauf, die Mädchen in einem Berufe auszubilden, der sie zur Not ernährt, falls sie „keinen Mann finden". Denn die Aussichten auf Versorgung in einer

standesgemäßen Ehe werden immer ungewisser. Und während sich in der alten patriarchalischen Familie mit ihrer ausgedehnten Hauswirtschaft für eine ledig gebliebene Schwester oder Tante leicht ein Platz und Beschäftigung fand, droht der alten Jungfer jetzt oft eine ungewisse und unerfreuliche Zukunft, wenn sie nicht durch irgend eine Berufsarbeit ihrem Leben Inhalt und Stütze geben kann.

Und die andere Tatsache: Auch die verheiratete Frau des Mittelstandes sieht sich mehr und mehr genötigt, mit und neben ihrem Manne zu verdienen: aus der Hausfrau wird die Geschäftsfrau. Der Staat trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem er den Mädchen in höheren Töchterschulen, Lehrerinnenseminaren, kunstgewerblichen Anstalten neue Bildungsgelegenheiten verschafft und ihnen Universitäten, Post- und Telegraphenbureaus und andere Berufe öffnet, die noch vor zwei Jahrzehnten nur den Männern zugänglich waren. Und auch die Gesetzgebung kann an diesen Tatsachen nicht unbeachtet vorübergehen: die privatrechtliche Stellung der Frau, die bislang auf der Stufe von Kindern niedergehalten war, wird eine andere; sie behält ihre Handlungsfähigkeit auch nach der Verheiratung und gewinnt auch in anderer Hinsicht an rechtlicher Selbständigkeit.

Fassen wir das Ergebnis dieser Entwicklung zusammen: Wie alle menschlichen Verhältnisse hat der Kapitalismus auch die alte patriarchalische Familie revolutioniert, indem er sie zwang, sich seinen Bedürfnissen anzupassen. Aber zwiespältig und widerspruchsvoll, wie er in allem ist, brachte er der Frau nur eine halbe Befreiung, die ihr nicht zum Glücke gereichte.

Der Kapitalismus legte die Schranken nieder, durch welche die Frau in den engen Kreis des Hauses gebannt war und zwingt sie zur Teilnahme an der Erwerbsarbeit. Aber diese Arbeit gibt ihrem Leben nicht neuen Sinn und Inhalt. Die Wirkung ist für Tausende von Frauen nur die, daß sie in die gleiche Lohnknechtschaft geraten, in welcher auch der Arbeiter sein Dasein verbringt. Der Kapitalismus erschließt der Proletarierin immer neue Gebiete gewerblicher Tätigkeit, aber er befreit sie nicht von der häuslichen Arbeit und nimmt keine Rücksicht auf ihre körperliche Eigenart und die besonderen Bedürfnisse ihres Geschlechtes. Und weil die Erwerbsarbeit nicht auf ihrer freien Wahl beruht, sondern ihr durch die harte Notwendigkeit, den unzulänglichen Verdienst ihres Mannes zu ergänzen, aufgezwungen ist, scheitern alle Versuche, den Konflikt zwischen Mutterberuf und Erwerbsarbeit zu lösen. Man müßte schon sehr anspruchslos sein, wenn man im „freien Samstagnachmittag" und in der Schonzeit der Wöchnerinnen eine Lösung erblicken wollte.

Und wiederum hängt es mit der kapitalistischen Entwicklung zusammen, daß die Frauen heute an allen öffentlichen Einrichtungen, an den Aufgaben der Verwaltung, am Gang der Gesetzgebung fast ebenso stark und ebenso unmittelbar interessiert sind wie die Männer. Aber

die staatsbürgerlichen Rechte bleiben ihnen vorenthalten und der Kampf um die politische Gleichberechtigung wird sich in der Schweiz noch schwieriger gestalten als in anderen Ländern mit einer jungen, durch keine Tradition belasteten Demokratie. Sogar eine so selbstverständliche Forderung, wie die der Teilnahme der Frau an der Strafrechtspflege und an der Rechtsprechung über Streitigkeiten aus dem Ehe- und Familienrecht, zumal über Scheidungs- und Vaterschaftsklagen wird als törichte Sache auf die Seite geschoben.

An eine sozialistische Organisation des Wirtschaftslebens dürfen wir mit froher Zuversicht die Erwartung knüpfen, daß sie die Bedingungen erfüllt, unter denen diese Widersprüche und Konflikte sich lösen werden. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird die Frau die volle Gleichberechtigung mit dem Manne erlangen. Gleichberechtigung nicht im Sinne einer äußerlichen Gleichstellung, sondern in dem viel besseren Sinne, daß die Frau, ebenso wie der Mann, die Möglichkeit freien Wachstums, der ungehinderten Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Fähigkeiten hat und den Wirkungskreis findet, der diesen Fähigkeiten entspricht. Und wie immer ihr Schicksal sich gestalten mag, sie wird ihre weibliche Eigenart neben derjenigen des Mannes behaupten und ihre Persönlichkeit zur Geltung bringen, zu ihrem Glücke und demjenigen des Mannes. Das künstlich gezüchtete süßliche Gretenideal, das auch durch einen Schuß Gertrud-Stauffachertum nicht erträglicher wird, wird ebenso verschwinden, wie der Typus des verbildeten Mannweibes, das sich an seinem „Unterdrücker" rächen will, indem es ihn nachahmt und den Rock mit der Hose vertauscht.

Ehe und Prostitution.

Die Ehe der bürgerlichen Gesellschaft hat einen zwieschlächtigen Charakter. Als persönliches Verhältnis ist sie die gesetzlich geregelte Form für das Zusammenleben von Mann und Frau zum Zweck der Fortpflanzung. Daneben aber ist die Ehe eine Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Zwecke der Unterhaltfürsorge und der ökonomischen Sicherung der Kinder. Dieser doppelte Charakter gereicht ihr zum Verhängnis, weil jene beiden Zwecke, der persönliche und der sachliche, an grundverschiedene Voraussetzungen geknüpft sind — Voraussetzungen, die sich zwar nicht gegenseitig ausschließen, aber doch nicht oft zusammentreffen und häufig miteinander in Konflikt geraten. Ist auch der ökonomische Charakter der Ehe nicht mehr so stark betont wie früher (Kaufehe), so überwiegt er doch heute noch. Nur wenig Ehen werden geschlossen, bei denen Standesrücksichten und wirtschaftliche Gründe nicht bewußt oder unbewußt mitgesprochen haben (auch wenn der junge Mann nicht geradezu die Absicht hat, „in ein Geschäft der Konfektionsbranche hineinzuheiraten"). Wie andererseits auch zahlreiche Ehen aus ökonomischen Gründen scheitern. Das ist die Geschichte von tausend Ehen: die Aufgaben und Lebenskreise der Ehegatten decken sich nur zu einem kleinen

Teil. Nachdem die erste Verliebtheit sich verflüchtigt hat, beschränkt sich die Gemeinsamkeit auf das äußere Leben. Die Frau reibt sich auf im Kampf mit den kleinlichen Sorgen und Nöten des Alltags und erfährt an sich die Wahrheit des Wortes, daß die große Notwendigkeit den Menschen erhebt, daß ihn aber die kleine erniedrigt. Sie wird verdrossen und humorlos. Die erotische Stimmung der ersten Zeit verliert sich, und was übrig bleibt, ist die Gewohnheit, und als trüber Satz die „eheliche Pflicht".

Die andere üble Folge des ökonomischen Charakters der bürgerlichen Ehe ist die: eine große Zahl ehefähiger Männer zieht es vor, ledig zu bleiben oder doch die Verheiratung möglichst lange hinaus zu schieben, so daß nun ebenso viele Frauen vergeblich auf ihre Versorgung in der Ehe warten. Ledig sein bedeutet aber für zahlreiche Männer nicht etwa sexuelle Abstinenz, sondern Befriedigung ihrer geschlechtlichen Bedürfnisse außerhalb der Ehe. Und insofern beruht das harte Wort, daß die Ehe der Prostitution ruft und in ihr ihre Ergänzung findet, durchaus auf Wahrheit.

Damit erledigt sich das so dumme wie bösartige Gerede von der „kommunistischen Weibergemeinschaft". Je ausschließlicher das Verhältnis von Mann und Frau auf persönlichem Wohlgefallen ruht, auf jenem Zusammenhang, der gegenüber allen Verstimmungen sieghaft bleibt, auf der „Wahlverwandtschaft", desto strenger wird die Ehe ihren monogamen Charakter bewahren. Und umgekehrt: besteht die Ehe nur noch der Form nach, ist sie innerlich zur Lüge geworden, so werden die Ehegatten nicht durch ökonomische Rücksichten gezwungen sein, die Ehe fortzusetzen, auch wenn sie darüber an Leib und Seele zugrunde gehen nach Nietzsches Wort: Wohl brach ich die Ehe; aber zuerst brach die Ehe mich.

So wenig wie über die Weibergemeinschaft lohnt es sich, über die kommunistische Kindererziehung ein Wort zu verlieren, wenn darunter eine kasernenmäßige Anstaltserziehung verstanden wird, die alle persönlichen Bande zwischen Eltern und Kindern löst. Die Kinder der sozialistischen Gesellschaft werden in einem viel besseren Sinne ihren Eltern gehören als heute, und die Eltern werden in einem innigeren Verkehr mit ihren Kindern sich selber ihre Jugend bewahren.

Wie sich das Verhältnis von Mann und Frau in der Ehe und ihr Zusammenleben im einzelnen gestalten wird, darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Vorderhand genügt und beruhigt uns die Gewißheit, daß sie mit dem Wegfall ihres ökonomischen Charakters auch die widerwärtigen Züge verlieren wird, die ihr heute anhaften. Auf die Frage aber, was neues hinzukommen wird, antworten wir mit den frohgemuten Worten Engels: „Das wird sich entscheiden, wenn ein neues Geschlecht herangewachsen sein wird; ein Geschlecht von Männern, die nie in ihrem Leben in den Fall gekommen sind, sich für Geld die Preisgabe einer Frau zu erkaufen; ein neu Geschlecht von Frauen, die nie in der

Lage waren, sich aus anderen Rücksichten als aus wirklicher Liebe einem Manne hinzugeben, oder dem Geliebten die Hingabe zu verweigern aus Furcht vor den ökonomischen Folgen. Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen. Sie werden sich ihre eigene Praxis machen — und damit punktum."

Der Geburtenrückgang.

Mit dem wirtschaftlichen Charakter der Ehe steht eine in unseren Tagen eifrig erörterte Tatsache im engsten Zusammenhange: der Geburtenrückgang. Er gab lange Zeit keinen Anlaß zu Besorgnissen, weil sein Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung durch den gleichzeitigen Rückgang der Kindersterblichkeit wieder ausgeglichen wurde. In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts kamen auf je 1000 Personen der Wohnbevölkerung jährlich etwa 30 Lebendgeburten. Im folgenden Jahrzehnt ging die Zahl auf 27 bis 28 zurück und hielt sich auf dieser Höhe bis in den Anfang dieses Jahrhunderts. Dann sank sie zuerst langsam, seit 1910 rascher. Im Jahre 1916 entfielen auf 1000 Einwohner nur noch 18,7 Lebendgeburten, während es vor einem Menschenalter noch mehr als 30 waren.

Andererseits aber erfuhr in diesem Zeitraum auch die Säuglingssterblichkeit eine starke Abnahme. Vor 40 Jahren starben von je hundert Neugeborenen 20 und mehr im ersten Lebensjahre, heute nur noch sieben bis acht.

Zur Erklärung des Geburtenrückgangs haben unsere Soziologen alle möglichen Tatsachen herangezogen: das Frauenstudium und die Berufstätigkeit der Frau, die Genußsucht und die Bequemlichkeit. Daß in bestimmten Fällen diesen und anderen Momenten eine gewisse Bedeutung zukommt, wird nicht zu bestreiten sein. Aber als soziale, überall beobachtete Erscheinung kann man den Geburtenrückgang nur aus sozialen Ursachen begreifen. Die Furcht vor dem Kinde und der Wunsch nach Beschränkung der Kinderzahl wurzelt in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle und letzten Endes in ökonomischen Rücksichten: in der Dürftigkeit der ganzen Lebenshaltung und in der Wohnungsnot, in der Unsicherheit der Existenz, der Schwierigkeit, den Kindern eine irgendwie sichere Zukunft zu bereiten. Fallen diese Bedenken hinweg und hat die Frau keinen Grund mehr zu der Befürchtung, daß sich an jede Geburt neue Nahrungssorgen und Einschränkungen knüpfen, so wird der Geburtenrückgang rasch seine Grenze finden. Die Freude der gesunden Frau an der Nachkommenschaft wird der Gesellschaft denjenigen Bevölkerungszuwachs sichern, dessen sie zu ihrer Entwicklung bedarf. Jede Wirtschaftsordnung hat ihr eigenes Bevölkerungsgesetz, so auch die sozialistische. Die Frau als mißhandelte Gebärmaschine, wie die Frau, die in beständiger Angst vor der Schwangerschaft lebt, sind typische Erscheinungen des Kapitalismus. Der sozialistischen Gesellschaft gehört die

Mutter an, die ihre Mutterschaft und die Erfüllung ihrer Mutterpflicht als Glück empfindet, ohne daß sie dies Glück mit ihrem Menschentum und mit dem Verzicht auf die Teilnahme am öffentlichen und beruflichen Leben erkaufen muß. Eben deshalb wird sie in der Lage sein, ihren Kindern mehr auf den Lebensweg mitzugeben und mehr von ihnen zu empfangen als die Frau, die nie aus dem engen Bereich ihrer Hauswirtschaft herauskommt oder dem Hause durch aufreibende Lohnarbeit völlig entzogen wird.

Erziehung und Berufslehre.

Wenn heute noch die Resultate der Erziehung und des Unterrichtes uns unbefriedigt lassen, so liegt die Ursache nicht darin, daß Grundsätze und Methoden einer vernünftigen Erziehung uns unbekannt geblieben sind. Wir glauben in der „Arbeitsschule" eine Unterrichtsmethode gefunden zu haben, die, indem sie die Jugend mit den nötigen Kenntnissen ausstattet, dieselbe auch zu tüchtigen Menschen erzieht und ihren Charakter bildet. Sie vermeidet die Einseitigkeit, an der vorab die Mittelschule leidet, die ihre Zöglinge nur mit Kenntnissen vollstopft. Sie weckt und stärkt die sittlichen Kräfte im Menschen nicht durch Moralunterricht, sondern durch die Erziehung zur Arbeit, durch eine methodische Beschäftigung, die alle Fähigkeiten entwickelt und die Sinne schult, und nicht zum wenigsten dadurch, daß sie den Zusammenhang mit der Natur, mit Feld und Wald und dem nährenden Boden, der jetzt in den Steinhaufen unserer Städte und Schulhäuser verloren geht, zu wahren und zu festigen weiß. In dieser Erziehungsmethode liegt auch die Lösung eines Problems, mit dem wir uns heute vergeblich abquälen: der sexuellen Aufklärung der Jugend. Noch richtiger: sie nimmt dem Problem die Bedeutung, die es heute noch hat. Sie schützt die Jugend vor geschlechtlicher Frühreife und Ueberreizung. Indem sie keine seelische und keine körperliche Kraft verkümmern läßt, sondern alle zu gleichmäßiger Entwicklung bringt, schafft sie ein Gleichgewicht, das nicht durch verfrühte sinnliche Begierde gefährdet wird. Im steten Umgang mit der Natur wird Kopf und Herz gesund bleiben und die Phantasie wird durch Unterricht, Spiel und Beschäftigung soviel gesunde Nahrung erhalten, daß sie sich nicht so leicht wie heute auf das sexuelle Gebiet verirrt. Das Ziel dieser Erziehung wird nicht in der „Abtötung der Fleischeslust" bestehen; aber sie wird uns statt eines genußsüchtigen ein genußtüchtiges Geschlecht schenken und es vor den geschlechtlichen Verirrungen beschützen, die heute so viele Opfer fordern.

Wie gesagt: Einsichtige Erzieher sind darüber einig, daß die Schule auf solchen oder ähnlichen Grundsätzen aufgebaut werden muß, und es soll nicht bestritten werden, daß manche Schulbehörde sich bemüht, diesem Ziele näher zu kommen. Aber was bis jetzt erreicht worden ist, beweist im Grunde nur die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Wohltat einer richtigen Erziehung der gesamten Jugend und nicht nur einer

bevorzugten Schicht zuteil werden zu lassen. Denn die Reform des Unterrichtswesens ist nicht nur eine Sache der besseren Einsicht und des guten Willens, sondern sie ist auch eine Geldfrage. Und der bürgerliche Staat wird der Schule nie die Mittel zur Verfügung stellen können, die zu dieser Reform erforderlich sind. Und wenn er es täte, so würden seine Bemühungen scheitern an den häuslichen Verhältnissen der Schüler und den Einflüssen, denen heute die Jugend auf der Gasse und im Erwerbsleben ausgesetzt ist. Wie es aber mit der häuslichen Erziehung bestellt ist, läßt sich nicht ohne tiefen Schmerz schildern. Wie viele Kinder werden heutzutage nicht erzogen, sondern nur geprügelt. Für die Mehrzahl der Eltern besteht das Erziehen einfach im Verbieten, während das Geheimnis echter Erziehung im Erlauben und im Anleiten liegt.

Einer sozialistischen Gesellschaft wird es ein Leichtes sein, die Mittel aufzubringen, die nötg sind, um die Schule auf einer neuen Grundlage aufzubauen und jedes Kind soweit zu fördern, als seine Anlagen es gestatten. Keine Fähigkeit und kein Talent wird deshalb verkümmern, weil die Mittel zur Ausbildung fehlen, und die Schule braucht nicht mehr zu befürchten, daß das harte Leben wieder zerstöre, was sie aufgebaut hat. Und ebenso sicher ist das andere: daß die bessere Erziehung die segensreichste Rückwirkung auf die künstlerische und wissenschaftliche Produktion ausüben wird. Sie wird das Verständnis und die Empfänglichkeit für Kunst und Wissenschaft im ganzen Volke fördern und dadurch der künstlerischen Tätigkeit neue, heute ungeahnte Antriebe geben und Wirkungskreise eröffnen. Diese Empfänglichkeit kommt wiederum der Kunst zu statten, weil sie den Künstler vor der Versuchung schützen wird, durch allerhand Extravaganzen und gewaltsame Verrenkungen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Das Verbrechertum.

Der Satz, daß man es im Verbrechertum wie in der Prostitution mit einer sozialen Erscheinung zu tun hat, ist zum Gemeinplatz geworden. Er will besagen: daß jemand zum Verbrecher wird oder der Prostitution anheimfällt, liegt nicht allein an ihm, sondern ebenso sehr an den Verhältnissen, unter denen er aufgewachsen ist. Wäre er in einer anderen Umgebung erzogen worden, hätten andere Einflüsse auf ihn eingewirkt, so hätte sein Leben nicht diese Wendung genommen.

> Ihr stoßt ins Leben ihn hinaus,
> Ihr laßt den Armen schuldig werden;
> Dann überlaßt ihr sie der Pein.

Die Verantwortung für Verbrechertum und Prostitution teilt sich zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft, und ganz sicher so, daß der größere Teil auf der Gesellschaft ruht.

Neuere Forschungen haben uns wertvollen Aufschluß über den engen

Zusammenhang zwischen Kriminalität und den sozialen Verhältnissen gebracht. Wenn sie uns im Alkoholismus und den herrschenden Trinksitten eine der ergiebigsten Quellen der Kriminalität erkennen ließen, so ist das nicht eine Widerlegung, sondern eine Bestätigung des an die Spitze gestellten Satzes. Denn die Trinksitten und die Bedeutung, die das Wirtshaus in der heutigen Gesellschaft hat, wurzeln selbst wieder in unseren sozialen Verhältnissen.

Mit welchem Merkmale der heutigen Gesellschaft hängt das Verbrechertum zusammen? Was uns die Kriminalstatistik und Kriminalpsychologie lehren, bestätigt uns jeder Blick ins Leben: Es ist die Eigentumsordnung des Kapitalismus. Nicht die Gottlosigkeit und die Erbsünde, nicht die „Halbbildung" und nicht die Genußsucht, sondern die Armut mit all ihren Rückwirkungen auf Lebensgewohnheiten und Bildungsgrad, und auf der andern Seite der Ueberfluß und der Wunsch, durch verwerfliche Mittel zu Besitz zu gelangen. Wir dürfen uns die Dinge nur nicht so vorstellen, als ob jeder Dieb, jeder Betrüger, jede Prostituierte unmittelbar durch die Not und den Hunger auf den Abweg getrieben worden wäre. Der Zusammenhang zwischen Kriminalität und Bedürftigkeit ist in den meisten Fällen durch Zwischenglieder vermittelt: Dummheit, Leichtsinn, Gleichgültigkeit gegen gesellschaftliches Ansehen, Mangel an Erziehung und an den Stützpunkten und Hemmungen, die der Angehörige der besitzenden Klasse im Familienverbande, in seiner sozialen Stellung findet. Aber alle diese Zwischenglieder hängen selbst aufs engste mit der Mittellosigkeit zusammen und verknüpfen das Verbrechen und die Prostitution mit der Tatsache, daß der Kapitalismus einen großen Teil des Volkes besitzlos gemacht hat und ihm im Leben nicht soviel zukommen läßt, als zu einem menschenwürdigen Dasein gehört.

Was sich aus dem Gesagten mit Notwendigkeit ergibt, ist das, daß mit dem Kapitalismus auch die Ursache des Verbrechertums verschwinden wird; daß der Sozialismus den Nährboden beseitigt, auf dem Kriminalität und Prostitution wachsen. Nicht als ob in einer sozialistischen Gesellschaft strafbare Handlungen nicht mehr vorkommen könnten. Aber jene dunkeln Mächte werden als gesellschaftliche Massenerscheinungen verschwinden. Und diesen Gewinn werden wir um so höher anschlagen, wenn wir erkannt haben, mit wieviel Unvollkommenheit die Strafrechtspflege behaftet ist. Nie wird sie imstande sein, den Widerspruch zu versöhnen, der sich aus den beiden Forderungen ergibt, die wir an das Strafrecht stellen: Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Genügen wir der einen, so geschieht es stets auf Kosten der anderen. So sorgfältig wir das Strafrecht nach der sozialen Seite hin ausbauen, so vermag es doch nicht dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht von allen Klassen gleich schwer getragen wird: sie wächst mit der Not und Bedrängnis und lastet am schwersten auf denjenigen, die das Leben zuerst wehrlos macht, um sie dann den

stärksten Versuchungen auszusetzen. Darum erneuert sich immer wieder das Mißtrauen gegen die Rechtspflege des bürgerlichen Staates. „Und wenn sie sagen: ich bin gerecht, so klingt es immer gleich wie: ich bin gerächt.“

Das Verhältnis des Sozialismus zur Religion.

Im Kampf gegen den Sozialismus spielte seine „Religionsfeindlichkeit“ lange Zeit eine wichtige Rolle. Die Waffe ist durch den Gebrauch etwas stumpf geworden und wird nur noch selten aus der geistigen Rüstkammer geholt. Aber zu unserer eigenen Verständigung mag ein Wort über die Stellung des Sozialismus zur Religion hier eingeschaltet werden.

Unser Programm spricht sich über diesen Punkt nicht aus. Dasjenige der deutschen sozialdemokratischen Partei verlangt die „Erklärung der Religion als Privatsache“ — ein Standpunkt, der auch der unsere ist.

Der Satz, daß Religion Privatsache sein solle, wendet sich nach zwei Seiten: an den Staat, dem er damit eine Schranke zieht, an den Bürger, für den er ein Recht reklamiert. Vom Staat verlangen wir, daß er in religiösen Dingen keinerlei Zwang ausübe und die Ordnung der kirchlichen Angelegenheiten den privaten religiösen Genossenschaften überlasse, — also Trennung von Kirche und Staat, wie sie bereits in manchen Staaten und einigen schweizerischen Kantonen, zuletzt in Baselstadt, zur Durchführung gelangt ist. Nach der andern Seite gewendet, bedeutet jener Satz, daß die Partei nicht nach dem Glaubensbekenntnis ihrer Mitglieder fragt, also bei ihnen keine bestimmte Stellungnahme zu den religiösen Problemen voraussetzt, sondern ihr Verhältnis zu Religion und Kirche als ihre private Angelegenheit betrachtet. Diesen Standpunkt begründen wir nicht damit, daß zwischen Sozialismus und Religion keine Berührungspunkte bestehen. Im Gegenteil: wir sind überzeugt, daß eine sozialistische Wirtschaftsordnung von entscheidendem Einfluß auf die religiöse Entwicklung sein wird, wie auch auf dem Boden aller voraufgegangenen Wirtschaftsordnungen bestimmte religiöse Anschauungen und Grundstimmungen erwachsen sind. Aber diese Wirkungen werden eintreten, ohne Rücksicht darauf, ob wir sie voraussehen, wünschen oder befürchten. Und es kann uns deshalb durchaus gleichgültig sein, welche religiöse Erwartungen diejenigen an den Sozialismus knüpfen, die für seine Verwirklichung kämpfen.

Die Behauptung, der Sozialismus sei religionsfeindlich, ist um so törichter, als sich schon in unserer kapitalistischen Epoche eine tiefgreifende Wandlung in den religiösen Anschauungen vollzogen hat. Am sinnfälligsten gibt sie sich zu erkennen in der zunehmenden religiösen Gleichgültigkeit: Die Zahl derjenigen, die wirkliche religiöse Bedürf-

nisse haben und nicht nur gewohnheitsmäßig an gewissen kirchlichen Uebungen teilnehmen, ist schon heute außerordentlich klein. Die Erklärung dafür fällt nicht schwer.

Die Theologie ist durch die Ergebnisse der kritischen Bibelforschung und der vergleichenden Religionswissenschaft zu einem Wechsel ihrer Anschauungen genötigt worden; sie stellt das Christentum nicht mehr als Offenbarungsreligion in einen Gegensatz zu den heidnischen Religionen, sondern erblickt in der christlichen Lehre nur eine Stufe in der religiösen Entwicklung der Menschheit. Damit hat sich auch das Verhältnis zwischen Religion und Ethik gründlich verschoben: Die Sittlichkeit ist für uns nicht ein Ausfluß der Religion und von ihr abhängig, sondern beruht als Ergebnis menschlichen Zusammenlebens auf natürlicher Grundlage.

Der Gebundenheit der mittelalterlichen Gesellschaft entsprach eine Weltanschauung, in deren Mittelpunkt die handfesten Vorstellungen von Gott und Teufel, Himmel und Hölle stehen. Die einzig mögliche Erklärung für die Vorgänge in der Natur wie im gesellschaftlichen Leben war die Existenz eines an keine natürlichen und menschlichen Gesetze gebundenen allmächtigen Gottes, der nach seinem Ratschluß Glück und Unglück verteilt.

Der Sozialismus und der ihn begleitende Aufschwung der Naturwissenschaften schaffen allmählich ein neues Weltbild. Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Erkenntnis werden erweitert, viele Vorgänge, die früher den Wunderglauben nährten, auf natürliche Weise erklärt, Kräfte, denen der Mensch bisher machtlos gegenüberstand, gebändigt und in den Dienst menschlicher Bestrebungen gestellt. Der Mensch gewinnt Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung und lernt begreifen, daß er ihren Gang lenken und ihr Ziele setzen kann. Was bisher als blind wirkendes Verhängnis dem Menschen entgegentrat, erkennt er als Ergebnis gesellschaftlicher Machtfaktoren. Nun läßt er sich nicht mehr vertrösten durch die Verheißung eines besseren Lebens nach dem Tode, sondern greift ein in die Geschichte, um das irdische Leben bewußt und planmäßig umzugestalten. Mehr und mehr verliert die Weltanschauung ihren religiösen Grundzug:

Nach drüben ist die Aussicht uns verrannt.
Tor, wer dorthin die Augen blinzelnd richtet,
Sich über Wolken seinesgleichen dichtet.
Er stehe fest und sehe hier sich um;
Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm.

Gelingt der Menschheit der „Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“, indem sie die Produktionskräfte, die ihr bisher als fremde Macht gegenübertraten, unter ihre Kontrolle bringt und dadurch ihre materielle Existenz auf eine neue, gesicherte

Grundlage stellt, so wird ihre Weltanschauung noch fester verankert im Diesseits, mag auch die Frage nach dem, was hinter der sichtbaren Welt und jenseits der Erfahrung liegt, und die Sehnsucht nach einem, von irdischer Bedingtheit befreiten Zustande nie in der menschlichen Brust verstummen.

Der Sozialismus und der Staat.

Noch ein kurzes Wort über das Verhältnis der sozialistischen Gesellschaft zum Staat. Uns allen ist der Ausdruck „Zukunftsstaat" im Sinne eines sozialistischen Gemeinwesens geläufig. Im Widerspruch dazu stehen — wenigstens dem Wortlaute nach — manche Aeußerungen sozialistischer Theoretiker, denen zufolge der Sozialismus zur Beseitigung des Staates führt, was dann wieder an das bürgerliche Gerede vom der „Staatsfeindlichkeit" der Sozialdemokratie erinnert. „Der erste Akt," sagt Engels im Anti-Dühring, „worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter, selbständiger Akt als Staat." Und an einem andern Orte verweist er die „Staatsmaschine" (nach der Verwirklichung des Sozialismus) ins Museum der Altertümer „neben das Spinnrad und die bronzene Axt".

Dieser Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Er erklärt sich daraus, daß das Wort Staat hier und dort in einem verschiedenen Sinne gebraucht wird. In den oben zitierten Aeußerungen ist darunter der Klassenstaat, der Staat der bürgerlichen Gesellschaft verstanden, der, auch wo er Kulturaufgaben löst und allen Volksgenossen gemeinsame Bedürfnisse befriedigt, doch an die Schranken der kapitalistischen Wirtschaft gebunden und durch die Rücksicht auf ihre Interessen gehemmt ist. Reden wir vom Zukunftsstaat, so denken wir dagegen an das politische Gemeinwesen der sozialistischen, das heißt der klassenlosen Gesellschaft.

Die alte Staatslehre erblickte im Staat eine höhere Form der Gesellschaft, ein Ergebnis fortgeschrittener Kultur. Heute wird die Unhaltbarkeit dieser Auffassung allgemein zugestanden. Die geschichtliche Forschung hat ergeben, daß der Staat überall als Klassenstaat, als Herrschaftsorganisation in die Geschichte eingetreten ist. Seine Anfänge fallen in die Zeit, wo die Gesellschaft sich infolge der Entwicklung des Privateigentums in Klassen spaltete oder wo die Unterjochung des einen Stammes durch einen anderen Herrschaftsverhältnisse begründete, zu deren Sicherung eine, sei es noch so primitive, politische Organisation erforderlich war. Die Klassenbildung führte zur Staatenbildung. Daraus ergibt sich, daß in einer klassenlosen Gesellschaft für den Klassenstaat kein Raum mehr ist. „Er wird nicht abgeschafft, sondern er stirbt ab"; genauer gesprochen: diejenigen Organe und Einrichtungen des modernen Staates, welche zum Schutze der bürgerlichen Ordnung

dienten, werden überflüssig und gehen ein, weil für sie kein Tätigkeitsgebiet mehr vorhanden ist.

Das sozialistische Gemeinwesen ist nicht mehr der Repräsentant einer bestimmten Klasse, sondern der Repräsentant der Gesamtheit. Es sieht sich vor neue, zum Teil viel schwierigere Aufgaben gestellt. „An die Stelle der Herrschaft über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen." Dazu gesellen sich die großen Kulturaufgaben, zu deren Lösung der Sozialismus berufen ist. Das eine wie das andere erfordert eine staatliche Organisation. Auch das sozialistische Gemeinwesen muß mit Zwangsgewalt ausgestattet sein, weil es sonst nie imstande wäre, die Güterproduktion und die Verteilung der Güter zu organisieren und zu leiten. Nur auf den guten Willen der Bürger kann ein Staat nicht abstellen, auf dessen schöpferische Tätigkeit wir so große Hoffnungen setzen. Noch auf lange Zeit wird die kluge Antwort Geltung haben, die Goethe auf die Frage gibt, welches eine gute Staatsverfassung sei:

Diese nur kann ich dafür erkennen, die jedem erleichtert,
Gut zu denken, doch nie, daß er so denke, bedarf.

Immerhin: Die Annahme ist berechtigt, daß ihm diese Aufgabe durch die Einsicht und freiwillige Ein- und Unterordnung der Volksgenossen unter die gemeinsamen Zwecke erleichtert wird, und daß er deshalb mit einem viel kleineren Maß von Zwangsmitteln auskommen wird, als sie der Herrschaftsstaat zu seiner Verteidigung bedarf. Soweit aber das sozialistische Gemeinwesen auf Widerstand stößt, den es brechen muß, wird es nicht der Widerstand einer Klasse, sondern einzelner Personen sein. In vielen Fällen wird schon der Druck der öffentlichen Meinung genügen, ihn zu beseitigen. Wo das nicht der Fall ist, werden wir dem Gemeinwesen die Zwangsmittel nicht versagen dürfen, die es benötigt, um ein unsoziales Verhalten widerstrebender Elemente zu verhindern und ihre Einordnung in den sozialen Organismus zu erzwingen.

Nichts hindert uns, die politische Organisation dieses sozialistischen Gemeinwesens als Staat anzusprechen. Um eine Begriffsverwirrung zu verhüten, tun wir aber gut, ihn genauer als Verwaltungs- oder Volksstaat zu bezeichnen und ihn durch diese Bezeichnung vom Klassen- und Herrschaftsstaat der kapitalistischen Gesellschaft zu unterscheiden.

Der Sozialismus als Menschheitsfrage.

Es ist das unabwendbare Verhängnis des Kapitalismus, daß er auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung die Daseinsbedingungen eines wachsenden Teiles des Volkes verschlechtert, aber gleichzeitig auch die Kräfte frei macht, die den Kapitalismus überwinden werden. Er scheidet den Arbeiter von den Produktionsmitteln und schafft auf diese Weise die Möglichkeit der Ausbeutung der besitzlosen Klassen. Er

schließt große Schichten des Volkes von der Teilnahme am gesellschaftlichen Reichtum aus und erschwert ihnen in einer unerhörten Weise den Mitgenuß der kulturellen Güter. Eben dadurch macht er eine sozialistische Gesellschaftsordnung zur Lebensnotwendigkeit, zunächst für das Proletariat, dann aber auch für das ganze Volk, das in der Hast und Brutalität des modernen Erwerbslebens Gefahr läuft, sein Bestes zu verlieren. Nach ihrem äußeren Verlaufe ist die sozialistische Bewegung eine Klassenbewegung. Aber es ist eine Klassenbewegung, die ihre Rechtfertigung darin findet, daß sie durch die Neuordnung unserer Wirtschaft jede Möglichkeit der Klassenherrschaft beseitigt. Sie wird sich durchsetzen, weil sie die technischen Fortschritte und Errungenschaften der kapitalistischen Aera hinüberrettet, so daß sie in der neuen Wirtschaft erst nach ihrem vollem Werte zur Geltung kommen und dank ihrer rationellen Verwendung und Ausnutzung dem Volke den gesicherten materiellen Wohlstand bringen, nach dem es heute vergeblich ringt. Auf der Grundlage der gesicherten materiellen Existenz wird das geistige und künstlerische Leben einer neuen Blüte entgegenreifen.

Wie der Kapitalismus sich unabhängig von der Staatsform, von Religion und Sprache entwickelt hat und überall die gleichen Wesenszüge aufweist, so auch die Sozialdemokratie. Schon aus dieser Gleichartigkeit ihrer Ziele und Kampfmittel ergibt sich ihr internationaler Charakter. Er ergibt sich aber auch aus dem engen Netze von tausendfältigen wirtschaftlichen Beziehungen, durch welche alle Länder miteinander verbunden sind. Diese Beziehungen sind so enge, daß jeder Sieg und jede Niederlage der Arbeiterschaft in einem Lande ihre Rückwirkung hat auf die Arbeiterbewegung aller andern Länder. Der Krieg hat nun freilich diese Fäden hier gelockert und dort ganz zerrissen. Das Nationalbewußtsein unterdrückte zeitweilig das Klassenbewußtsein. Aber wie das Profitbedürfnis rasch genug wieder zu einer Annäherung der Kapitalistengruppen der feindlichen Länder führen und die goldene Internationale aufleben lassen wird, so werden auch die Arbeiter sich wieder finden und, um eine grauenhafte Erfahrung bereichert, das Werk der internationalen Verständigung von neuem aufnehmen. Nur vom Sozialismus können wir uns die Beseitigung der nationalen Gegensätze und damit auch die Erlösung vom Fluche des Militarismus und des Krieges versprechen. Der Krieg stellt nichts anderes dar als die letzte und gewaltsamste Auseinandersetzung zwischen denselben wirtschaftlichen Gegensätzen, die innerhalb ein und desselben Landes zur Klassenbildung und zum Klassenkampfe führen. Beseitigung der nationalen Gegensätze bedeutet nicht Unterdrückung und Verwischung nationaler Eigenart. Aber sie bedeutet Befreiung von chauvinistischem Dünkel, von nationaler Borniertheit, von jener Engherzigkeit, die unfähig ist, fremdes Wesen zu verstehen und zu würdigen. Hören die Nationen auf, Träger gegensätzlicher wirtschaftlicher Interessen zu sein, so werden sie ihr Dasein als große Kulturgenossenschaften fortsetzen. Indem jede von ihnen sich

nach ihrer Eigenart entwickelt und ihre besonderen Aufgaben löst, werden sie das Reinmenschliche in seiner unendlichen Vielgestaltigkeit wiederholen und ausprägen.

* * *

Die Frage ist gestattet: **Gibt es in der bürgerlichen Gesellschaft eine Kultur?** Hat die kapitalistische Wirtschaft auch nur die **Möglichkeit** einer Kultur geschaffen, wenn wir unter Kultur mehr verstehen als die feinere Bildung und die geistigen und künstlerischen Bedürfnisse einer dünnen Oberschicht? Wir sind nicht ungerecht und verkennen die Bedeutung des Kapitalismus für die Entwicklung der Menschheit nicht. Mit einem hat er uns fast überreichlich gesegnet: mit technischen Fortschritten und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Durch die Massenfabrikation in Verbindung mit den modernen Verkehrsmitteln wurden allen Kreisen Genüsse und Bedarfsartikel zugänglich, die früher auf kleine Kreise beschränkt waren. Die modernen Reproduktionsmittel führten zu einer „Demokratisierung“ von literarischen und künstlerischen Erzeugnissen. Telegraph und Photographie, Kino und Rotationsmaschine machen es möglich, den Bewohner der Großstadt wie den des entlegenen Dorfes mit den neuesten Nachrichten und Bildern zu versorgen, die ihn gleichsam zum Zuschauer und Zeugen aller Vorgänge machen, die sich auf dem weiten Erdenrund abspielen. Allein das alles hat sich nicht verdichtet und vertieft zu einer, das ganze Volk durchdringenden Kultur. Wer findet die Zeit, die auf ihn einstürmenden und sich gegenseitig verdrängenden Eindrücke in sich zu verarbeiten und zu ordnen? Was wir der Technik verdanken, ist im besten Falle Zivilisation, die zu einer starken Veräußerlichung und Verzettelung unseres Lebens geführt hat und dem durch die Eintönigkeit der beruflichen Arbeit gesteigerten Bedürfnis nach Genuß und Zerstreuung viel mehr Vorschub leistet, als wirklicher Kultur. Soweit wir von solcher reden können, ist sie vor allem „**objektive Kultur**“, d. h. Kultur, die sich vergegenständlicht in Bildungsanstalten, Sammlungen, Bibliotheken. Diese objektive Kultur ist aber nur von Wert, wenn und soweit sie der persönlichen Kultur dienstbar gemacht wird und nicht nur einzelne bevorzugte Menschen, sondern das ganze Volk bereichert und veredelt. Zu keiner Zeit war der Widerspruch zwischen objektiver und persönlicher Kultur ein so großer wie in der unsrigen. Daß keine ihn so schmerzhaft empfunden hat wie die unsrige, ist das Verdienst der modernen Arbeiterbewegung.

Dieses eine hatte die mittelalterliche Gesellschaft vor der kapitalistischen voraus: Sie war zusammengehalten durch eine einheitliche Weltanschauung. Es war eine Weltanschauung auf religiöser Grundlage, die gewiß nicht immer in die Tiefe ging und uns fremd geworden ist. Aber die Menschen hatten doch ein innerliches Verhältnis zur Welt,

einen Glauben, der sie aus der Enge des persönlichen Daseins hinaushob. Das beste, was wir heute erleben, ist ein Suchen und Tasten nach einer Weltanschauung, der Ekel vor der Zerrissenheit unseres geistigen Lebens, die Flucht vor der Wirklichkeit zu allen möglichen Exzentrizitäten und Schrullen in Kunst und Dichtung. Aber der weitaus größte Teil auch der sog. gebildeten Stände wird beherrscht von den harten Notwendigkeiten des Erwerbslebens, des Konkurrenzkampfes, dem Bestreben, sich und seinen Kindern in der Gegenwart und in der Zukunft die Existenz zu sichern.

Es ist begreiflich, wenn der Proletarier, dessen ganzes Leben jetzt in eintöniger Arbeiter verläuft, der den größten Teil des Tages in fremdem Dienste verbringt, nicht zuletzt an die Verkürzung der Arbeitszeit denkt, die ihm der Sozialismus bringen wird. Und wer wollte die Berechtigung dieses Wunsches verkennen? Aber ob nun der gesellschaftliche Bedarf bei einer sechsstündigen Arbeitszeit gedeckt werden kann, oder ob der Arbeitstag sieben oder acht Stunden umfassen wird, ist bei weitem nicht so bedeutungsvoll wie das andere: Die Arbeit wird aufhören, das zu sein, was sie heute für Hunderttausende ist, das Mittel, um ihr Leben zu fristen, d. h. Sklavenarbeit. Sie wird wieder zur Beschäftigung, zum Beruf, zur freigegewählten, freudigen Teilnahme am wirtschaftlichen Leben, damit aber auch zur Quelle jenes Maßes von Wohlstand, ohne welchen eine Volkskultur nicht denkbar ist. Darin allein schon liegt „ein Kultursinn von ergreifender Tiefe des Empfindens und berauschender Weite des Ausblicks".

In seiner Kritik der politischen Oekonomie schrieb Marx, daß mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsform die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft abschließe. Und ähnlich Engels: In gewissem Sinne scheide der Mensch erst mit der planmäßigen, bewußten Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeit endgültig aus dem Tierreich aus; trete aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Wer das harte Wort zum erstenmal liest, mag sich verletzt fühlen und sich dagegen auflehnen. Aber der Mutige wird seine Wahrheit anerkennen und verstehen, daß es nicht eine Verurteilung, sondern eine Verheißung enthält.

Druck der Genossenschaftsdruckerei Zürich
1919